2 ■ sozialpolitik in diskussion sozialpolitik in diskussion

Ursula Filipič (Hg.)

NEOLIBERALISMUS UND GLOBALISIERUNG

September 2006

wien.arbeiterkammer.at

WIEN

NEOLIBERALISMUS UND GLOBALISIERUNG

HERAUSFORDERUNGEN FÜR SOZIALPOLITIK UND DEMOKRATIE

Dokumentation der Tagung „Neoliberalismus und Globalisierung: Auseinandersetzungen – Herausforderungen“, AK-Bildungszentrum Wien, 6. Juni 2005

Organisiert von der Abteilung Sozialwissenschaft der AK Wien und dem Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien

Hg. von Ursula Filipič

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 3

Dwora Stein
Begrüßung und Einleitung 5

Alex Demirović
Ist der Neoliberalismus hegemonial? 11
Bibliographie 26

Martin Seeleib-Kaiser
Globalisierung, Sozialpolitik und Solidarität 27
Einleitung 27
1. Was ist Globalisierung? 28
2. Globalisierung und Sozialstaat im Spiegel der politischen Ökonomie 29
3. Ökonomische Globalisierung und ihre Auswirkungen auf Sozialpolitik 30
4. Sozialpolitische Optionen in reichen Industriestaaten 33
4.1 Exkurs: Sozialpolitische Handlungsoptionen in Entwicklungsländern 34
5. Solidaritätsdefizite im Zeitalter der Globalisierung? 35
Bibliographie 36

Friedhelm Hengsbach SJ
Die internationalen Finanzmärkte – keine fünfte Gewalt in der Demokratie 40
1. Die aktuelle politische Debatte 40
2. Die segensreichen Wirkungen von Börsen und Finanzmärkten 42
3. Funktionsdefizite der real existierenden Finanzmärkte 43
4. Keine Ohnmacht der Politik 44
4.1 Die Metapher der Systemkonkurrenz 44
4.2 Nationalstaaten 46
4.3 Internationale Organisationen und Vereinbarungen 46
4.4 Private Akteure 47
4.5 Globales Kooperationsnetzwerk 47
4.6 Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) 47
5. Konturen einer ethischen Finanzarchitektur 48
5.1 Stabilisierung 48
5.2 Beteiligung 49

Brigitte Young
Finanzkrisen und deren langfristigen Auswirkungen auf die lokalen Governance-Strukturen: Asien, Argentinien und Brasilien 51
Einleitung 51
1. Änderungen in den Governance-Strukturen der Sozialen Reproduktion 52
2. Intensivierende Globalisierung und Finanzkrisen 54
3. Finanzkrisen und deren Auswirkungen auf die Soziale Reproduktion 57
4. Die „Herrin“ und die „Dienerin“ 59
5. Was tun? 61
Bibliographie 61

AutorInnen 63

VORWORT

Die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen kreisen heute in Wissenschaft und Politik um Themen wie Neoliberalismus und Globalisierung. Beide Begriffe tauchen in der öffentlichen Diskussion häufig verkürzt als Schlagworte auf, mit denen Veränderungen auf den unterschiedlichsten Ebenen – von staatlicher Politik bis hin zu den Betrieben – entweder begründet oder kritisiert werden. In aller Munde zwar, sind sie doch zu „Alles-oder-Nichts-Slogans“ geworden. Was vielfach zu kurz kommt, ist eine kritische Auseinandersetzung mit den dahinter stehenden Grundkonzeptionen und Strategien, die in der aktuellen Gesellschaftspolitik vieler europäischer und – viel mehr noch – außereuropäischer Länder merkbar ihre Spuren hinterlassen.

Ziel der in Kooperation zwischen der Abteilung Sozialwissenschaft der AK Wien und dem Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien veranstalteten Tagung im Juni 2005 war eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage, was es mit Neoliberalismus und Globalisierung auf sich hat. Welches sind die ideologischen Prämissen, die Implikationen und aktuelle Politik wesentlich bestimmenden Deutungen? Ist soziale Gerechtigkeit obsolet? Sind Handlungsspielräume für sozial gestaltende Politik passé?
Schwerpunktmäßig standen dabei zum einen Fragen nach den Implikationen für Sozialstaat und Demokratie, im Sinne von sozialen und gesellschaftspolitischen Teilhabechancen im Blickpunkt. Zum anderen ging es um konkrete (sozial)politische Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Dabei zieht sich ein roter Faden durch alle Beiträge: Neoliberalismus und Globalisierung sind keine Naturphänomene, sondern es gibt Steuerungsmöglichkeiten durch Politik.

Die vorliegende Tagungsdokumentation enthält die Beiträge der ReferentInnen.

Dwora Stein zeigt in ihrer Eröffnungsrede, dass Neoliberalismus und Globalisierung für viele ArbeitnehmerInnen mit Angst besetzte Begriffe sind. Denn häufig sind sie es, die die Kosten der damit verbundenen Veränderungen zu tragen haben. Und sie betont die besondere Herausforderung für die ArbeitnehmerInnenvertretungen, bestehende Handlungsspielräume aufzuzeigen und konkrete politische Alternativen umzusetzen.

Alex Demirović bezweifelt in seinem Beitrag die Auffassung von einer Hegemonie des Neoliberalismus. Vielmehr charakterisiert er diesen als „praktische Ideologie der Akteure des Kapitals“, die kein kohärentes Ideengebäude, sondern einen Mix aus unterschiedlichen ideologischen Komponenten darstellt. Diese sind zum Teil bereits in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelt worden. Der Neoliberalismus als „praktische Ideologie“ organisiert die Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen und ist als solche zerstörerisch.

Martin Seeleib-Kaiser zeigt zunächst, dass die ökonomische Globalisierung, definiert als Prozess der Zunahme und Intensivierung von Austauschbeziehungen, ungleichzeitig und ungleichmäßig verläuft. Sie ist auch im 21. Jahrhundert nicht weltumspannend. Wenngleich

direkte Auswirkungen der Globalisierung auf die Sozialstaaten empirisch kaum nachzuweisen sind, so sind doch viele sozialstaatliche Veränderungen mit der Globalisierung begründet worden. Dies impliziert, dass Sozialstaaten auch in Hinkunft eine Reihe von Handlungs- und Gestaltungsoptionen haben.

Friedhelm Hengsbach SJ. führt in seinem Beitrag schlüssig vor Augen, dass nicht die Arbeitsmärkte die Stellgröße für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind, denn diese sind abgeleitete Märkte. Vielmehr sind die Finanzmärkte diese Stellgröße. Und er zeigt, dass auch diese keine unabänderlichen Naturereignisse darstellen, sondern deren derzeitige Verfasstheit auf politische Entscheidungen zurückzuführen ist. Sie sind folglich gestalt- und veränderbar.

Brigitte Young beleuchtet in ihrem Beitrag Auswirkungen der Globalisierung auf so genannte Schwellenländer in Asien und Lateinamerika. Diese haben nicht nur drastische Auswirkungen im Sinne einer massiven Verschlechterung von Arbeits- und Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung. Im Gefolge der zunehmenden Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung wird auch das Verhältnis zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, und damit das Verhältnis zwischen den Geschlechtern, neu definiert.

Wien, Juni 2006
Ursula Filipič, AK Wien
Emmerich Tálos, Universität Wien

Dwora Stein

BEGRÜSSUNG UND EINLEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe KollegInnen!

Ich eröffne diese Tagung sehr gerne, weil es dabei um zwei wichtige Themen geht. Wir werden uns im Rahmen dieser Tagung wissenschaftlich mit den Themen Neoliberalismus und Globalisierung auseinandersetzen, mit zwei Konzepten die in den letzten Jahren die Politik weltweit, nicht nur dominiert, sondern tatsächlich bestimmt haben.

Für viele ArbeitnehmerInnen sind diese beiden Begriffe mit Angst besetzt: der Angst vor Erwerbslosigkeit, Armut, dem Verlust an Sicherheit sowie dem Abbau von Sozialstandards – und das in einer Gesellschaft, die insgesamt immer reicher wird. Aber nur relativ wenige Akteure profitieren von diesem Reichtum, die ArbeitnehmerInnen offensichtlich nicht.

Es gibt unzählige Beispiele der Ungleichverteilung von Reichtum und wirtschaftlichen Zuwächsen. Die Deutsche Bank ist ein besonders gutes. Im Februar 2005 hat sie verkündet, weltweit insgesamt 6.400 Arbeitsplätze abbauen zu wollen, davon allein 1.920 in Deutschland. Und das nicht etwa weil – wie man glauben könnte – die Deutsche Bank in einer Krise steckt, sondern ganz im Gegenteil: im Jahr 2004 hat sie Gewinne in der Höhe von 2,55 Milliarden Euro erzielt.[1]

Und auch sonst braucht die Deutsche Bank einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen: sie belegt nach eigenen Angaben beim Investmentbanking weltweit den dritten Platz, bei der Vermögensverwaltung immerhin den fünften Platz.

Nur bei den Renditen „hapere“ es noch ein wenig, meint der Chef der Deutschen Bank. Die Rendite konnte zwar zwischen 2003 und 2004 von 10% auf 17% gesteigert werden. Aber für das Jahr 2005 reiche das noch lange nicht, denn die Zielvorgabe laute 25% – das wären 6 Milliarden Euro vor Steuern.

Worum es also geht, ist Renditenmaximierung! Und „Renditenmaximierung“ ist auch tatsächlich eine der am häufigsten verwendeten Begründungen für Massenkündigungen in prosperierenden Konzernen.

Der Chef der Deutschen Bank selbst zählt nicht zu den „Verlierern“, den Leidtragenden dieser Entwicklung: Er hat im Jahr 2003 ein Einkommen von 11 Millionen Euro verdient, oder vielmehr, bekommen. Ob er sich dieses Einkommen wirklich **verdient** hat, ist eine andere Frage!

---

[1] Siehe dazu Medienberichte, u. a.: Deutsche Bank: Sechs Milliarden Gewinn, http://boerse.ard.de/druck.jsp?key=dokument_79411, Meldung vom 3. 2. 2005; Deutsche Bank: Angst essen Moral auf, http://boerse.ard.de/druck.jsp?key=dokument_80085, Meldung vom 4. 2. 2005; Deutsche Bank in der Kritik: „Marktzwänge sind keine Naturzwänge“, http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID4032130_REF4,00.html, download vom 12. 5. 2005.

Aber das ist der neoliberale Alltag: die „Deutsche Bank“ bezeichnet sich selbst als ein „sozial verantwortlich agierendes“ Unternehmen; die Deutsche Bank steht bei vielen Rankings der Corporate Social Responsibility ganz weit oben.[2]

Und Österreich? Die Ausgangslage ist auch hier nicht viel besser, wenngleich vielleicht nicht ganz so drastisch wie in Deutschland. Aber auch in Österreich sind wir mit bemerkenswerten Fakten konfrontiert: Laut einer jüngsten Untersuchung der Arbeiterkammer Kärnten verdienen Manager in Österreich vom 5- bis zum 48-fachen ihrer MitarbeiterInnen.[3]

Herausragend ist dabei auch in Österreich die Bankenwelt: Im Jahr 2004 hat der Chef der Erste Bank dank eines Treuebonus von 2 Millionen Euro ein Einkommen von 4,5 Millionen Euro erzielt.[4] Hingegen lag das Median-Bruttoerwerbseinkommen unselbstständig beschäftigter Männer in Österreich im Jahr 2003 bei rund 26.500 Euro. Das Median-Bruttoerwerbseinkommen unselbstständig beschäftigter Frauen betrug sogar nur rund 16.000 Euro.[5] Um sich die Relationen genauer zu vergegenwärtigen: ein Mann mit einem mittleren Einkommen müsste rund 170 Jahre (!) für das Jahresgehalt 2004 des Erste-Bank-Chefs arbeiten, eine Frau mit einem mittleren Einkommen sogar 281 (!) Jahre. Das sind Perspektiven!

Aber das sind nur einige Schlaglichter auf veränderte Standards in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Arbeitswelt. Den Rahmen dafür bilden Phänomene, die in aller Munde sind: Globalisierung und Neoliberalismus. Worum geht’s dabei?

Auf politischer Ebene geht es dabei um eine Abschlankung staatlicher Aufgaben. Es geht um die Verlagerung von Rahmensetzungsfunktionen und die Vergrößerung der Handlungsspielräume für wirtschaftliche Akteure. Es geht um die Erhöhung der so genannten Eigenverantwortung im Bereich der sozialen Versorgung. Es geht um das Werben für einen „neuen Sozialstaat“, der nur noch jenen zugute kommen soll, die ihn „wirklich“ brauchen. Offen bleibt dabei nicht nur, wer die „wirklich“ Bedürftigen sind, sondern auch, wer die Macht zur Definition dieser Gruppe hat. Es geht zudem auch um das Deutungsmonopol betreffend die globalisierungsbedingten Konsequenzen sowie deren Umsetzung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Auf wirtschaftlicher Ebene geht es um internationale Vernetzungen sowie um die Frage, wie diese noch stärker forciert werden können. Es geht um den größtmöglichen Spielraum für Finanztransfers sowie um immer höhere Dividenden, zu Lasten von Arbeitsplätzen. Es geht um das Spannungsverhältnis zwischen ungeheuerlichen Managergehältern und Massenkündigungen; zwischen explosionsartig steigenden Gewinnen und dem Druck auf Belegschaften; zwischen enormen Profiten und menschenverachtenden, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der so genannten Dritten Welt und im so genannten Osten.

---

[2] Für Arbeiterkammer und Gewerkschaften ist dies nur ein weiterer Anlass für eine intensive Beschäftigung mit Theorie und Praxis der Corporate Social Responsibility.
[3] Vgl. dazu: http://kaernten.arbeiterkammer.at/www-1006-IP-21710.html; download vom 10. 5. 2005.
[4] Vgl. dazu: Astronomische Managergehälter, Kärntner Tageszeitung vom 10. 5. 2005.
[5] Vgl. dazu: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2005, S. 215; http://www.statistik.at.

Der Druck der Globalisierung hat, verstärkt durch eine neoliberal orientierte Politik, in vielen europäischen Ländern merkbare Spuren hinterlassen. Die hohe Erwerbsarbeitslosigkeit wirkt eindeutig als Hebel für die Senkung von Löhnen, die Veränderung der Arbeitzeiten und die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Es wird ein allgemeiner Sozialabbau vorangetrieben, der mittlerweile vor nichts mehr halt macht und u. a. auch massive Disziplinierungskomponenten einführt. Die Hartz-Reformen in Deutschland sind das beste Beispiel dafür. Die entsprechende Antwort der WählerInnen auf diese Politik ist in Deutschland nicht ausgeblieben. Denn allein das Räsonieren über die „Heuschreckenschwärme" ist zu wenig, solange dies nicht auch seinen Niederschlag im konkreten Handeln findet. Davon ist im Moment in Deutschland aber nicht viel zu sehen – und zwar bei keiner der wahlwerbenden Parteien. Um es sprichwörtlich auf den Punkt zu bringen: es bleibt nur die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Der Druck ist aber auch in der österreichischen Politik sehr deutlich spürbar. Und zwar sowohl auf Ebene der politischen Prioritätensetzungen als auch auf Ebene der tatsächlich realisierten Politik. Diese, sich global, europaweit und in Österreich abzeichnenden Veränderungen, werden von einem kleinen Teil der Gesellschaft enthusiastisch begrüßt. Wen wundert's? Der Reichtum ist nie schneller gewachsen als heute. Von diesem wachsenden Reichtum profitieren aber nur wenige.

Ein anderer, weit größerer Teil der Gesellschaft nimmt diese Veränderung zur Kenntnis: zähneknirschend und/oder resignativ. Tatsächlich macht sich ein Gefühl der Ohnmacht breit – und darin liegt wohl die größte Herausforderung für die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen. Es geht darum, Handlungsalternativen aufzuzeigen. Die gibt es durchwegs, denn die Globalisierung ist kein Naturgesetz. Sie ist vielmehr ein ideologisch überladener und in hohem Maße instrumentalisierter Begriff, der die Realität der ökonomischen Internationalisierung begrifflich kaum fassen kann. Dies kann sehr gut am Beispiel Europas gezeigt werden: 90% des Austauschs von Waren und Dienstleistungen erfolgt innerhalb der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang kann von Globalisierung nur in sehr begrenztem Ausmaß die Rede sein.

Die Europäische Union hätte sehr wohl Gestaltungsinstrumente, die zum einen auf den Schutz ihres Wirtschaftsraumes abzielten. Zum anderen könnte die EU selbst Mindeststandards für die einzelnen Politikbereiche definieren, anstatt sich auf eine – wie auch immer ausgestaltete – Globalisierung auszureden.

Nur geschieht in der EU zur Zeit das genaue Gegenteil. Die EU steht zwar vor den Scherben ihrer eigenen Politik, zieht aber, so fürchte ich, die falschen Schlussfolgerungen: die Globalisierung wird als ein irreversibler und fast naturbedingter Prozess dargestellt, dem man sich nur fügen könne. Insofern, so die Apologeten der Globalisierung, sei Kritik an der Globalisierung ebenso sinnlos wie Ärger über das Wetter. Nur: bei Schlechtwetter besteht immerhin die Hoffnung auf Besserung. Im Falle der Globalisierung wird jedoch deren politische Gestaltbarkeit grundsätzlich in Abrede gestellt. Es gilt, dem etwas entgegen zu setzen!

Der Begriff „Globalisierung" unterstellt ein Phänomen, dem man sich nur unterwerfen kann, dem man ausgesetzt ist und das außerhalb jeglicher Steuerungsmöglichkeiten durch Politik liegt. Auch dieser Diskurs „geschieht" keineswegs von ungefähr, sondern ist beabsichtigt und zielgerichtet.

Letzten Endes ist „Globalisierung“ ein Begriff, der mehr verwischt als klärt; und er wird instrumentalisiert.

Realiter sind die Finanzmärkte die bisher einzigen tatsächlich globalisierten Märkte. Deren Rahmenbedingungen haben sich aufgrund von Liberalisierung und Deregulierung sowie durch das Abgehen von Kapitalverkehrsbeschränkungen und den Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien grundlegend verändert. Die Veränderungen dieser Rahmenbedingungen waren bewusst gesteuerte Prozesse, keine Naturgesetze! Mittels dieser Rahmenbedingungen wird die Durchführung von Finanztransfers innerhalb kürzester Zeit und zu sehr geringen Kosten ermöglicht. Resultat der entfesselten Finanzmärkte sind beträchtliche Krisenpotenziale: Die Kosten der Finanzkrisen der letzten Jahre trägt jedoch nicht das Finanzkapital, sondern sie gehen zu Lasten der lokalen Bevölkerung – und zwar weniger der Eliten, als vielmehr der ArbeitnehmerInnen.

Dass auch die Geschlechter von der Globalisierung sehr unterschiedlich betroffen sind kann mit einigen Zahlen eindrücklich belegt werden. Derzeit ist die Anhäufung von Finanzvermögen auf die reichen Staaten, und hier insbesondere Männer, konzentriert: Derzeit beziehen Frauen weltweit lediglich 10% der Einkommen und besitzen nur 1% des globalen Vermögens. Sie verrichten gleichzeitig jedoch über 70% der unbezahlten Arbeit. Im Rahmen einer neoliberal gesteuerten Globalisierung wird sich an dieser Schieflage nichts ändern.

Die Antworten der Politik auf die Globalisierung müssten aber nicht zwangsläufig neoliberale Konzepte sein. Es gibt durchwegs denk- und realisierbare Alternativen.

An vorderster Stelle steht dabei die Reduzierung der Erwerbslosigkeit – an Instrumenten dafür mangelt es keineswegs. Dass diese gerade nicht eingesetzt werden, wird häufig mit der Globalisierung begründet, der man sich nicht entziehen könne. Solche Instrumente sind u. a. erhöhte öffentliche Investitionen, die Forcierung öffentlicher Beschäftigung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Auch eine Reduzierung der Arbeitszeit, im öffentlichen wie auch im privaten Sektor, muss offensiv diskutiert und umgesetzt werden.

Mittels einer quantitativen wie auch qualitativen Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und der Dienstleistungen könnten nicht nur Arbeitsplätze geschaffen, sondern kann auch ein Beitrag zur Überwindung gesellschaftlicher Polarisierung und Barrieren geleistet werden.

Neu zu überdenken ist zudem die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme für die beispielsweise alle Einkommensarten herangezogen werden müssten – inklusive Gewinnen, Mieten, Kapital und Vermögenseinkommen. Dazu gehört auch die Einführung einer materiellen Grundsicherung – wie immer diese im Konkreten auch ausgestaltet sein mag.

Ein weiterer Bereich ist eine gerechtere Verteilung der Steuerlast. Hier ist der Handlungsbedarf gerade in Österreich besonders hoch, da die viel gepriesene „Steuerreform“ ja gerade keine Entlastung der ArbeitnehmerInnen gebracht hat.

Im Rahmen der – von der EU forcierten – Deregulierung im Dienstleistungsbereich bedarf es dringend der Einführung EU-weiter Mindeststandards, beispielsweise im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen, den Verbraucherschutz und die ökologische Verträglichkeit. Gleichzeitig

müssen zentrale öffentliche Güter – vom Gesundheitswesen über das Bildungssystem, Kultur und Wissenschaft, bis hin zur Wasserversorgung – von der Privatisierung ausgeschlossen werden.

Es gibt eine Reihe von ermutigenden Ansätzen für eine sozial gestaltete Globalisierung. Dass Menschen der Globalisierung nicht hilflos ausgeliefert sind, sondern dass dies politisch steuerbare Prozesse sind, hat eine Vielzahl von Demonstrationen und Alternativveranstaltungen zu diversen internationalen Gipfeltreffen (sei es der G-8, des Internationalen Währungsfonds, des Weltwirtschaftsforums etc.) eindrücklich vor Augen geführt. Sie haben u. a. gezeigt, von wem globale Prozesse initiiert und beeinflusst werden, wer ihre Akteure sind und welche (Macht)Interessen diese verfolgen. Es geht heute darum, das Bewusstsein darüber zu verstärken. So hat etwa die Entstehung des Weltsozialforums auch die Agenda des Weltwirtschaftsforums verändert – seither muss auch hier über Armut, Armutsvermeidung und die Schattenseiten der Globalisierung diskutiert werden.

Dies allein reicht freilich noch nicht aus. Dass eine soziale Gestaltung der Globalisierung gerade vom Weltwirtschaftsforum ausgehen könnte, ist nicht zu erwarten. Im Gegenteil: es gilt wachsam zu bleiben gegenüber Versuchen einer Vereinnahmung und Instrumentalisierung des Widerstands.

Erfolge alternativer Politik gibt es aber auch auf anderen Ebenen, so etwa das Investitionsschutzabkommen des Jahres 1997 oder die Stop-GATS-Kampagne. Ein Erfolg ist auch, dass die Dienstleistungsrichtlinie vorläufig nicht in der, von der EU-Kommission konzipierten, radikalen Form umgesetzt werden wird.

Diese Erfolge zeigen, dass Widerstand lohnt. Sie bedeuten jedoch keineswegs, dass man sich beruhigt zurücklehnen kann!

Denn ein Muster der EU-Politik zeichnet sich deutlich ab: ein Thema wird auf die Tagesordnung gesetzt und – wenn es entsprechenden Widerstand gibt – wieder abgesetzt, allerdings nur kurzfristig. Das Thema kommt wieder auf die Agenda wenn es Anzeichen einer Erlahmung des Widerstands gibt, u. U. sogar in noch radikalerer Form. Dies war bei der Liberalisierung der Dienstleistungen so und könnte auch im Hinblick auf die Dienstleistungsrichtlinie so sein; es gilt also, wachsam zu bleiben.

Die heutige Tagung steht im Zeichen einer kritischen Auseinandersetzung mit Neoliberalismus und Globalisierung. Dabei wird es u. a. um folgende Fragestellungen gehen: Was sind die dem Neoliberalismus zugrunde liegenden Konzeptionen und Strategien? Sind Frauen die Verliererinnen der Globalisierung? Welche, oft unterschiedlichen und gegenläufigen, Auswirkungen hat die Globalisierung auf Frauen und Männer? Gibt es sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten? Wenn ja, welche?

Angesichts einer Realität, in der immer mehr Entscheidungen die die gesamte Gesellschaft betreffen, auf anonymisierten Finanzmärkten getroffen werden, wird es nicht zuletzt auch um die wichtige Frage gehen, wie demokratische Teilhabe gesichert werden kann.

Angesichts des vorläufigen Scheiterns der Bestrebungen nach einer Europäischen Verfassung

muss festgestellt werden, dass Europa zwar nicht am Ende ist, jedoch vor dem Scherbenhaufen einer Politik steht, die sich immer mehr von den Menschen entfernt hat und die Ängste und Sorgen der Bevölkerung nicht nur nicht ernst genommen hat, sondern sogar zusätzliche Unsicherheiten geschürt hat. Die Europäische Politik bedarf alternativer Konzepte.

In diesem Sinne sollen mit der Tagung intellektuelle Räume eröffnet werden, in denen Alternativen zum derzeitigen wirtschafts- und sozialpolitischen Mainstream angedacht werden können.

Als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen wird es auch unsere Aufgabe sein, dafür Sorge zu tragen, dass diese Alternativen ihren Niederschlag in der konkreten Politik finden.

Alex Demirović

IST DER NEOLIBERALISMUS HEGEMONIAL?

Der ehemalige Professor an der Reichsuniversität Wien, Arnold Gehlen, vertrat in seiner Soziologie des Posthistoire die Ansicht, dass die Epoche der Gestaltungs-Ideologie, die mit 1789 begonnen hatte, mit dem Wohlfahrtsstaat weltgeschichtlich an ihr Ende gelangt sei. Die Beziehung zwischen dem politischen und dem wirtschaftlichen Leben könne nicht mehr entscheidend verändert werden. Damit meinte er, dass die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen im Wohlfahrtsstaat eine Einheit bildeten, dass die Regierung nicht mehr entscheidet, sondern mit den großen Verbänden die einzelnen Maßnahmen aushandelt, die für den Gesamtkreislauf von wirtschaftlichem Wachstum, Produktivität, Steuereinnahmen, Investitionsförderung, Infrastrukturmaßnahmen, Umverteilung und sozialer Sicherung notwendig sind. Das alles füge sich zu einer stationären Subventionsordnung, die ein modernes Äquivalent zur alten Naturordnung bilde (vgl. Gehlen 1978, 269f). Für Gehlen als Vertreter der konservativen Revolution ist nach der Niederlage des von ihm unterstützten nationalsozialistischen Projekts an dieser Entwicklung, die er nicht gutheißt, beruhigend, dass in einem ultrastabil gewordenen System Kritik und Veränderung außer Kraft gesetzt worden seien.

Aus einer ganz anderen, kritischen Sicht ist Jürgen Habermas überzeugt, dass der Wohlfahrtsstaat eine evolutionäre Errungenschaft sei, die ein Stadium der modernen Gesellschaft anzeigt, das eine Veränderung nur noch in einem sehr eingeschränkten Sinne zulässt: Die eine Möglichkeit ist die historische Regression auf ein früheres Stadium der Entdifferenzierung; eine solche Pathologie rückgängig zu machen bedeutet, auf das Niveau zurückzukehren, das die Evolution bereit hält. Die andere Möglichkeit ist, die bestehende Moderne durch graduelle Veränderungen dort zu verbessern, wo sie selbst evolutionär noch einen solchen Bedarf anmeldet. Aus der Sicht von Habermas bedeutet dies, die zwei durch den Wohlfahrtsstaat geschaffenen Formen des Konsumismus und staatsbürgerlichen Privatismus zu korrigieren durch die Entfaltung der Öffentlichkeit. Öffentlichkeit ist eine Sphäre ständig erneuerter Verständigung, die notwendig wird, weil Übergriffe aus den Systemen der Wirtschaft und der Politik zurückgedrängt werden müssen. An der Struktur der modernen Gesellschaft ist jedoch nichts mehr zu ändern.

Bedenkt man diese theoriegeschichtlich einflussreiche Konstellation, dann lässt sich erahnen, welchen Bruch der plötzliche politische Einfluss des Neoliberalismus insgesamt für den zeitdiagnostischen Horizont noch bis weit in die 1980er und 1990er Jahre hinein darstellte. Denn er fordert mit seinen Annahmen und Überlegungen heraus, was sich über die Jahrzehnte als ein breites Selbstverständnis der Linken wie der Rechten herausgebildet hatte: dass nämlich die Form des nationalen, keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus auf der Grundlage eines eingespielten Klassenkompromisses wie eine historische Sperrklinke wirke: entweder sei eine Änderung praktisch nicht möglich und alle, die in diese Richtung dachten, seien letztlich im schlechten Sinn utopisch; oder der Wohlfahrtsstaat sei einfach der gegebene Ausgangspunkt für weitere Schritte und Erfolge der Emanzipation. Der Neoliberalismus hat auf zynische Weise bewiesen, woran die Linke kaum glauben mochte, dass nämlich die sozialen Verhältnisse mit der Schwerkraft der jahrzehntelangen Gewohnheit sich ändern lassen, viel-

leicht nicht immer schnell und plötzlich und auch nicht gleichmäßig sich über alle gesellschaftlichen Bereiche erstreckend. Aber eine beharrliche Politik macht dies auf Dauer möglich. Das wohlfahrtsstaatliche Verhältnis von Staat und Ökonomie wurde in entscheidenden Hinsichten desartikuliert, das öffentliche Leistungsangebot radikal eingeschränkt, die Gewerkschaften angegriffen, die Reallöhne gesenkt, Arbeitsverhältnisse geschaffen, die den Lebensunterhalt oft nicht mehr ausreichend sichern und dennoch die Individuen wie ihre sozialen Zusammenhänge von innen her auszehren und ausplündern, die Orientierung von den standardisierten Massenkonsumgütern auf private Daseinsvorsorge neu ausgerichtet, die Position des Unternehmers gestärkt, der Reichtum als gerecht neu legitimiert, umfangreiche Arbeitslosigkeit und Armut geschaffen, die noch in den 1960er Jahren viele für bestandsgefährlich gehalten haben. Zu all dem schweigen die meisten – und dort, wo es Protest gab und gibt, ist es denjenigen noch immer gelungen, diesen auszusitzen im Namen der nachhaltigen Haushaltssanierung des Staates, der Sicherung der Zukunft kommender Generationen, die gerade an die Reichen verteilt wird, und der Anpassung an die Zwänge des Weltmarkts.

Für die Linke führt dies verbreitet zur Diagnose von der Hegemonie des Neoliberalismus. Dies legt nahe, dass es sich um eine einheitliche Ideologie, eine pensée unique, handelt, dass es eine Ideologie ist, die die Veränderung der sozialen Wirklichkeit in Gang bringt, dass dies ausgehend von einem konzeptionellen Zentrum aus systematisch geschieht, das mit seiner Doktrin das Denken aller durchdringt, Zustimmung herbeiführt und alle im gewünschten Sinne eines betriebswirtschaftlichen Denkens handeln lässt. Eine weitere Implikation dieser Diagnose ist, dass die Phase des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses rückblickend in einem versöhnlichen Licht erscheint. Im Prinzip war dies schon der Weg zu einer Domestizierung oder gar Überwindung des Kapitalismus, denn mit der Senkung der Rentabilität der Unternehmen durch hohe Löhne wurde eine Verstaatlichung ermöglicht. Der Neoliberalismus gilt als Ideologie, die nur deswegen wirkungsmächtig und hegemonial ist, weil alle an sie glauben. Würde die Drohkulisse globalisierter Märkte und der angeblichen Exit-Option der Unternehmen nicht geglaubt, dann wäre es möglich, zum status quo ante zurückzukehren. Dies liegt aus einer keynesianischen Sicht auch nahe, weil die neoliberale Wirtschaftsstrategie enorme makroökonomische Ungleichgewichte schafft: riesige Gewinne bei einer Reihe von Unternehmen, zahlreiche Insolvenzen und vor allem hohe Arbeitslosigkeit. Die Ursache wird in einer Nachfragerestriktion gesehen, die durch staatliche Nachfrageprogramme behoben werden könnte. Die Veränderungen der kapitalistischen Formation werden zu gering eingeschätzt. Letztlich kommt es nur zu einer Kritik des Neoliberalismus als einer fehlerhaften Wirtschaftsdoktrin, nicht als eine Ideologie, die mit Tendenzen der Neuformierung der kapitalistischen Gesellschaftsformation organisch verbunden ist. Aber selbst wenn sie mit dieser Form der passiven Revolution verbunden ist, in der sich gegenwärtig die Transformationsprozesse vollziehen, ist sie nicht gleichzusetzen mit einer Hegemonie dieser Ideologie.

Es ist freilich ein Fehler zu denken, der Neoliberalismus wäre erfolgreich, weil eine mehr oder weniger kleine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern einige mehr oder weniger richtige Überlegungen angestellt hätte, die sie solange wiederholten, bis alle dem Zauber der Voodoo-Ökonomie verfallen waren. Vielmehr ist zu klären, wie es zu einem vorläufigen Konsens in Politik, Wissenschaft oder Journalismus kommen konnte, der mit Elementen des Neoliberalismus verbunden ist. Dies gibt Anlass, die etwas verwirrende ideologiegeschichtliche Konstellation zu bedenken. Denn vieles von dem, was als Neoliberalismus bezeichnet wird, wurde schon vor Jahrzehnten seit den 1930er und 1940er Jahren konzipiert. Wichtige Überlegungen des

Neoliberalismus sind bereits in die Konstruktion dessen eingegangen, was seit den 1950er Jahren in Deutschland als soziale Marktwirtschaft bezeichnet wird. In einem im Auftrag der Ludwig-Erhard-Stiftung herausgegebenen Sammelband mit „Grundtexten zur Sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion“ (Stützel u. a. 1981) werden wie selbstverständlich Texte von Franz Böhm, Ludwig Erhard, Walter Eucken, Friedrich von Hayek, Ludwig von Mises, Alfred Müller-Armack oder Wilhelm Röpke zusammengestellt. Die meisten der genannten Autoren zählen sich selbst zum Neoliberalismus oder werden ihm zugerechnet; viele von ihnen waren seit den 1930er Jahren bemüht, den Liberalismus wieder zu beleben und ihm neue Attraktivität zu geben. Markiert wird dies durch das „Colloque Walter Lippmann“, das im August 1938 in Paris stattfand, und auf dem aufgrund theoriepolitischer Überlegungen in der Diskussion über terminologische Alternativen wie „néo-capitalisme“, „libéralisme positif“ oder „libéralisme de gauche“ schließlich die Entscheidung für „Neo-Liberalismus“ fiel (Walpen 2004, 59f). Diejenigen, die für eine Wiederbelebung des Liberalismus unter diesem neuen Ausdruck des Neoliberalismus eintraten, reagierten auf eine von ihnen seit langem wahrgenommene Krise des Liberalismus. Diese Krise bestand aus einem Mangel an Überzeugungskraft des Liberalismus, aus ökonomischen Entwicklungen wie Kapitalkonzentration und einer damit einhergehenden Kontrolle und Lenkung der Märkte nicht nur durch Unternehmen, sondern durch staatliche Planung und damit verbundener protektionistischer Tendenzen. Faschismus, Kommunismus, keynesianisch geprägter New Deal – aus der Sicht der Neoliberalen war das alles eins, nämlich Totalitarismus, der mit staatlicher Planung das natürliche Gleichgewicht der ökonomischen Welt stört. Der Neoliberalismus war gedacht als ein Gegenangriff des Liberalismus für die Freiheit. Dabei bestand die klare Einsicht, dass ein Zurück zum Manchesterkapitalismus und Laissez-faire nicht möglich sei, hatte doch gerade dieser historische Liberalismus die gegenwärtige Krise selbst mit verursacht. Es musste also ein neuer Weg zwischen Laissez-faire und Totalitarismus gefunden werden, Bündnisse mit den Gewerkschaften und der katholischen Kirche wurden ins Auge gefasst. In Deutschland führte dies schließlich zum Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“.

Das mit dem Begriff der sozialen Marktwirtschaft verbundene Koalitionsangebot an Gewerkschaften und Christen in der Nachkriegszeit Deutschlands stützte sich auf eine Politik der sozialen Sicherung. Der Neoliberalismus, so Foucault (2004, 129), wurde als Alternative zu Kapitalismus und Planwirtschaft gesehen. Hayek hatte allerdings das Bedenken, dass mit dem Attribut „sozial“ die Marktwirtschaft ihres Inhalts beraubt werden könnte (vgl. Walpen 2004, 75). Aufgrund solcher Binnendifferenzen wird dann gelegentlich zwischen dem die soziale Marktwirtschaft unterstützenden Ordoliberalismus der Freiburger Schule und dem marktradikalen Liberalismus unterschieden (vgl. Müller-Jentsch 2001, 205). Denn in der sozialen Marktwirtschaft werden, so Müller-Armack 1947, vom Staat die rechtlichen Spielräume geschaffen, in denen sich Unternehmer und Gewerkschaften in freier Verhandlung zu Gesamtverträgen treffen; die Einkommensbesteuerung besorgt den Ausgleich zwischen unerwünschten Einkommensunterschieden. Wenn wegen dieses Ziels des Ausgleichs in jüngerer Zeit von deutschen Gewerkschaftern und ihnen nahe stehenden Intellektuellen die soziale Marktwirtschaft erneut als die Formel des früheren Klassenkompromiss beschworen wird, so wird von ihnen nicht angemessen berücksichtigt, dass die Vertreter der sozialen Marktwirtschaft Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, Kündigungsschutzrechte, das durch starke Gewerkschaften gesicherte hohe Lohnniveau nahe an der Produktivitätsentwicklung regelmäßig als Ursachen für die Gefährdung der marktwirtschaftlichen Ordnung kritisiert haben, weil all dies die Anpassung an die erforderlichen Veränderungen am Markt verlangsamt oder verhindert.

Ideologiegeschichtlich ist das Verständnis von Neoliberalismus auch deswegen kompliziert, weil – wie der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser (2004, 403) schreibt –, in Westdeutschland von Neoliberalen unter dem Titel der sozialen Marktwirtschaft eine Reform des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems durchgeführt worden ist, die in den meisten Ländern Westeuropas im Namen einer keynesianischen Wirtschaftspolitik verfolgt wurde. Wir haben also das Kuriosum, dass die gegenwärtigen Veränderungen im Namen einer Doktrin vorgenommen werden, die schon seit Jahrzehnten existiert und, noch verwirrender, schon seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bei der Restauration der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in Deutschland Pate stand, dass die Wirtschaftspolitik, die in Deutschland im Namen der neoliberalen Ideologie durchgeführt wurde, in anderen Gesellschaften als neokonservative oder keynesianische Wirtschaftspolitik praktiziert wurde.

Wenn man diesen historischen Aspekt vor Augen hat, der darüber belehrt, dass der Neoliberalismus kein kohärentes Ideengebäude ist, dann lenkt dies die Aufmerksamkeit eher auf die Praxis. Dies sollte nun nicht so verstanden werden, dass die Stärke des Neoliberalismus sich dann gleichsam passiv als Ergebnis der Krise, Schwäche und mangelnden Überzeugungskraft der keynesianischen Regulierung ergibt. Eine solche These lässt die sich über Jahre und Jahrzehnte hinziehende Aktivität von Neoliberalen außer Betracht, die ja in einer Reihe von Ländern wie Deutschland immer einflussreich bei der wirtschaftspolitischen Gestaltung mitwirkten und sich dabei selektiv durchaus auch keynesianischer Methoden bedienten. Ich schlage deswegen vor, den Neoliberalismus als eine praktische Ideologie der Akteure des Kapitals zu begreifen. Als praktische Ideologie ist er vor allem (gegen)revolutionär und zerstörerisch; er organisiert die Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen. Aber der Neoliberalismus, auch wenn er es vielleicht gern geworden wäre, ist keine eigenständige Ideologie im Sinne einer umfassenden konzeptiven Weltauffassung der bürgerliche Klasse, eher formuliert er die korporative Interessenlage des Bürgertums. Auf dem Niveau der wohlfahrtsstaatlichen Massendemokratie, angesichts einer staatlichen Herrschaft, die durch Demokratisierung und Konzessionen in die Krise geraten war, einer politisch-kulturellen Situation, die als subversiv, spätbürgerlich und postmodern galt, angesichts gesellschaftlicher Kräfte, die dabei waren, der Gesellschaft durch Kämpfe um das Wissen von unten, für neue Identitäten, gegen Kolonialismus, Rassismus und Nationalismus ihre Geschichte, ihre Veränderbarkeit und ihre Zukunft zu erschließen, geht es um die Vergewisserung und Wiederherstellung bürgerlicher Herrschaftsgrundlagen durch den Rückgriff auf die Herrschaft des Marktes selbst: Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln, rechtliche Regelungen, die einen stabilen unternehmerischen Erwartungshorizont schaffen, überhaupt hohe Erwartungsstabilität durch staatlichen Schutz der Märkte, schließlich eine gesellschaftliche Entwicklung, die durch Kontingenz der Märkte bestimmt ist, also Verzicht auf Vernunft als bewusste Kontrolle und Lenkung des Zusammenlebens durch alle und Freiheit des Wettbewerbs als Prinzip der Evolution selbst. Als Strategie der passiven Revolution und der Zerstörung der Errungenschaften von Lebensgewohnheiten und Regelungen, die den wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiss auf Dauer stellten, ist der Neoliberalismus nicht hegemoniefähig. Er will sich nicht verpflichten und binden, indem er neue Allverbindlichkeiten schafft. „Die Rationalisierer und Evaluatoren, die mit Zeitmessern produktive und unproduktive Umwege gleichermaßen wegschaffen und im Zweifelsfall vor allem Entlassungen legitimieren – eine ganze Schicht solcher technischer Berater und Bewerter durchforstet immer mehr gesellschaftliche Bereiche, nicht länger nur Wirtschaftsbetriebe, sondern nach und nach alle öffentlichen Institutionen, ob es das Theater und die Oper ist, die Schule oder Universität, ob Behörden oder

Krankenhausverwaltungen, immer mit dem Ziel, Überflüssiges und Zweckfremdes dingfest zu machen.“ (Negt 2005, 29) Was Negt hier anschaulich beschreibt, ist meiner Ansicht nach die Strategie der neoliberalen Gegenhegemonie: systematisch werden die Überbauten, in denen sich etwas wie kompromisshafte Allgemeinheit zwischen den antagonistischen sozialen Klassen verdichtet, umgebaut, eingeschränkt, zerschlagen und, soweit sich dies mit Erwartungen auf Gewinne verbinden lässt, direkt dem Zwang zur Kapitalverwertung unterworfen. Das ist wahrscheinlich eines seiner Hauptelemente: in der Krise der Kapitalverwertung, die der Fordismus nicht weiter lösen konnte, das Gewicht der Kapitalfraktionen zu verändern, die an der Verteilung des abgepressten Mehrwerts teilnehmen dürfen, sowie neue Bereiche der Verwertung zu erschließen durch Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und durch Allgemeingüter wie Gene, Organe, Wissen, Ressourcen in den Meeren. Dies führt zu enormen Verwerfungen in den eingespielten Interessenkonstellationen zwischen Einzelkapitalen, Branchen, ihrem jeweiligen Verhältnis zum subventionierenden Wohlfahrtsstaat; es müssen Einschnitte in eingespielte Konkurrenz- und Austauschmechanismen vorgenommen werden. Der Neoliberalismus ist das zerstörerische Moment in den selbsttransformativen Prozessen der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

Der Mangel an Hegemoniefähigkeit, in gewisser Weise vielleicht sogar eine grundlegende Gleichgültigkeit gegenüber der Hegemonie macht sich auch darin geltend, dass der Neoliberalismus als praktische Ideologie sich vielfach mit anderen ideologischen Komponenten verbindet. Entsprechend konnte der Neoliberalismus in den vergangenen Jahrzehnten in der Verbindung mit der sozialen Marktwirtschaft erfahren werden, aber auch in Verbindung mit dem Neokonservatismus in der Art von Reagan und einem starken, warfare-orientierten Staatsinterventionismus, mit einem christlichen Fundamentalismus in der Art von Bush jr. und einer Kaperung des Staatsapparats durch wenige Unternehmen wie Halliburton, in Verbindung mit einem autoritären Populismus in der Art von Thatcher oder Berlusconi und dessen Strategie, sich den Staat für seinen privaten Zweck als Unternehmer anzueignen, mit der Sozialdemokratie Blairs und Schröders sowie den Grünen. Reine neoliberale Parteien wie die deutschen Freidemokraten sind klein; und selbst diese müssen sich bemühen, Kompetenzen z. B. auf bürgerrechtlicher Ebene zu entwickeln, um bündnisfähig zu sein. Die weite Verbreitung und Verknüpfungsfähigkeit mit anderen Ideologien legt den Fehlschluss nahe, diese seien Neoliberalismus in verkleideter Form. So hält Bernhard Walpen den Neokonservatismus für eine für die USA typische Spielart des Neoliberalismus, weil dort der Liberalismus seit den 1930er Jahren mit dem keynesianisch inspirierten New Deal und dem politischen Liberalismus assoziiert wird. Doch so werden die christlichen, die neokonservativen, die lebensschützerischen, rechtspopulistischen, rassistischen, unilateralistisch-staatsinterventionistischen Aspekte zu schnell außer Betracht gelassen. Wird alles mit dem Neoliberalismus gleichgesetzt, dann werden die ideologischen Tendenzen vereinheitlicht, und es geraten die ideologischen Widersprüche aus dem Blick; alles wird zu Neoliberalismus, und dieser selbst wird zu einer Substanz reduziert. Am Ende macht eine Ideologie die Geschichte – als sei sie nicht selbst gemachte Geschichte.

Die Frage, ob der Neoliberalismus hegemonial sei oder nicht, hängt davon ab, was man unter Hegemonie verstehen will, um einen Maßstab zu haben. So wie ich den Begriff der Hegemonie im Anschluss an Gramsci und Poulantzas verstehe, heißt Hegemonie, dass die herrschende Klasse in bestimmten Hinsichten von ihren besonderen Interessen abrückt und Konzessionen gegenüber den Klassen macht, die sie regieren will. Dazu muss sie sich als allgemeine Klasse

darstellen, also entsprechende allgemeinverbindliche Begriffe, eine Weltanschauung und mittels staatlicher Erziehung, rechtlicher und moralischer Normen eine Lebensweise entwickeln. Hegemonie ist ein Totalisierungsprojekt, das auf die Formierung der Gesellschaft als einer integrierten Einheit zielt, die alles in das Licht eines quasi-logischen Zusammenhangs taucht. Dieser Prozess der herrschaftlichen Verallgemeinerung führt zum Aufbau eines komplexen Überbaus mit einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Apparaten. In ihnen finden sich eine Vielzahl von Interessen vertreten, die durch allseits anerkannte Sprecher, kleine, mittlere und große Intellektuelle ausgearbeitet und repräsentiert werden. Thatcher hat wahrscheinlich die antihegemoniale Formel des neoliberalen Programms geprägt: so etwas wie Gesellschaft gebe es nicht, sondern nur Individuen und Familien.

Beim Neoliberalismus sehe ich eher die Strategie, die Überbauten zu prüfen, einzureißen, sie in den Prozess der Kapitalverwertung zu ziehen und damit auch ihre Existenz zur Disposition zu stellen. Es herrscht die Tendenz, zugunsten des korporativen Interesses weniger sozialer Gruppen, die sich in einem schnellen Tempo bereichern, ein breites Geflecht von sozialen Kompromissen zu zerreißen, gerade eingegangene Kompromisskonstellationen auch schnell wieder zu verlassen. Dafür wird eine Strategie verwendet, die sehr häufig an elementare Alltagserfahrungen anknüpfen kann, soziale Verhältnisse moralisiert und auf überraschende Weise Gerechtigkeitsgesichtspunkte mobilisiert. Der Neoliberalismus ist der Versuch, den Kapitalismus, den Markt, den Wettbewerb, das Leistungsprinzip als Lösung der Gerechtigkeitslücken auszuweisen, die von der Politik der sozialen Gerechtigkeit erzeugt wurden. Diese Umstellung von sozialer Gerechtigkeit auf Leistungs- und Chancengerechtigkeit begünstigt eine besitzindividualistische Orientierung, und diese zerstört die Allgemeinheiten der Überbauten. Soweit diese nach Prüfungsprozessen (Controlling, Evaluation, Ranking) erhalten bleiben, stärken sie aufgrund von Umstrukturierungen auch ihrerseits die soziale Selektion. Dies bedeutet, dass der Neoliberalismus eine Herrschaftsstrategie ist, die versucht, so weit wie möglich ohne Konzessionen zu herrschen. Dies sagen indirekt auch solche Kritiker, die mahnen, es möge doch die soziale Integration nicht vernachlässigt werden, weil diese den sozialen Frieden erhalte – und die Kritiker sind oft diejenigen, die selbst zur Durchsetzung ihrer Ziele neoliberale Instrumente verwenden.

Wenn gegenwärtig nicht in der Form der Hegemonie geherrscht wird, so stellt sich auch durchaus die Frage, ob es überhaupt wieder zu Hegemonie kommt, ob Hegemonie also vielleicht nur eine besondere Form der konsensuellen Herrschaft unter Bedingungen des Fordismus war oder ob nur in einer mehr oder weniger langen Phase auf Hegemonie verzichtet wird, weil sie eben kostet. Aufgrund der schnelleren Zyklen der Kapitalverwertung wird auch hier anders gerechnet. Die Kosten von Krisen können in Kauf genommen werden, wenn sie niedriger sind als die Kosten für ihre Vermeidung; dies ermöglicht die Senkung von Transaktionskosten und die Mitnahme von Gewinnen. Bis es wirklich notwendig wird, für die Vermeidung von Krisen Geld auszugeben, kann es selbst wiederum gewinnbringend investiert werden. Vor allem ist denkbar, Kapital zu verlagern und damit lokalen Krisen möglicherweise zu entgehen. Vor allem aber scheint es so, dass das Potenzial der ökonomischen und vor allem politischen und kulturellen Krise für eine gewisse Phase verringert wurde durch den Verzicht auf Hegemonie, der ja – wie seit den 1970er Jahren immer wieder von Neoliberalen und Neokonservativen betont – zu einer Überforderung des Staates und zu Unregierbarkeit führte. An die Stelle der Hegemonie und des Zwangs tritt eine neue Form von Herrschaft, Herrschaft durch Kontingenz (vgl. Demirovič 2001). Sie stützt sich insbesondere auf das, was Marx (1969, 765) als den

„stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ selbst bezeichnet hat. Doch der stumme Zwang ist gar nicht so stumm, sondern findet eine Übersetzung in die vulgäre Sprache der neoliberalen Ideologie, die vor allem aus der Mahnung besteht, die Anforderungen der Produktionsweise als Naturgesetze anzuerkennen. Diese Naturgesetze werden heute – angesichts des Verlustes der Autorität der Wissenschaften in der sog. reflexiven Moderne – als Praktiken der Ungewissheit durchgesetzt: jeder ist frei und für sich verantwortlich, alles könnte auch immer anders sein – „Lola rennt“ ist die filmische Bearbeitung eines neuen, narrativen Kontingenzmanagements, das uns mit der Tatsache konfrontiert, dass wir in jeder Sekunde Entscheidungen treffen, die auch hätten anders ausfallen und zu einer anderen Geschichte hätten werden können. Dies zwingt uns eine neue und geschichtslose Mobilität und Identität auf. Gerade die Fragmentierung und zu hohe Komplexität der zahllosen Alternativen fördert die Neigung, die Dinge so geschehen zu lassen, wie sie geschehen. Die Komplexität wird auf diese Weise der Grund dafür, dass alles so bleibt, wie es ist.

Für die Hegemonie des Neoliberalismus werden vor allem zwei Argumente angeführt, die an Gramsci anschließen. Das eine Argument ist, dass Hegemonie mit der Herausbildung großer organischer Intellektueller verbunden ist. Gramscis Überlegung zufolge kamen solche Intellektuelle dann in die gesellschaftliche Position von Philosophen. Obwohl sie häufig aus der Philosophie kommen, hat dies nichts mit Fachphilosophie zu tun, umgekehrt gewinnt die Fachphilosophie ihr Prestige in den europäischen Gesellschaften weitgehend daraus, dass ihr diese hegemonialen Autoren und Theorien zugerechnet wurden. Gramsci hatte Benedetto Croce vor Augen, wir könnten heute Personen wie John Rawls oder Jürgen Habermas vor Augen haben, Intellektuelle, die mit ihren Theorien die Allgemeinheit der wohlfahrtsstaatlichen Demokratie repräsentiert haben. Entsprechend muss der Konsens auch durch Angriffe auf die von Habermas systematisierten Begriffe gebrochen werden. So formulierte Edmund Stoiber ohne Bezug auf Habermas, aber doch mit dem Ziel, einer ganzen Denkformation den Abschied zu geben, dass die rot-grüne Politik für viel Diskurs und wenig Leistung stünde. Wenn wir den Neoliberalismus unter diesem Gesichtspunkt betrachten, dann lässt sich behaupten, dass er einen solchen Typ von Intellektuellen bislang nicht hervorgebracht hat, wahrscheinlich nicht hervorbringen wird und deswegen auch nicht hegemonial ist. Walpen hat zur Verteidigung des Arguments den interessanten Vorschlag gemacht, die neoliberalen Think tanks als neue organische Intellektuelle des Neoliberalismus zu begreifen und mit dieser Überlegung umfassende Einsichten in Diskurszusammenhänge des Neoliberalismus gewonnen. Ich meine, dass trotzdem Vorsicht angebracht ist. Die Bedeutung der Think tanks hat in den vergangenen drei Jahrzehnten deutlich zugenommen und damit den staatlichen Politikmodus verändert (vgl. Demirovič 2004; Resch 2005). Aber es handelt sich um intellektuelle Beratung, um für den Tag geschriebene Arbeitspapiere, um politiknahe Konzepte, um technokratische Ideologieplanung, die selten organisch wird und trotz unbestreitbarer Machteffekte über kurze Konjunkturen hinaus Bestand hat. Niemand würde wohl Schriften von Müller-Böling, des Leiters des von der Bertelsmann-Stiftung finanzierten Centrums für Hochschulentwicklung, lesen, um sich daraus Aufschluss über das eigene Leben, die Ziele und Handlungsperspektiven, die Grundlagen der Gesellschaft und das Zusammenhandeln zu erwarten. Wer wird sich in einigen Jahren noch an den „Dritten Weg“ erinnern? – und Giddens hat es sicherlich in seiner Position als Intellektuellen eher geschadet als genutzt, dass er die Verknüpfung von Sozialdemokratie und Neoliberalismus repräsentierte.

Ein zweites wichtiges Argument ist, dass der Neoliberalismus nun seit längerem schon dar-

an arbeitet, eine neue Lebensweise durchzusetzen (vgl. Candeias 2004). Wie bereits gesagt, fragt es sich, warum in diesem Zusammenhang der Neokonservatismus völlig außer Betracht bleibt. Denn schließlich gingen in den USA oder Deutschland gerade von ihm die zentralen Angriffe gegen die sog. Kulturrevolution von 1968 und die Forderung zu einer geistigen und moralischen Wende aus. Eine verbreitete Kritik am Neoliberalismus ist, dass er zu einer Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse führt. Das kann nicht wirklich das entscheidende Kriterium sein, weil dies in verschiedener Form allgemein für den Kapitalismus und auch für den wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus gilt. Zutreffender erscheint mir die Beschreibung Foucaults, wenn er eine Umkehrung feststellt. Anders als im klassischen Liberalismus soll der Markt nicht ein vom Staat eingehegter und begrenzter Raum wirtschaftlicher Freiheit sein. Umgekehrt soll die Freiheit des Marktes zum Organisations- und Regulationsprinzip von Staat und Gesellschaft werden. Deswegen handelt es sich auch nicht um eine Entbettung des Marktes, seine Herauslösung aus der Gesellschaft. Der Markt wird zu ihrem Prinzip. Nicht der Markt als Tausch und Konsum, sondern der Markt als operativer Mechanismus, der Freiheit und Gerechtigkeit ermöglicht, soll freigesetzt werden.

Freilich geht es um Wettbewerb, Allokationseffizienz, Preise, Inflation, freie Unternehmensentscheidung; doch immer auch um das Versprechen, eingeschliffene Interessen zu überprüfen, die Bindung an eingegangene Verpflichtungen, an die Geschichte zu lösen, indem die Kosten gesenkt, Ressourcen effizienter verwendet, marktnäher produziert oder Dienstleistungen am Markt und nicht mehr vom Staat angeboten werden. Es scheint, dass im Interesse der Kapitalgeber und Verbraucher gehandelt wird. So werden Unternehmen transaktionskostenanalytisch daraufhin geprüft, ob die einzelnen Unternehmensteile nicht zu wenig rentabel sind, ob es für das Unternehmen nicht gewinnbringender wäre, seine Immobilien zu verkaufen und die nötigen Gebäude zu leasen; bestimmte Teilprodukte oder Dienstleistungen nicht mehr selbst zu erbringen, sondern kostengünstiger auf dem Markt zu kaufen. Die Lohnabhängigen sich prüfend unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob ihre individuellen Eigenschaften und Fähigkeiten Teil eines wettbewerbsfähigen Portfolios oder aber ein Wettbewerbshindernis sein könnten, weil ihre Kenntnisse und persönlichen Erfahrungen sie an eine Vergangenheit binden, die sie unflexibel macht. Gefragt wird, ob die Länge des Studiums und die damit verbundenen Kosten nicht Ergebnis einer falschen Organisation der Hochschulen oder dem geringen Kostenbewusstsein der Studierenden geschuldet ist. Auch die Kosten, die eine Krankheit oder ein behindertes Kind für die Versicherungsgemeinschaft mit sich bringen, stehen zur Disposition, wenn die Krankheit oder die Behinderung antizipiert und durch entsprechende Vorsorge wie Sport, Diätetik, Geburtsverhinderung oder genetischen Eingriff verhindert werden können. Alles läuft darauf hinaus, entstehende Kosten unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob sie noch gerechtfertigt sind oder nur einfach deswegen akzeptiert werden, weil sie irgendwann einmal Zustimmung gefunden haben. So ist ja eine der absurden rhetorischen Figuren, dass wir uns heute angeblich Dinge nicht mehr leisten können, die sich die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften in den 1950er Jahren bei geringerem gesellschaftlichem Reichtum und geringerer Produktivität durchaus leisten konnten.

Im Unterschied zum klassischen Liberalismus vertritt der Neoliberalismus nicht das Prinzip des Laissez faire. Es geht ihm nicht einfach darum, der Wirtschaft Freiheit einzuräumen, sondern umgekehrt darum zu bestimmen, wieweit sich die politische und soziale Gewalt der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs erstrecken sollen (vgl. Foucault 2004, 169). Markt und Wettbewerb stellen sich nicht natürlich und von allein ein, sie sind vielmehr selbst Ergeb-

nis von Politik. Der Markt wird nicht einfach entgrenzt, sondern für das Strukturprinzip des Wettbewerbs werden durch Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die geeigneten technischen, wissenschaftlichen, demographischen, rechtlichen Bedingungen der Entfaltung geschaffen. „Man soll für den Markt regieren, anstatt auf Veranlassung des Marktes zu regieren." (Ebd., 174) Es gibt also auch im Fall des Neoliberalismus Staatsinterventionen, aber – so Röpke – ihre Richtung soll eine andere sein als im Fall der Planwirtschaft oder des Keynesianismus.

Der Neoliberalismus plausibilisiert die kapitalistischen Naturgesetze durch das Versprechen, zu überprüfen, ob ökonomische, soziale, emotionale Kosten gerechtfertigt sind und Gerechtigkeit herzustellen. Er greift die Zweifel auf, die auch in der Linken hinsichtlich des Bürokratismus, der Intransparenz und der mangelnden Effizienz von staatlichen Behörden, kapitalistischen Unternehmen oder wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen verbreitet waren. Doch es sind nicht nur die Zweifel, die er aufgreift, sondern er bietet an, durch objektive Maßstäbe, die der Markt zur Verfügung stellt: Geld, unternehmerischer Erfolg, Aktienkurse Gerechtigkeitsansprüche zu befriedigen.

Ein klassisches Argument in diesem Zusammenhang ist das von Neoliberalen gegen die Gewerkschaften gerichtete. Hayek ebenso wie andere Neoliberale betonen das Recht auf Koalitionsfreiheit und die Nützlichkeit der Gewerkschaften. Aber er glaubt auch, dass das ganze Fundament unserer freien Gesellschaft durch die von den Gewerkschaften angemaßte Macht schwer bedroht sei (vgl. Hayek 1991, 341). Danach führt er eine Reihe von Argumenten gegen den Monopolcharakter der Gewerkschaften an. Das zentrale Argument zielt auf den Aspekt der Ungerechtigkeit. Denn indem die Gewerkschaften mit ihrem Vertretungsmonopol für Lohnabhängige das Angebot auf dem Arbeitsmarkt künstlich verknappen, können sie die Löhne erhöhen. Dies bedeute aber, dass einige den Nutzen von hohen Löhnen haben, viele andere jedoch auf Märkten arbeiten müssen, auf denen ein Überangebot herrscht und auf denen sie deswegen nur niedrige Löhne erzielen können oder gar keine Arbeit finden. Es kommt also durch Gewerkschaften zu einer Verzerrung der Lohnstruktur. Wären die Löhne frei verhandelbar, könnte das Reallohnniveau insgesamt höher sein. Hayeks Überlegungen sind weitgehend falsch und werden der Realität fordistischer Lohnverhältnisse, wie sie für Deutschland und andere Wohlfahrtsstaaten charakteristisch waren, nicht gerecht, treffen aber in gewissem Umfang die Exklusionslogik der neokorporatistischen Kompromissbildungen, die zur Marginalisierung von Frauen, gering Ausgebildeten oder Migranten führen. Das Entscheidende an diesem Argument ist jedoch, dass Hayek nicht direkt für die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und für Individualverträge plädiert, sondern auf Gerechtigkeit und größere Wohlfahrt für alle als Argument zurückgreift. Damit lässt sich im Namen der Gerechtigkeit plausibel machen, warum Lohnprivilegien beseitigt und niedrige Löhne eingeführt werden sollten.

Solche neoliberalen Überlegungen stoßen wahrscheinlich auf keine direkte Zustimmung unter Lohnabhängigen, sondern haben ihren Rückhalt eher unter Unternehmern und Managern. Denn ihr Interesse, das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Verausgabung von Arbeitskraft zu ihren Gunsten zu ändern, erscheint nun als eine das Allgemeinwohl fördernde Maßnahme der Gerechtigkeit und entspricht ihrem Paternalismus und Managerialismus zu denken, dass sie viel besser als die Gewerkschaften oder die Betroffenen selbst wüssten, wie höhere Wohlfahrtsgewinne zu erzielen wären, die zum Vorteil der Lohnabhängigen wären. Es wird also keine plumpe Interessenpolitik propagiert, sondern eine Gemeinwohlphilosophie vertreten, die allerdings diejenigen, an deren Wohlfahrt gedacht wird, nicht einbezieht. Es ist

dieser Paternalismus, der dann immer wieder zu der Demagogie führt, Gewerkschaftsfunktionäre ihre hohen Einkünfte vorzuwerfen oder als eigentliche Plage und Hindernis für eine erfolgreiche Wachstumspolitik zu denunzieren. Wenn nun in den vergangenen Jahren auch Managergehälter in der öffentlichen Diskussion stehen, dann hat dies interessante Aspekte. Denn auch in diesem Fall geht es um Gerechtigkeit. Dies wirft die Frage nach dem Maßstab von Gerechtigkeit auf. Kriterien sind Leistung, Verantwortung, Vergleichbarkeit mit anderen Managern. Unterstellt wird gleichsam nebenbei, es gäbe ein Äquivalent, an dem gemessen die Einkommen von Managern jetzt gerade, wo alle sparen, zu hoch sind – anstelle von zehn vielleicht nur eine Million Jahreseinkommen. Entsprechend dieser Logik des Äquivalents sind die Arbeitslosen faul, träge, verantwortungsscheu, nicht leistungsbereit, unflexibel. Die Konsequenz ist die Forderung nach Leistungsgerechtigkeit; und wenn die Maßstäbe dieser Gerechtigkeit nicht in endlosen und unlösbaren moralischen Konflikten ausgehandelt werden sollen, dann bietet der kapitalistische Äquivalententausch eine Lösung. So erscheint gerechtfertigt, dass es hohe, aber nicht zu hohe Managergehälter gibt; doch geraten die Eigentumsanteile an den Unternehmen und die Gewinne ebenso aus dem Blick wie die Tatsache, dass die Lohnabhängigen den gesellschaftlichen Reichtum erzeugen und nicht die Manager und Kapitaleigner, die ihn privat aneignen.

Es gibt andere Felder, in denen sich ebenfalls beobachten lässt, wie Gerechtigkeit zur Geltung gebracht wird. So gibt es keinen Zweifel, dass die wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen mit einer enormen Bürokratisierung verbunden waren. Die Ansprüche auf Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Studienförderung konnten aufgrund eines Rechtsanspruchs nach einer Prüfung geltend gemacht werden. Dazu musste der individuelle Fall in ein rechtlich kodifiziertes Schema hineinpassen, das den konkreten Lebensbedingungen aber in vielen Fällen nicht entsprach. Wollten also die Betroffenen die Unterstützung nicht verlieren, mussten sie vielfach über die Einzelheiten der Lebenslage lügen. Das hat sich bei aller Kritik am Bürokratismus nicht geändert, dieser wurde sogar noch gestärkt. Dies zieht das Missbrauchsargument nach sich. Der sozialdemagogischen Rhetorik liegt aber normativ ein Gerechtigkeitsargument zugrunde: nämlich die Kritik daran, die gemeinschaftliche Einlage in die Versicherung zu Gunsten individueller Interessen auszunutzen. Auch für andere Bereiche gilt dies. So kann, lässt man eine Reihe von empirischen Daten wie den hohen Anteil der vermindert Berufsfähigen außer Betracht, durchaus argumentiert werden, dass es unsinnig ist, dass Lohnabhängige formal im Alter von 65 in die Rente gehen müssen, wenn sie angesichts gestiegener Lebenserwartung noch eine Weile arbeiten könnten und der Ruhestand für viele nur quälende Sinnlosigkeit, schrankenloser Fernsehkonsum als Ersatz für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und leerlaufende Beschäftigung mit Besuchen bei Ärzten und Apotheken bedeutet. Dies treibt die Kosten der Krankenkassen hoch. Die Kosten nehmen auch dadurch zu, dass die Zahl der niedergelassenen Kassenärzte steigt, Mitnahme- und Betrugsmöglichkeiten wachsen, die Einkommen der Führungskräfte in den Krankenkassen hoch sind, ein bestimmtes, nämlich klinisches und nachsorgendes Modell von Krankheitsfürsorge dominant ist. Wenn nun die Beiträge zur Kranken- oder Rentenversicherung erhöht werden, stellen sich Fragen der Gerechtigkeit hinsichtlich der solidarischen Finanzierung und der Generationengerechtigkeit. Fragen nach dem Sinn des konsumistischen Lebensstils und des biographischen Musters sind nicht nur neoliberal. Elemente sind energiereiche, ballaststoffarme Ernährung, Zigaretten, Alkohol, wenig Bewegung; hinzu kommt eine rigide und fremdbestimmte Verteilung des Arbeitsvolumens auf die Lebenszeit der Individuen. Dies führt zu statistisch verbreiteten Krankheitsbildern. Diesen wird nicht präventiv, sondern nachsorgend begegnet. Der Ausbeutungszustand

der Lohnabhängigen wird noch bis in die Ernährung, die Körperpraxis, die Art der Krankheiten und der medizinischen Betreuung aufrechterhalten. Die neoliberale Reaktion auf alle die erfahrenen Ungerechtigkeiten ist die Umstellung von der staatlich erzwungenen Solidarität des Sozialversicherungskollektivs zur privaten Vorsorge. Die soziale Gerechtigkeit knüpft die Tarife an die Einkommen und die Leistungen an die Bedürftigkeit, doch dabei wird eine Homogenität der Lebensformen unterstellt (Ess- und Trinkgewohnheiten, Sportarten), die zweifelhaft ist; demgegenüber trägt die versicherungsmathematische Gerechtigkeit individualisierten Lebensgewohnheiten in größerem Masse Rechnung, indem sie auf der Grundlage statistischer Risikoverteilung hohe Risiken mit hohen Tarifen verbindet (vgl. Schmidt-Semisch 2000). Es geht nicht mehr darum, die Individuen vor den Risiken zu schützen. Vielmehr sollen die Bedingungen geschaffen werden, in dem sie die Risiken annehmen können. Alle sollen Unternehmer sein und sich derart verwerten können, dass sie ein Einkommensniveau erreichen, das ihnen die private Vorsorge ermöglicht.

Kommen wir zu einem weiteren Erfahrungsfeld: dem Bildungsbereich. Die wohlfahrtsstaatliche Öffnung des Bildungssystems hat den Zugang zu und den Erwerb von höheren und hohen Bildungstiteln erleichtert. Die Angebote vor allem im höheren Bildungsbereich waren – im Unterschied zu vorschulischer Kinderbetreuung und beruflicher Ausbildung – lange Zeit kostenlos. Dies bedeutet keineswegs, dass dem das inhaltliche Engagement oder – in neoliberal-bürgerlichen Terms – die Leistung entsprach. Vielmehr hat dies vielfach zu Freeriderverhaltensweisen bei Hochschullehrern und Studierenden geführt. Es war durchaus geläufig, dass im Namen der Lehr- und Forschungsfreiheit Professuren als eine politische oder Gesinnungsrente betrachtet wurden, weder wurde gelehrt noch publiziert noch geforscht, etliche Hochschullehrer bestritten ihre Lehrveranstaltungen über Jahrzehnte mit einem von ihnen selbst verfassten Lehrbuch, eine einmalige Anstrengung ihrer Jugend, von der sie sich für den Rest ihres Lebens zu erholen hofften (vgl. die historische Darstellung von Charle 1996, 149); viele Studierende konnten nach dem Erwerb statistisch sicher sein, dass sie auch einen Universitätsabschluss erwerben würden. Zwangsläufig musste dies zur Forderung nach Reformen führen: von Seiten der Wissenschaftler und Studierenden, von Seiten der Arbeitgeber, aber auch von Seiten derjenigen, die den Verlust ihres früheren Bildungsprivilegs fürchteten. Wie so häufig haben sich ganz schnell an die Spitze des Reformzugs diejenigen Kräfte gestellt, die ohnehin gegen die Öffnung des Bildungssystems waren oder diejenigen, die befürchten mussten, dass sie bei strengeren inhaltlichen Maßstäben als Wissenschaftler und Lehrende diskreditiert würden. Das konnten sie abbiegen durch Einführung bürokratischer Leistungsmaßstäbe und -kontrollen, Verschulung der Studiengänge, Studiengebühren als Leistungsanreiz. Das gab ihnen ein weiteres Mal die Kontrolle ohne inhaltliche Kompetenz, ja die Möglichkeit, die gefürchtete Wissenschaft endgültig wenn nicht zu beseitigen, so doch selbst an den Hochschulen zu marginalisieren. Da das organisationssoziologische Wissen auch die Erkenntnis parat hält, dass mit neuen Routinen sich erneut Bequemlichkeiten oder Freeridermuster ausbilden, wird versucht, den Prozess der Leistungskontrolle in die Institution verstärkt einzubauen durch Vermarktlichung, auf Dauer gestellte Evaluation und ständigen Anreizen für die Suche nach best practices. Mit der Durchsetzung von wissenschaftsfremden Verhaltensvorgaben (Drittmitteleinwerbung, Managementfähigkeiten) kommt es zu einer systematischen Verzerrung bei der Rekrutierung des Nachwuchses, der immer weniger nach wissenschaftlicher Kompetenz bewertet wird. Denjenigen, die die Reformen bestimmen und alle Wissenschaftler nur noch in die Position von Verwaltungsbeamten drücken, die unentwegt in Kommissionen sitzen, mit Evaluation,

Drittmitteleinwerbung, Gutachten etc. zu tun haben, kann dieser Nachwuchs, der nichts anderes mehr kennt, auch nicht mehr gefährlich werden.

Wir sind jetzt hier an einem Punkt, der für die Beurteilung des zweifelhaften Charakters des Neoliberalismus entscheidend ist. Der Neoliberalismus ist an seinen eigenen Gesichtspunkten nur in einem eingegrenzten Masse überhaupt interessiert. Das ist das vulgärideologische Moment an dieser Ideologie. Wenn er die nicht intendierten Kosten der Gewerkschaften oder des Sozialstaats berücksichtigt wissen will, so kann das durchaus vernünftig sein, um Verbesserungen der Vertretung von Lohnabhängigen, Erweiterungen des Arbeitsbegriffs oder Effizienzprüfung und Öffnung für die realen Lebenslagen herbeizuführen. Darum geht es dem Neoliberalismus allerdings nicht. Ihm geht es um maximale schnelle Gewinne und verbesserte Möglichkeiten zur Auspressung der Arbeitskraft ohne Konzessionen. Entsprechend ist er sich selbst gegenüber großzügig und erwägt nicht die Kosten, die seine eigenen Maßnahmen mit sich bringen. Dazu gehören in den Unternehmen die Kosten von Unternehmensberatern, Unternehmensreorganisation, die geringere Produktivität wegen Störung der Arbeitsabläufe. Im Bildungsbereich führt die ständige Evaluation zu einer gewaltigen Evaluierungs- und Akkreditierungsbürokratie. Das erzeugt enorme Kosten für den Aufbau einer entsprechenden Verwaltung und entsprechende private Mitnahmeeffekte, Gelder werden für wissenschaftsfremde Zwecke gebunden; viele Wissenschaftler sind nur noch mit der Einwerbung von Drittmitteln und der Aufbereitung ihrer Tätigkeit für die Evaluierung beschäftigt, während die Wissenschaft selbst auf der Strecke bleibt, was langfristig zu einer Schädigung des Kompetenz- und Wissensniveaus der Gesellschaft führt.

Ein anderes Beispiel sind die Transaktionskosten, die die Privatisierung von Krankenversicherung oder Altersvorsorge für die Einzelnen bedeuten. Der Einzelne, der zuvor von den gesetzlichen Krankenkassen entmündigt wurde, weil er nie eine Rechnung erhielt, die ihm Auskunft über die vom Arzt erbrachte Leistung gegeben hätte, soll nun im Vergleich herausfinden, welche Krankenkasse und welche Altersversorgung die beste für ihn sei. Das Argument ist, dass „wir“ uns die kostspieligen Ausgaben für Gesundheit und Altersversorgung nicht mehr leisten könnten. Nun wird dies in die Verantwortung der einzelnen übergeben, mit der Unterstellung, sie könnten es sich leisten. Diese Unterstellung ist freilich aus vielerlei Gründen falsch. In Kauf genommen wird also faktisch eine Unterversorgung. Bemerkenswert ist auch die Bereitschaft, ein Niveau gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Effizienz in Frage zu stellen, die mit der Verlagerung und Erledigung sozialer Vorsorge an darauf spezialisierte Verwaltungsagenturen verbunden waren. Die Kosten für die einzelnen durch Informationsaufwand, teilweise überdurchschnittlich hohen Versicherungsbeiträge bei Privatversicherungen und Betrugsrisiko werden nicht mehr bedacht. Dies ist umso skandalöser, als in Fällen von Rezessionen die Privatversicherer von der öffentlichen Hand Unterstützung fordern. Die kritische Überprüfung geht also im Fall des Neoliberalismus nicht soweit, dass auch die privatwirtschaftliche Unternehmensorganisation, die Logik der Märkte, die staatlichen Kerninstitutionen wie Recht, Regierung, Militär oder Polizei, Justiz und der Strafvollzug auf ihre gesellschaftlichen Kosten hin überprüft werden. Es wird nicht nach den gesellschaftlichen Opportunitätskosten gefragt, die die Entscheidung für eine gesellschaftliche Formation und nicht für eine andere mit sich bringen. Der Neoliberalismus will die Antwort der Logik der Kontingenz überlassen, denn jede zielvolle Planung in der Tradition der Aufklärung hat aus seiner Sicht nur in den Totalitarismus geführt. Bevor noch einmal etwas bewusst versucht wird, überlässt sich der Neoliberalismus lieber den Gesetzen der Natur, und diese sollen zum Markt führen. Unter tendenzieller Außer-

kraftsetzung der Demokratie sind Markt und Macht die Antworten des Neoliberalismus, mit Macht müssen die Gesetze der Natur verteidigt werden – das ist ein Kernelement der bürgerlichen Ideologie seit Hobbes; die Macht darüber, wer das Recht hat, darüber zu entscheiden, dass es Markt gibt und wem die Kosten aufzubürden sind.

Lord Dahrendorf, der die neoliberale Konstellation noch als Person symbolisiert, indem er für Liberalismus eintritt und mit seinem Adelstitel gleichzeitig in die Natur des Blutes flüchtet, hat dies jüngst ganz offenherzig gesagt: „Die Frage ist nicht: 'Wie sozial ist die Marktwirtschaft?', auch nicht 'wie sozial soll sie sein?', sondern 'wie viel Soziales erträgt eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft?' und 'wer soll dieses Soziale bestimmen?' „(FR, 21. 5. 2005). Das ist ja eine ausreichend offenherzige Überlegung, die deutlich macht, dass der Maßstab der Dinge die wettbewerbsfähige Marktwirtschaft ist und die Entscheidung für die Definition des Sozialen von denen beansprucht wird, die über die Marktwirtschaft entscheiden. Aus der Sicht von Dahrendorf heißt dies, dass soziale Rechte als kodifizierte Anspruchsrechte ebenso wie die Gewerkschaften zur Seite geschoben werden können. Er möchte das, was als sozial gilt, wieder zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen mit ihren wechselnden Ergebnissen machen. Aus einer solchen Formulierung spricht das Überlegenheitsgefühl derer, die die ökonomische Definitionsmacht haben. Gerade dies müsste und könnte ihnen die Linke streitig machen. Sie könnte einen besonderen Gebrauch von Marx' reflexiver Frage nach dem Erzieher der Erzieher machen: also die Evaluatoren evaluieren: die Bundeskanzler und Abgeordneten, die Jasager in der Presse und an den Universitäten; die Kosten der Kostenprüfer prüfen; eine Bewertung der Rating- und Rankingagenturen durchführen; die Unternehmensberater auf den Erfolg ihrer wirtschaftspolitischen Strategien hin kontrollieren. Nach gut zwanzig Jahren Misserfolg des Neoliberalismus ist dringend geboten, den konformistischen Theologen des Marktes die Rechnung zu präsentieren. Es gehört zu den historischen Kompetenzen der Linken, gesamtgesellschaftliche Rationalitätsansprüche hinsichtlich der materiellen Produktion und Verfügung über Ressourcen und menschliche Arbeitskraft zur Geltung zu bringen. Das Andere ist eine historisch möglich gewordene konkrete Alternative.

Doch eigenartiger Weise gibt es keinen Wettbewerb hinsichtlich der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konzepte. Alles wird von der dominanten pensée unique des Neoliberalismus an den Rand gedrängt, sie diskutiert nicht, sondern wiederholt mechanisch und autosuggestiv die Formeln, mit ihnen füllt sie Zeit und Raum. Nachhaltigkeit, Suffizienz, Entschleunigung, Internalisierung der Vernutzung von Ressourcen, neue Konzepte der Vollbeschäftigung, breite Wohlfahrtsparameter, Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle der Produktionsmittel – alle diese Konzepte spielen am Ende nur eine geringe Rolle, selbst dort nicht, wo es um ökonomische Gesichtspunkte und mittel- und langfristige Perspektiven der Gesellschaftsentwicklung geht. Wer wird für alle die Folgen aufkommen, die mit der Überarbeitung der Menschen bei gleichzeitiger struktureller Arbeitslosigkeit, Vermögenspolarisierung, Übernutzung der Ressourcen, Versagen bei der Entwicklung alternativer und sanfter Technologien, Absenkung des Niveaus der Gesundheitsversorgung, Verfall der Bildungseinrichtungen, Zerschlagung öffentlicher Infrastrukturen und damit zusammenhängender Versorgung der Individuen verbunden sind? Der Neoliberalismus verwüstet das Leben so vieler Menschen und trägt zum Tod so vieler bei; aus der Sicht führender Unternehmen ist er sicherlich ein Erfolg. Die Gewinnsteigerung vieler deutscher DAX-Unternehmen beträgt das mehr als Hundertfache des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts. Die deutsche Exportwirtschaft ist erfolgreich wie kaum in den vergangenen Jahrzehnten. Erkauft wird dies durch Verlagerung der Arbeitslosig-

keit ins Ausland, Produktivitätsabschwächung, Absenkung der Reallöhne, deflationäre Tendenzen, Überwälzung des Steueraufkommens auf die Pflichtsteuerzahler und die faktische Enteignung ihrer Lohneinkommen, hohe Arbeitslosigkeit, Zerstörung der öffentlichen Infrastrukturen und Absenkung des Lebensniveaus. Die Macht und Kontrollfähigkeit der Unternehmen über die Märkte, die Lohnabhängigen, die Lebensweise der Menschen nimmt zu.

Es ist also erklärungsbedürftig, warum ökonomische Kriterien eine so geringe Rolle spielen. Ich neige zur Hypothese, die mit meinem Zweifel an der Hegemoniefähigkeit des Neoliberalismus verbunden ist, dass der Neoliberalismus eine Form symbolischer Gewalt darstellt. Über ökonomische Fragen soll nicht diskutiert werden, weil die machtvolle Behauptung, dass es keine Alternativen gäbe, aufrecht erhalten werden soll gerade zu einem Zeitpunkt, wo die kapitalistische Formation verändert wird, um sie zu erhalten. Damit der Schleier des Unwissens aber erhalten werden kann, wird vermieden, den Sinn und die Funktionsweise des Ökonomischen selbst überhaupt zum Gegenstand von Konsensbildung zu machen. Ökonomische Gesichtspunkte werden als bloß materialistisch abgeschattet. Die neoliberale Wirtschaftspolitik ist mit einer Wiederbelebung des Nationalismus und Patriotismus, des Rechtspopulismus, des öffentlich inszenierten Christentums, des antiwissenschaftlichen Mystizismus in vielen Spielarten (Kreationismus, Fantasy, Psychokulte) verbunden. Eine der Konsequenzen, die die Vertreter der CDU aus ihren starken Wahlverlusten bei den Bundestagswahlen 2005 zogen, ist, dass Themen wie Ökonomie, Steuer, Staatsverschuldung zu kalt sind und sich nicht an die Herzen der Menschen wenden. Sie wissen genau, dass nicht die Themen zu kalt sind, sondern sie selbst, und dass sie sich antidemokratisch über die Mehrheit der Gesellschaft hinwegsetzen, die eine solche Wirtschaftspolitik ablehnt. Aber auch in vielen linken Theorien spielen Moral und Kultur immer noch und trotz einer Aufwertung der Diskussion über Globalisierung eine größere Rolle als die materiellen Lebensverhältnisse. Vielfach bleiben die Argumente moralisch und beklagen lediglich den Mangel an Einbettung und Regulierung der Märkte; die Theoriebildung ist fragmentiert.

Wenn es sich also nicht um eine Hegemonie des Neoliberalismus handelt, dann stellt sich freilich die Frage, wie die gegenwärtigen Formveränderungen des Kapitalismus interpretiert werden können. Einen Hinweis geben die umfassenden Diagnosen von Castells (2001), Negri und Hardt (2002) oder Boltanski und Chiapello (2003). In diesen Analysen des sich allmählich neu formierenden Kapitalismus spielt der Neoliberalismus eine geringe Rolle; sie betonen die Bedeutung von Netzwerken und Wissen. So deuten Boltanski/Chiapello (2003, 574) an, dass das Hauptmerkmal der neuen Form des Kapitalismus weniger die Marktorientierung sei, sondern die Verbreitung der Netzlogik. Zu sehr sei die Gesellschaftskritik bewährten Gerechtigkeitsvorstellungen verhaftet geblieben und habe sich in die sterile Debatte zwischen Liberalismus und Etatismus verrannt, das Neue einer von der Netzlogik bestimmten Reproduktion der kapitalistischen Formation und ihrer Widersprüche werde jedoch verkannt; und so bleibe auch die Gesellschaftskritik der Linken immer noch ineffizient. In ihrer empirischen Auswertung der französischen Managementliteratur stellen sie fest, dass für Manager das Marktmodell eine unverändert stabile, aber nachrangige Bedeutung besitzt, während seit den siebziger Jahren das Netzmodell noch vor dem Marktmodell und hinter dem Industriemodell den zweiten Platz der Häufigkeit bei den in Anspruch genommenen Wirtschaftsmodellen einnimmt. Für die Industrielogik ist Hierarchie der Organisation und Funktionalität der Beschäftigten bestimmend. Für das Netzmodell sind andere Elemente charakteristisch: die Menschen sollen beweglich und kommunikativ sein, sie sollen Arbeitskontakte selbstständig und in flachen

Hierarchien herstellen, sie sollen sich nicht an vordefinierte Strukturen klammern, sondern die Fähigkeit besitzen, von Projekt zu Projekt zu wechseln, lernfähig und anpassungsbereit bleiben, Fachkenntnisse und Berufserfahrungen bereit sein, fallen zu lassen. Es handelt sich um eine libertäre Art der Profitmaximierung, die durch die enge Verbindung von Konkurrenz mit Kooperation, Kommunikation, Vertrauen, mit der Leidenschaft für das gemeinsame Projekt charakterisiert ist (ebd., 180, 257f). Damit werden wichtige Unterschiede des Netzmodells zur Logik des Marktes deutlich.

1. Marktwirtschaftliche Transaktionen erfolgen punktuell, während durch Vernetzung Austauschbeziehungen entstehen, die ohne Stabilisierung durch Planung von relativer Dauer sind.
2. Der Markt unterstellt bei der Preisbildung Transparenz, während die Netzwerke lediglich in Ausschnitten erkennbar sind und die Informationen nicht allen zum selben Zeitpunkt und zur Gänze zur Verfügung stehen.
3. Märkte funktionieren anonym, Netze gründen sich hingegen auf Abhängigkeits- und Vertrauensbeziehungen.
4. Produkte werden für Märkte anonym und unabhängig von den Beteiligten aufgrund von Preissignalen entwickelt und angeboten, während in der Netzwerkproduktion sich Eigenschaften der Waren, der Produktion und der Arbeitsplätze (einschließlich der Ware Arbeitskraft) wechselseitig entwickeln.
5. Schließlich ist zu erwähnen, dass die Beschreibung der Situation als Stärkung der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs dazu führt, die starken Konzentrationsprozesse, die Stärkung der Unternehmenszentralen und die Kontrolle der Märkte durch wenige Unternehmen, Konzerne, Allianzen, Firmenpartnerschaften zu übersehen.

Es ist deswegen sicherlich berechtigt, empirisch zu fragen, wie viel Markt und Konkurrenz es überhaupt gibt. Für Frankreich halten Boltanski und Chiapello fest, dass der Marktanteil der Marktführer deutlich gestiegen ist, dass ein Drittel der Arbeitsplätze im Mittelstand von einem Konzern abhängt. Eher als die Beschreibung einer Marktwirtschaft mit einer Vielzahl von Unternehmen mittlerer Größe scheint die Beschreibung eines Netzes von Konzernen angemessen, die aus einer größeren Zahl von kleineren Einheiten bestehen, die wiederum mit Subunternehmern zusammenarbeiten, die häufig selbstständige Unternehmen ohne Beschäftigte sind. Das Netz erlaubt bestimmende Marktstellung, Kontrolle der verschiedenen Einheiten, Abwälzung von Risiken und hohe Flexibilität (vgl. Boltanski/Chiapello 2003, 269; auch Sennett 1998, 69ff beschreibt diese enorme in Netze eingeschriebene Machtzunahme der Unternehmenszentralen). Boltanski und Chiapello vertreten also die These, dass die Management- und Unternehmensstrategien sich weniger auf neoliberale Konzepte als auf solche der Netzlogik stützen. Manches, was in der deutschen Diskussion als neoliberal charakterisiert wird: Peter Hartz' Ich-AG, der „Arbeitskraftunternehmer" (vgl. Voß/Pongratz 1998), die Entberuflichung und die Anforderungen der Flexibilität, Just-in-time-Produktion, flache Hierarchien, die Rolle der Unternehmensberater, Prozesse wie Benchmarking oder Evaluation können im Sinne der genannten Autoren ohne weiteres mit dem Modell des Netzes beschrieben werden. Die Netzlogik schließt die des Marktes ohnehin nicht aus. Denn die neoliberalen Elemente wie Markt, Antietatismus, Schutz des Eigentums an den Produktionsmitteln, Ablehnung der Gewerkschaften, Ersetzung sozialer Gerechtigkeit durch Chancen- und Leistungsgerechtigkeit, verbindet sich mit der Strategie des Netzes, das die Möglichkeit fließender Kommunikation durch Netzknoten verlangt, starre Hierarchien

als hinderlich betrachtet und sich auf die Erfahrung der zunehmenden Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen und neuer Arbeits- und Beschäftigungsformen stützt. Daraus entstehen neue Konfliktlinien: die Beteiligung am Arbeitsplatz und die Subjektivierung der Arbeit, die Autonomiespielräume, die Stärkung der kommunikativen Aspekte – und gleichzeitig die systematische Prekarisierung durch befristete Verträge und diskontinuierlichen Erwerb, schlechtere Bezahlung, drastisch verminderte soziale Absicherung, Entwertung und Verschleiß von Qualifikationen, Entgrenzung der Arbeitszeiten. Die Konflikte haben in den vergangenen Jahren eher zugenommen, Versuche, sie im Rahmen einer Strategie des „Dritten Weges" in ein neues sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt einzubinden, sind selbst in die Krise geraten.

BIBLIOGRAPHIE

Abelshauser, Werner (2004), Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München.

Boltanski, Luc und Eve *Chiapello* (2003), Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

Charle, Christophe (1996), Vordenker der Moderne, Frankfurt am Main.

Candeias, Mario (2004), Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Hamburg.

Castells, Manuel (2001), Das Informationszeitalter, 3 Bände, Opladen.

Demirovič, Alex (2001), Herrschaft durch Kontingenz, in: Hans-Jürgen *Bieling* u. a. (Hrsg.), Flexibler Kapitalismus, Hamburg.

Demirovič, Alex (2004), Gouvernementalität und kognitiver Kapitalismus. Gesellschaftstheoretische Bemerkungen zur Immanenz des Wissens, in: Thomas *Ernst* u. a. (Hrsg.), Wissenschaft und Macht, Münster.

Foucault, Michel (2004), Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt am Main.

Gehlen, Arnold (1978), Einblicke, Frankfurt am Main.

Hardt, Michael und Antonio *Negri* (2002), Empire, Frankfurt/New York.

Hayek, Friedrich August von (1991), Die Verfassung der Freiheit, Tübingen.

Marx, Karl (1969), Das Kapital, Bd. 1, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin.

Müller-Jentsch, Walther (2001), Mitbestimmung: Wirtschaftlicher Erfolgsfaktor oder Bürgerrecht?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, S. 202-211.

Resch, Christine (2005), Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise, Münster.

Schmidt-Semisch, Henning (2000), Selber schuld. Skizzen versicherungsmathematischer Gerechtigkeit, in: Ulrich *Bröckling* u. a., Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main.

Sennett, Richard (1998), Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.

Stützel, Wolfgang u.a. (Hrsg., 1981), Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion, Stuttgart/New York.

Voß, G. Günter und Hans J. *Pongratz* (1998), Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, Heft 1, 131-158.

Walpen, Bernhard (2004), Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft, Hamburg.

Martin Seeleib-Kaiser

GLOBALISIERUNG, SOZIALPOLITIK UND SOLIDARITÄT

EINLEITUNG

Der Begriff Globalisierung hat international seit den 1990er Jahren in Wissenschaft und Politik eine erhebliche Konjunktur. Doch auch nach Jahren der wissenschaftlichen Diskussion besteht noch immer Dissens darüber, ob und inwieweit der Prozess der Globalisierung einen kausalen Einfluss auf sozialstaatliche Entwicklungen hat. Auf Basis neuer quantitativ-empirischer Analysen, werde ich argumentieren, dass Globalisierung in den OECD-Staaten bisher keine eindeutigen, quantitativ messbaren Auswirkungen auf Sozialpolitik hatte. Dennoch führte die politische Thematisierung von Globalisierung und Sozialpolitik in dem vergangenen Jahrzehnt zu einer Neudefinition des staatlichen Interventionismus, der sich zunehmend an seinem wirtschaftlichen Nutzen messen lassen muss. Die Ergebnisse politischer Diskurse sind jedoch nicht unumstößlich und allein vom Markt diktiert, sondern unterliegen selbst der gesellschaftlichen Konstruktion und somit der stetigen Neudefinition. Daraus folgt, eine andere Sozialpolitik wäre machbar, sofern deren Vertreter ihre Vorstellungen erfolgreich in den politischen Diskurs einbringen und die Mehrheit der Bevölkerung gerade in den reichen Wohlfahrtsstaaten Westeuropas davon überzeugt werden kann, dass eine solche Politik, den gegenwärtigen Ansätzen vorzuziehen und im Zeitalter der Globalisierung politisch machbar ist.

Im ersten Abschnitt meines Beitrags werde ich zunächst den Prozess der Globalisierung definieren, bevor ich im zweiten Teil auf verschiedene in der politischen Ökonomie diskutierte theoretisch mögliche Wirkungszusammenhänge von ökonomischer Globalisierung und Sozialpolitik eingehe. Im dritten Teil präsentiere ich einige empirische Befunde statistischer Analysen zum Zusammenhang von Globalisierung und Sozialpolitik sowie verschiedene politische Deutungsmuster in unterschiedlichen Wohlfahrtssystemen. Im vierten Teil werde ich einige Überlegungen zu sozialpolitischen Optionen in OECD-Ländern vorstellen, bevor ich in einem Exkurs auch auf sozialpolitische Zusammenhänge in Entwicklungsländern eingehen werde. Abschließen werde ich mit einigen Überlegungen zum Konzept der Solidarität.

1. WAS IST GLOBALISIERUNG?[6]

Globalisierung kann als Prozess verstanden werden, in dem sich eine Zunahme und Intensivierung von Austauschbeziehungen zwischen räumlich getrennten, weit von einander entfernten Orten, Regionen, Staaten, Organisationen oder Personen vollzieht. Der Begriff Zunahme bezieht sich auf die Ausdehnung von Austauschbeziehungen in der räumlichen Dimension, d. h. die Knüpfung neuer Austauschbeziehungen zu Lokalitäten rund um den Globus. Intensivierung kann als Vertiefung bestehender Austauschbeziehungen begriffen werden, d. h. das Niveau der Interaktionen bzw. Interdependenzen zwischen Staaten, Gesellschaften etc. wird erhöht (vgl. Held et al. 1999, 27-29). Angetrieben wird die Globalisierung durch die Verbreitung neuer Transport- und Kommunikationsmittel, die entscheidend dazu beitragen, Transaktionskosten zu senken und die Dimensionen Raum und Zeit zu relativieren.

Die bisherige Globalisierungsforschung hat gezeigt, dass der Prozess der Globalisierung ungleichzeitig und ungleichmäßig verläuft. Bereits im *Kommunistischen Manifest* war zu lesen:

> „Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Erdteilen zugleich verbraucht werden“ (Marx/Engels 1980 [1848], 49).

Reflektiert man dieses mehr als 150 Jahre alte Zitat, stellt sich die Frage: *What's New?* Verschiedene empirische Studien belegen, dass der Grad der ökonomischen Globalisierung – gemessen am Ausmaß des internationalen Handels sowie Kapitalverkehrs – zu Beginn des 20. Jahrhunderts in etwa gleich oder sogar höher war als zum Ende des Jahrhunderts. Insoweit kann die Phase von 1914 bis in die 1970er Jahre als Abweichung von dem durch die industrielle Revolution angestoßenen Trend einer zunehmenden wirtschaftlichen Internationalisierung charakterisiert werden. Der Anstieg der internationalen Waren- und Kapitalströme seit den 1970er Jahren stellt demnach eine Rückkehr zur Normalität dar (Schwartz 1994).

Qualitativ neu sind jedoch die Etablierung von globalen Produktions- und Warenketten *(commodity chains),* die die Struktur von Unternehmen und ihre internationalen Aktivitäten fundamental verändert haben (Gereffi 2001), sowie die erhöhte Geschwindigkeit von Transaktionen auf den internationalen Kapitalmärkten (Held et al. 1999, 220). Doch in seiner geographischen Reichweite ist der Prozess der ökonomischen Globalisierung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht wirklich weltumspannend, sondern *vor allem* auf die Erhöhung der Intensität des Austausches zwischen Nordamerika, (West) Europa und Teile Asiens konzentriert (vgl. u. a.

[6] Dieser Abschnitt stützt sich im Wesentlichen auf Seeleib-Kaiser (1997), 73-84.

Hirst/Thompson 1996).
Neben der Kapital- und Warenmobilität ist auch die Mobilität des Faktors Arbeitskraft zu berücksichtigen. Regional betrachtet stellt die (Arbeits-) Migration für die Staaten Westeuropas eine qualitativ neue Dimension dar, auch wenn die Migrationsströme auf globaler Ebene nicht das Niveau früherer Wanderungsbewegungen erreichen. Verließen in der Zeit zwischen 1821 und 1915 etwa 37% der Briten, 18% der Italiener, 11% der Deutschen und 10% der Österreicher und Ungarn Europa (Held et al. 1999, 290), kehrten sich für die Länder Westeuropas im Laufe des 20. Jahrhunderts die Migrationsströme um. Waren diese Länder nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in ihrer ethnischen Zusammensetzung weitgehend homogen, so führten dort die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in den 1950er und 1960er Jahren sowie die Flüchtlings- bzw. Migrationsströme seit den 1980er Jahren zu einem deutlichen Anstieg der Migrationspopulation und zur Herausbildung zunehmend multiethnisch und multikulturell geprägter Gesellschaften (Held et al. 1999, 297-326). Nicht zuletzt haben neue Kommunikationsmittel sowie der deutlich angestiegene grenzüberschreitende Reiseverkehr die Dimension der kulturellen Globalisierung vorangetrieben (vgl. zu den unterschiedlichen Indikatoren Beisheim et al. 1998).

2. GLOBALISIERUNG UND SOZIALSTAAT IM SPIEGEL DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Zwar mag die Globalisierung in ihren unterschiedlichen Dimensionen historisch betrachtet nicht vollkommen neu sein, doch neu ist ihr Zusammentreffen mit dem Sozialstaat. Betrachten wir den Zusammenhang zwischen Globalisierung und Sozialpolitik genauer, so wird offenkundig, dass theoretisch sehr unterschiedliche Wirkungsweisen denkbar sind. Basierend auf bisherigen Forschungsarbeiten zum Zusammenhang von Globalisierung und Sozialpolitik können folgende vier mögliche Wirkungsweisen identifiziert werden:

1. *Asymmetrische Konvergenz:* Der Prozess der Globalisierung führt zu einer Annäherung eines Wohlfahrtsstaatsregimetyps an einen anderen, wobei zwei Varianten theoretisch denkbar sind:
   a. Konvergenz zum liberalen Modell
      Staaten mit hohen Abgabenquoten und Sozialstaatsausgaben werden durch die zunehmende Globalisierung gezwungen, die Besteuerung international mobiler Faktoren zu reduzieren, um im internationalen Kostenwettbewerb mithalten und internationale Investitionen anziehen zu können. Die geschrumpfte Finanzierungsbasis erfordere sodann Einschränkungen auf der Ausgabenseite und entsprechend näherten sich christ- und sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten langfristig dem liberalen amerikanischen Modell an (Albert 1992).
   b. Konvergenz zu ausgebauten Wohlfahrtsstaaten
      Die beiden US-amerikanischen Sozialwissenschaftler Cameron (1978) und Katzenstein (1985) haben bereits in den 1970er und 1980er Jahren in ihren Arbeiten das Argument vertreten, wonach offene Volkswirtschaften dazu neigen, gleichzeitig über einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat zu verfügen. In gewisser Weise beruht diese Theorie auf einem klassischen ökonomischen Argument, wonach der Staat die Verlierer des internationalen Wettbewerbs kompensieren sollte, um

den Freihandel politisch zu ermöglichen, da die Nutzen des Freihandels die Kosten der Kompensation bei weitem übersteigen (Stolper/Samuelson 1941 [1959]). Insoweit könnte man argumentieren, dass ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat Vorbedingung für die außenwirtschaftliche Öffnung eines Landes ist (Rodrik 1997) und es entsprechend bei zunehmender Globalisierung zu einer asymmetrischen Konvergenz in Richtung eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates kommen wird.

2. *Symmetrische Konvergenz:* Das Konzept der symmetrischen Konvergenz basiert auf einer Kombination beider Varianten asymmetrischer Konvergenz, wonach ausgebaute Wohlfahrtsstaaten zumindest teilweise ihre Steuerautonomie verlieren und daher sozialpolitische Einschränkungen vornehmen müssen, liberale Wohlfahrtsstaaten hingegen den Wohlfahrtsstaat ausbauen müssen, um ihre Ökonomie politisch und ökonomisch dem Weltmarkt öffnen zu können.
3. *Race to the Bottom/Abwärtsspirale:* Ausgebaute Wohlfahrtsstaaten sind aufgrund der Zunahme der Globalisierung gezwungen, sozialpolitische Einschränkungen vorzunehmen, was in der Konsequenz dazu führt, dass Staaten mit weniger ausgebauten sozialpolitischen Arrangements unter Druck geraten, die dann ihrerseits auch Einschränkungen vornehmen und sich schließlich eine Abwärtsspirale in Gang setzt (vgl. zusammenfassend Bowles/Wagman 1997, 318-322). Hierbei handelt es sich in gewisser Weise um eine Steigerung der Variante 1a.
4. *Fortbestehen der Divergenz:* Globalisierung hat keinerlei Auswirkungen auf sozialpolitische Arrangements. Die Ausgestaltung der Sozial- und Wirtschaftspolitik hänge weiterhin vor allem von binnenstaatlichen Faktoren ab (Weiss 1998; Garrett 1998). Boix (1998) betont, dass Wohlfahrtsstaaten unter Bedingungen der Globalisierung ihre Zielsetzung nach einem relativ hohen Maß an sozialer Gerechtigkeit nicht auf dem Altar des Neoliberalismus opfern müssten, sondern eine „Angebotspolitik von links“, die u. a. in das Humankapital der (zukünftigen) Arbeitskräfte investiert, betreiben könnten. Die Schule der *varieties of capitalism* argumentiert ebenfalls, dass die Unterschiede der verschiedenen Formen des Kapitalismus fortbestehen bleiben werden, da sie jeweils spezifische institutionelle Wettbewerbsvorteile hervorbrächten, die durch die Globalisierung sogar noch verstärkt würden (Hall/Soskice 2001).

Jede der skizzierten Wirkungsweisen erscheint theoretisch zunächst sehr plausibel, doch halten sie auch einer empirischen Überprüfung statt?

3. ÖKONOMISCHE GLOBALISIERUNG UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF SOZIALPOLITIK

Statistische Analysen[7] zum Zusammenhang von Globalisierung und Sozialpolitik in 17 reichen und demokratischen Staaten (Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Kanada, Dänemark, Finnland, Irland, Italien, Japan, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz,

[7] Die hier zusammengefassten Ergebnisse beruhen auf einer Studie, die ich gemeinsam mit David Brady und Jason Beckfield durch-geführt habe und ausführlich in Brady et al. (2006) dokumentiert sind.

Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten) im Zeitraum von 1975 bis 2001 haben gezeigt, dass aus statistischer Perspektive keine eindeutigen Aussagen gemacht werden können. Um den Prozess der Globalisierung möglichst umfassend abbilden zu können, wurden 17 unterschiedliche Globalisierungsindikatoren getestet (darunter ausländische Direktinvestitionen, Portfolio-Investitionen, Handel, Migration etc.). Als abhängige Variablen für den Wohlfahrtsstaat wurden eine aktualisierte Zeitreihe von G. Esping-Andersen's „De-Kommodifizierungsvariable" (vgl. hierzu Scruggs/Allan 2004), die OECD-Sozialleistungsquote, sowie die Sozialtransferquote – jeweils gemessen als Anteil am BIP – genutzt. Ergebnis dieser Analysen war, dass jeder der vier theoretischen Zusammenhänge statistische Signifikanz aufweisen kann.

1. Zum einen kann Globalisierung zu einer Ausweitung des Wohlfahrtsstaates beitragen. Ein Außenhandelsüberschuss und ein hohes Maß an Offenheit einer Volkswirtschaft im Bereich des Außenhandels führen zu einer Ausweitung des De-Kommodifizierungspozentials; Nettoeinwanderung führt zu einer Ausweitung der Sozialleistungsquote und ein freier Zahlungsverkehr trägt in signifikanter Weise zu einer Ausweitung der Sozialtransferzahlungen bei.
2. Gleichzeitig liefern die Analysen jedoch auch Munition für jene, die behaupten, dass Globalisierung zu einem Abbau des Wohlfahrtsstaats beiträgt. Ein Außenhandelsüberschuss führt zu einer Reduzierung der OECD-Sozialleistungsquote.
3. Des weiteren belegen die Analysen ebenfalls, dass Globalisierung kurvilineare Effekte haben, d. h. eine symmetrische Konvergenz vorantreiben kann. Kapitalverkehrsliberalisierung führt zunächst zu einer Reduzierung der Sozialleistungstransfers, ab einem bestimmten Niveau jedoch zu einer deutlichen Ausweitung der Sozialleistungstransfers.
4. Binnenstaatliche Faktoren haben eine weit größere Erklärungskraft für die Entwicklung von Sozialpolitik als die verschiedensten Globalisierungsvariablen.

Unsere Ergebnisse belegen, dass Globalisierung durchaus statistisch signifikante Auswirkungen auf Sozialpolitik haben kann! In welche Richtung diese zeigen hängt jedoch davon ab, welche Globalisierungsindikatoren bzw. Sozialpolitikindikatoren wir nutzen. Daraus ergibt sich zweierlei, zum einen bedarf es weiterer theoretischer und empirisch-analytischer Arbeiten, die den Zusammenhang aufhellen; zum anderen zeigen unsere Analysen, dass bisher zumindest die von „liberalen" und „linken" Ökonomen hervorgehobenen, weit reichenden negativen Auswirkungen der Globalisierung auf Wohlfahrtsstaatlichkeit statistisch nicht nachgewiesen werden können.

Qualitativ orientierte *politikwissenschaftliche* Studien zum Zusammenhang von Globalisierung und Sozialstaat deuten jedoch darauf hin, dass unterschiedlichste Sozialsysteme in jüngster Zeit, den „Erfordernissen" der Globalisierung entsprechend, neu ausgerichtet wurden (Scharpf/Schmidt 2000 a; b; Seeleib-Kaiser 2001; Schmidt 2002), auch wenn die dazu eingesetzten Instrumente durchaus unterschiedlich ausfallen, denn „[w]as für das eine [Wohlfahrts-] Regime ein Problem ist, mag für das andere bereits die Lösung sein" (Gough 1997, 136). In diesem Zusammenhang erscheint vor allem ein Vergleich europäischer Wohlfahrtsstaaten mit jenen „entwickelten" Ökonomien von Bedeutung, die sich bis in die 1970er Jahre hinein in relativ starkem Ausmaß nicht-staatlicher bzw. informeller sozialpolitischer Instrumente bedient haben.

Schwartz (2000) konnte nachweisen, dass in Australien und Neuseeland der dort während des goldenen Zeitalters institutionalisierte „informelle Wohlfahrtsstaat“ (in diesem Zusammenhang sind u. a. die durch protektionistische Maßnahmen erzielte Vollbeschäftigungs- und Einkommenspolitik zu nennen) zunehmend inkompatibel mit den Erfordernissen einer globalisierten Ökonomie perzipiert und entsprechend dem „formellen Wohlfahrtsstaat“ seit den 1970er Jahren größere Bedeutung beigemessen wurde. Auch in den USA und Japan wurden jeweils Elemente des nicht-staatlichen sozialpolitischen Arrangements als nicht im Einklang mit den Erfordernissen der Globalisierung stehend gedeutet. Vielmehr wurde in beiden Ländern von (Teilen) der politischen Elite ein Ausbau der *staatlichen* Sozialpolitik als Notwendigkeit im Zeitalter der Globalisierung betrachtet. Diese politischen Deutungen sowie die entsprechenden sozialpolitischen Entwicklungen in den genannten Ländern unterstreichen die These, wonach staatliche Sozialpolitik in gewisser Hinsicht Voraussetzung für eine „erfolgreiche“ Globalisierung sein kann (Seeleib-Kaiser 2001).

Dies heißt jedoch nicht, dass die ausgebauten Wohlfahrtsstaaten Westeuropas in der vergangenen Dekade keinerlei Veränderung unterlagen, die auf die Globalisierung zurückgeführt wurden. So wurde in den politischen Diskursen einer Vielzahl von westeuropäischen Ländern „Globalisierung“ als zentraler Begründungsfaktor für sozialpolitische Veränderungen herangezogen (Seeleib-Kaiser 2001; Schmidt 2002). In der wissenschaftlichen Diskussion wurde des Weiteren ein Globalisierungsdilemma identifiziert, wonach einerseits staatliche Sozialpolitik Voraussetzung für eine erfolgreiche Öffnung der Grenzen ist, andererseits aber die zunehmende ökonomische Globalisierung die Voraussetzungen für diese Politik unterhöhlt. Der verstärkte internationale Wettbewerb führt zu einer Erhöhung des Risikos Arbeitslosigkeit für weniger bzw. gering qualifizierte Arbeitskräfte in den Staaten des industrialisierten Nordens (Wood 1994) und somit potenziell zu einer Erhöhung der sozialpolitischen Kosten, während aufgrund der Internationalisierung der Kapitalmärkte die Möglichkeiten zur Finanzierung eines ausgebauten (keynesianischen) Wohlfahrtsstaates begrenzt werden, solange es auf inter- bzw. supranationaler Ebene zu keiner hinreichenden Re-Regulierung kommt (Seeleib-Kaiser 1997; Vobruba 2001). Aber auch dieses Globalisierungsdilemma hat bisher zu keiner Abwärtsspirale in der Steuerpolitik geführt, wenngleich die Staaten Westeuropas kaum in der Lage waren, die Besteuerung entsprechend der gestiegenen sozialpolitischen Problemlagen anzuheben (Genschel 2002).[8]

Mit anderen Worten: Staaten, die in der Vergangenheit stark auf „informelle“ Wohlfahrtsarrangements setzten, bauen aufgrund der Globalisierung formelle sozial*staatliche* Arrangements aus, während die sozialstaatszentrierten Länder Westeuropas aufgrund der Globalisierung Einschränkungen sozialstaatlicher Leistungen vornehmen und die individuelle Vorsorge bzw. betriebliche Arrangements stärker betonen (Seeleib-Kaiser 1999, 2001). Diese Entwicklung unterstreicht auf empirischer Ebene die Doppelgestalt der Sozialpolitik, nämlich einerseits Kostenfaktor und andererseits wirtschaftspolitischer und gesellschaftlicher Nutzen zu sein, die in der theoretischen Sozialpolitikforschung bereits seit den 1930er Jahren diskutiert wurde (Briefs 1930; Heimann 1980 [1929]; Vobruba 1989). Insoweit können wir davon sprechen, dass durch die Globalisierung der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wert staatlicher Sozialpolitik jeweils neu bestimmt wird.

[8] Für viele Länder Westeuropas scheint ohnehin der Steuerwettbewerb stärker durch die zunehmende europäische Integration angetrieben, als durch die Globalisierung.

4. SOZIALPOLITISCHE OPTIONEN IN REICHEN INDUSTRIESTAATEN

Basierend auf diesen Analysen kann argumentiert werden, dass Sozialstaaten auch zukünftig eine Reihe von Optionen zur Verfügung stehen und keinesfalls das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1993) erreicht ist. In den Staaten Westeuropas wird zunehmend betont, dass es zu einer Neubestimmung sozialpolitischer Prioritäten kommen müsse, die darauf zielt die Bereiche Bildung und Fortbildung, familienpolitische Leistungen sowie die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen sozialstaatlicher Interventionsmaßnahmen zu stärken – mithin wird von der Notwendigkeit gesprochen, staatliche Sozialpolitik stärker investiv auszurichten (vgl. u. a. Esping-Andersen et al. 2002). Erste empirische Studien deuten darauf hin, dass in einer Vielzahl von Wohlfahrtsstaaten in den vergangenen Jahren eine solche Umorientierung bereits begonnen hat, die sich u. a. in der größeren Betonung familienpolitischer Leistungen und staatlicher Regulierungen bei gleichzeitiger Kürzung „klassischer“ sozialstaatlicher Programme im sozialpolitischen Gesamtarrangement niederschlägt (vgl. Bonoli 2002; Jenson/Saint-Martin 2002; Bleses/Seeleib-Kaiser 2004). Insgesamt bedeutet dies nicht notwendiger Weise ein geringeres Maß an staatlicher Intervention, sondern mitunter kann besser von einer Transformation des staatlichen Interventionismus gesprochen werden (vgl. in diesem Zusammenhang auch Leibfried/Zürn 2005).

Bei allem Konsens in den gegenwärtigen sozialpolitischen Reformbestrebungen mehr Gewicht auf „investive“ Leistungen zu legen, darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Unterscheidung von konsumtiver und investiver Sozialpolitik nicht immer so einfach und eindeutig ist, wie vielfach angenommen. Die Kategorisierung etwa der Arbeitslosenversicherung als konsumtiv, geht in der Regel davon aus, dass ihre einzige Funktion die materielle Unterstützung des Arbeitslosen ist. Obzwar die Leistung einen konsumtiven Charakter hat, kann ihr durchaus eine investive Wirkung zukommen. So argumentieren etwa Estevez-Abe et al. (2001), dass es für ein Individuum nur rational ist, eine Investition in eine *firmen- bzw. sektorspezifische* Ausbildung oder Qualifikation vorzunehmen, wenn das damit einhergehende erhöhte Risiko abgesichert ist. Ohne eine ausgebaute Arbeitslosenversicherung könnten Unternehmen in Ökonomien, die auf solche spezifische Fertigkeiten angewiesen seien, wie dies etwa in der Bundesrepublik Deutschland der Fall sei, ihren Bedarf an entsprechend qualifiziertem Personal nicht decken. Folglich kann die Arbeitslosenversicherung auch als eine Investition verstanden werden, die die Ausbildung spezifischen Humankapitals erst ermöglicht (vgl. auch Mares 2001). Ferner kann eine „großzügige“ Absicherung des Risikos Arbeitslosigkeit auch dazu beitragen, unter Arbeitnehmern, die bei zunehmender Globalisierung einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, die politische Zustimmung für die weitere Öffnung des Marktes zu erleichtern.[9]

Diese Argumentation unterstreicht, dass Vorsicht geboten ist, allzu schnell die Sozialpolitik in konsumtive und investive Sektoren aufzuteilen, wonach erstere unter Bedingungen der Globalisierung geschleift werden könnten. Jenseits des ökonomischen Nutzens sollte der politisch-integrative Nutzen, gewissermaßen der Zusatznutzen staatlicher Sozialpolitik (Vobruba 1991, 69), nicht unterschätzt werden, wenngleich Arbeitslosigkeit noch immer in der Tendenz eher zu politischer Abstinenz und nicht zu einer „Radikalisierung“ der Betroffenen führt (Anderson 2001).

[9] Vgl. in diesem Zusammenhang u. a. die US-amerikanische *Trade Adjustment Assistance* (Seeleib-Kaiser 2001, 251-256).

4.1 Exkurs: Sozialpolitische Handlungsoptionen in Entwicklungsländern

Keinesfalls möchte ich mit der hier vorgetragenen Argumentation die möglichen Auswirkungen von Globalisierung auf sozialpolitische Handlungsoptionen in „Entwicklungsländern" vernachlässigen.[10] Für viele dieser Länder sind sicherlich die Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung von größerer Bedeutung als für die Industriestaaten des Nordens. Bisher liegen jedoch kaum empirische Daten vor, die eine systematische Analyse ermöglichen. Häufig wird der sog. *Washington Consensus,* der die Politik des Internationalen Währungsfonds sowie der Weltbank präge, für die insgesamt nicht sehr positive sozial(politisch)e Entwicklung in vielen Entwicklungsländern verantwortlich gemacht. Sicherlich war und ist diese Kritik in vieler Hinsicht berechtigt,[11] doch gilt es in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass die Politik dieser Organisationen von Nationalstaaten bestimmt wird und sie nicht unabhängig agieren. Sofern die Staaten Westeuropas in diesen Organisationen mit einer Stimme sprächen, könnte sozialpolitischen Anliegen auch hier ein größeres Gewicht zukommen!

Um auf globaler Ebene Fortschritte zu erzielen, hat der britische Wissenschaftler David Held (2004, 2005) einen *Global Covenant* – gewisser Maßen die Globalisierung sozialdemokratischer Konzepte und Werte – vorgeschlagen. Betrachtet man jedoch die politischen Realisierungschancen dieser Strategie, so erscheinen sie eher gering zu sein. Diese Einschätzung beruht nicht nur auf den politischen Positionen bestimmter Industrieländer, allen voran den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch vieler Entwicklungsländer, die nicht bereit zu sein scheinen, eine solche Strategie umzusetzen. In diesem Zusammenhang sei unter anderem auch auf das Scheitern der Einführung von Sozialstandards in das Regelwerk der Welthandelsorganisation verwiesen.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich der Zusammenhang von Globalisierung und Sozialpolitik in den verschiedenen Wohlfahrtsregimen der Entwicklungsländer unterschiedlich darstellt (vgl. Gough 2004; Wood/Gough 2004). In vielen Ländern fehlt schlicht die Fähigkeit des Staates, sozialpolitische Maßnahmen effektiv umzusetzen. Zudem stehen internationale Organisationen wie beispielsweise die internationale Arbeitsorganisation vielfach vor dem Problem, bei Verstößen gegen fundamentale sozialpolitische Rechte *Compliance* zu erzwingen. Wie das oben bereits angeführte Beispiel der gescheiterten Einführung durchsetzbarer sozialer Mindeststandards in das Regelwerk der Welthandelsorganisation gezeigt hat, scheint es zumindest gegenwärtig unrealistisch darauf zu hoffen, dass diese Organisationen in naher Zukunft mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet werden. Dies heißt jedoch nicht, dass keine Veränderungen auf dem Gebiet der internationalen *Governance* jenseits staatlicher Interventionen bzw. einem effektiveren Handeln internationaler Organisationen möglich sein *können.*[12] Sofern es tatsächlich um die Durchsetzung sozialer Mindeststandards geht, so könnte mitunter unternehmerischen bzw. von Sozialpartnern ausgehandelten *Codes of Conduct* eine größere Rolle zufallen, sofern zivilgesellschaftliche Gruppen (gerade in den industrialisierten Ländern des Nordens) dieses mit Nachdruck einfordern. Dem Beispiel der

[10] Vgl. hierzu auch den Überblick in Yeates (2002).

[11] Vgl. in diesem Zusammenhang Stiglitz (2002). Dabei gilt allerdings zu berücksichtigen, dass die Politik dieser Organisationen in den vergangenen Jahren einer signifikanten Veränderung unterlag, den sozialpolitischen Gesichtspunkten, wenn auch für viele Beobachter noch kein hinreichendes, so doch ein größeres Gewicht einräumt, als dies in der Vergangenheit der Fall war (vgl. Vetterlein 2005).

[12] Vgl. zu verschiedenen theoretisch denkbaren Möglichkeiten Grant und Keohane (2005).

Spielzeugindustrie folgend, wäre mitunter überlegenswert, inwieweit *Codes of Conduct* vertraglich zwischen den Einkäufern, also jenen Unternehmen, die weitgehend das *Branding* und *Marketing* bestimmen, und den Zulieferern sowie Produzenten festgeschrieben werden können. Snyder (1999: 363) zeigt, dass die privat-vertraglichen Ausgestaltungen von *Codes of Conduct* in der Spielwarenindustrie „are analogous to multilaterally negotiated treaties which are then applied as standard-form contracts laid down by the leading firms in a particular market". Sofern diese Möglichkeit sich tatsächlich auf weitere Wirtschaftsbereiche ausdehnen ließe, wäre für eine große Anzahl von Beschäftigten in der sog. „Dritten Welt" sozialpolitisch bereits viel erreicht.[13]

5. SOLIDARITÄTSDEFIZITE IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG?

Doch wie weit reicht Solidarität[14] in einer zunehmend globalisierten Welt? Wie kann ein höheres Mindestmaß an Solidarität auf globaler Ebene erzielt werden, wenn die Globalisierung bereits die Solidarität in den westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten in Frage zu stellen scheint? Dieses sind die fundamentalen Fragen, die beantwortet werden müssen, ungeachtet dessen, ob der einzelne (wissenschaftliche) Beobachter es aus normativen Gründen für notwendig erachtet, dass sozialpolitische Regelements innerhalb der Wohlfahrtsstaaten Westeuropas aufrechterhalten und die Globalisierung in der „Dritten Welt" sozialpolitisch flankiert werden sollten. Schließlich bedarf eine solche Politik der Legitimation durch die Bürger. Streeck (2001) verweist allerdings darauf, dass der moderne Wohlfahrtsstaat historisch immer eine dezidiert *nationale* Veranstaltung gewesen sei und auf einer „mechanischen Solidarität" (Durkheim 1984) – einer nationalen Schicksalsgemeinschaft – fußte. Habermas (1998, 100) spricht zwar nicht von einer Schicksalsgemeinschaft, doch auch er argumentiert, dass

> „das nationale Bewusstsein .... den in Formen des modernen Rechts konstituierten Flächenstaat mit dem kulturellen Substrat für eine *staatsbürgerliche Solidarität* [versorgt]. ... Angehörige derselben ‚Nation' fühlen sich, obwohl sie Fremde füreinander sind und bleiben, soweit füreinander verantwortlich, dass sie zu ‚Opfern' bereit sind – etwa ... die Last umverteilungswirksamer Steuern zu tragen".

Alesina et al. (2001; vgl. a. Alesina/Glaeser 2004) heben in ihren empirischen Studien hervor, dass ethnische Vielfalt die Umverteilungskapazität eines Staates begrenzen kann. Als hervorragendes Beispiel dienen ihnen die USA. Überspitzt formuliert, kann man die Zukunft des europäischen Sozialmodells demnach an der US-amerikanischen Realität bereits heute ablesen. Taylor-Gooby (2005) argumentiert hingegen, dass die Stärke „linker Parteien" den Auswirkungen größerer ethnischer Vielfalt entgegenwirkt. Geht man davon aus, dass Taylor-Gooby's Argumentation für die Vergangenheit zutreffend ist,[15] so stellt sich jedoch die Frage,

---

[13] Vgl. hierzu eher kritisch Diller (1999). Allerdings gibt es zu diesem Themenkomplex bisher leider keine systematisch empirischen Analysen.

[14] Vgl. zum Begriff der Solidarität Sternjø (2005).

[15] In diesem Zusammenhang scheint es erwähnenswert, dass die ethnische Vielfalt in den USA signifikant dazu beigetragen hat, dass sich eine starke Sozialdemokratie nicht ausbilden konnte (Lipset/Marks 2000, 126-166; vgl. bereits Sombart 1906).

ob „linke“ Parteien auch in der Zukunft diese Rolle noch einnehmen können. Die Gewinne rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien in ehemaligen Hochburgen der Sozialdemokratie (Kitschelt 2001) während der vergangenen Dekade sowie die programmatische Neubestimmung einer Vielzahl sozialdemokratischer Parteien (Seeleib-Kaiser 2002; Seeleib-Kaiser et al. 2005) lassen Zweifel an der zukünftigen Effektivität „linker Parteien“ hinsichtlich ihrer diesbezüglichen Rolle aufkommen. Auf internationaler Ebene gibt es hingegen erste Ansätze transnationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen, die als politische Akteure zur Beförderung eines breiteren Solidaritätsverständnisses dienen könnten. Gerade im Ausbau dieser zivilgesellschaftlichen Aktivitäten könnte ein neuer Ansatz zur Lösung dringender sozialpolitischer Probleme liegen (vgl. Barber 2005). Ein solcher transnationaler Ansatz befreit jedoch nicht davon, darüber nachzudenken, „who we are, … and what we owe each other ... The choice is ours to make“ (Reich 1991, 315).

BIBLIOGRAPHIE

Albert, Michel (1992), Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt am Main.

Alesina, Alberto and Edward *Glaeser* (2004), Fighting Poverty in the US and Europe, Oxford.

Alesina, Alberto and Edward *Glaeser* and Bruce *Sacerdore* (2001), Why Doesn't the US Have a Europen-style Welfare System?, NBER Working Paper 8524, National Bureau of Economic Research, Cambridge MA.

Anderson, Christopher J. (2001), Desperate Times Call for Desperate Measures? Unemployment and Citizen Behavior in Comparative Perspective, in: Nancy *Bermeo* (Ed.), Unemployment in the New Europe, Cambridge, 271-290.

Barber, Benjamin (2005), Global Governance from Below, in: *Held* et al, 93-105.

Beisheim, Marianne und Sabine *Dreher* und Georg *Walter* und Bernhard *Zangl* und Michael *Zürn* (1999), Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung, Baden-Baden.

Bleses, Peter and Martin *Seeleib-Kaiser* (2004), The Dual Transformation of the German Welfare State, Basingstoke/New York.

Boix, Carles (1998), Political Parties, Growth and Equality, Cambridge.

Bonoli, Guiliano (2002), The Politics of New Social Risks Coverage. Paper prepared for the Annual Meeting of the American Political Science Association, Boston.

Bowles, Paul and Barnet *Wagman* (1997), Globalization and the Welfare State: Four Hypotheses and some Empirical Evidence, in: Eastern Economic Journal, 23 (3), 317-336.

Brady, David and Jason *Beckfield* and Martin *Seeleib-Kaiser* (2006), Economic Globalization and the Welfare State in Affluent Democracies, 1975-2001, in: American Sociological Review, Vol. 70, 921-948.

Briefs, Götz (1930), Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik, in: Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform (Hg.), Die Reform des Schlichtungswesens – Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik, Jena, 144-170.

Cameron, David R. (1978), The Expansion of the Public Economy: A Comparative Analysis, in: American Political Science Review, 72, 1243-1261.

Diller, Janelle (1999), A Social Conscience in the Global Marketplace? Labour Dimensions of

Codes of Conduct, Social Labelling and Investor Initiatives, in: International Labour Review, 138 (2), 99-129.

Durkheim, Emile (1984 [1893]), The Division of Labor in Society, New York.

Esping-Andersen, Gøsta and Duncan *Gallie* and Anton *Hemerijck* and John *Myles* (2002), Why We Need a New Welfare State, Oxford.

Estevez-Abe, Margarita and Torben *Iversen* and David *Soskice* (2001), Social Protection and the Formation of Skills: A Reinterpretation of the Welfare State, in: *Hall/Soskice* (Eds.), 145-183.

Fukuyama, Francis (1993), The End of History and the Last Man, New York.

Garrett, Geoffrey (1998), Partisan Politics in the Global Economy, Cambridge.

Genschel, Philipp (2002), Globalization, Tax Competition, and the Welfare State, in: Politics and Society, 30 (2), 245-275.

Gereffi, Gary (2001), Shifting Governance Structures in Global Commodity Chains, in: American Behavioral Scientist, 44 (10), 1616-1637.

Gough, Ian (1997), Wohlfahrt und Wettbewerbsfähigkeit, in: ZENS (Hg.) Standortrisiko Wohlfahrtsstaat? Opladen,107-140.

Gough, Ian (2004), Welfare Regimes in Development Contexts: A Global and Regional Analysis, in: *Gough/Wood* (Eds.), 15-48.

Gough, Ian and Geof *Wood* (Eds., 2004), Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts, Cambridge.

Grant, Ruth W. and Robert O. *Keohane* (2005), Accountability and Abuses of Power in World Politics, in: American Political Science Review, 99 (1), 45-60.

Habermas, Jürgen (1998), Die postnationale Konstellation, Frankfurt am Main.

Hall, Peter A. and David *Soskice* (Eds., 2001), Varieties of Capitalism, Oxford.

Heimann, Eduard (1980 [1929]), Soziale Theorie des Kapitalismus – Theorie der Sozialpolitik, Frankfurt am Main.

Held, David (2004), Global Covenant: The Social Democratic Alternative to the Washington Consensus, Cambridge.

Held, David et al. (2005), Debating Globalization, Cambridge.

Held, David and Anthony *McGrew* and David *Goldblatt* and Jonathan *Perraton* (1999), Global Transformations – Politics, Economics and Culture, Stanford.

Hirst, Paul and Grahame *Thompson* (1996), Globalization in Question, Cambridge.

Jenson, Jane and Denis *Saint-Martin* (2002), Building Blocks for a New Welfare Architecture: From Ford to LEGO? Paper prepared for the Annual Meeting of the American Political Science Association, Boston.

Katzenstein, Peter J. (1985), Small States in World Markets, Ithaca.

Kitschelt, Herbert (2001), Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: Ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte, in: Dietmar *Loch* und Wilhelm *Heitmeyer* (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt am Main, 418-442.

Leibfried, Stephan and Michael *Zürn* (2005), Transformations of the State? Cambridge.

Lipset, Seymour Martin (1996), American Exceptionalism – A Double-Edged Sword, New York.

Lipset, Seymour Martin and Gary *Marks* (2000), It Didn't Happen Here. Why Socialism Failed in the United States, New York/London.

Mares, Isabela (2001), Firms and the Welfare State: When, Why, and How Does Social Policy Matter to Employers, in: *Hall/Soskice* (Eds.), 184-212.

Marx, Karl und Friedrich *Engels* (1980 [1848]), Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin, 45. Aufl.

Reich, Robert B. (1991), The Work of Nations – Preparing Ourselves for 21st-Century Capitalism, New York.

Rodrik, Dani (1997), Has Globalization Gone too Far? Washington, D.C.

Scharpf, Fritz W. and Vivien A. *Schmidt* (Eds., 2000a), Welfare and Work in the Open Economy – From Vulnerability to Competitiveness, Vol. I, Oxford.

Scharpf, Fritz W. and Vivien A. *Schmidt* (Eds., 2000b), Welfare and Work in the Open Economy – Diverse Responses to Common Challenges, Vol. II, Oxford.

Schmidt, Vivien A. (2002), The Futures of European Capitalism, Oxford.

Schwartz, Herman M. (1994), States versus Markets. History, Geography, and the Development of the International Political Economy, New York.

Schwartz, Herman M. (2000), Internationalization and two liberal welfare states: Australia and New Zealand, in: Scharpf/Schmidt (Eds.) (2000b), 69-130.

Seeleib-Kaiser, Martin (1997), Der Wohlfahrtsstaat in der Globalisierungsfalle. Eine analytisch-konzeptionelle Annäherung, in: Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hg.), 73-106.

Seeleib-Kaiser, Martin (1999), Wohlfahrtssysteme unter Bedingungen der Globalisierung: Divergenz, Konvergenz oder divergente Konvergenz? In: Zeitschrift für Sozialreform, 45 (1), 3-23.

Seeleib-Kaiser, Martin (2001), Globalisierung und Sozialpolitik, Frankfurt am Main.

Seeleib-Kaiser, Martin (2002), Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie? In: Politische Vierteljahresschrift, 43, 478-496.

Seeleib-Kaiser, Martin und Silke *van Dzk* und Martin *Roggenkamp* (2005), What Do Parties Want? An Analysis of Programmatic Social Policy Aims in Austria, Germany and the Netherlands, in: European Journal of Social Security, 7 (2), 115-137.

Snyder, Francis (1999), Governing Economic Globalisation: Global Legal Pluralism and European Law, in: European Law Journal, 5(4), 334-374.

Sombart, Werner (1906), Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Tübingen.

Sternjø, Steinar (2005), Solidarity in Europe: The History of an Idea, Cambridge.

Stiglitz, Joseph E. (2002), Globalization and Its Discontents, New York/London.

Stolper, Wolfgang F. and Paul A. *Samuelson* (1941 [1959]), Protection and Real Wages, in: Review of Economic Studies, Vol. IX (1941-42), reprinted 1959, 58-73.

Streeck, Wolfgang (2001), Wohlfahrtsstaat und Markt als moralische Einrichtungen, in: Karl Ulrich *Mayer* (Hg.), Die Beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat, Frankfurt am Main, 135-167.

Taylor-Gooby, Peter (2005), Is the Future American? Or, Can Left Politics Preserve European Welfare States from Erosion through Growing ‚Racial' Diversity? in: Journal of Social Policy, 34 (4), 661-672.

Vetterlein, Antje (2005), The Politics of Development Discourse: From the Washington to the Post-Washington Consensus, PhD Dissertation, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz.

Vobruba, Georg (Hg., 1989). Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik, Berlin.

Vobruba, Georg (1991), Jenseits der sozialen Fragen, Frankfurt am Main.

Vobruba, Georg (2001), Integration und Erweiterung. Europa im Globalisierungsdilemma, Wien.

Weiss, Linda (1998), The Myth of the Powerless State, Ithaca.

Wood, Adrian (1994), North-South Trade, Employment, and Inequality, Oxford.

Wood, Geof (2004), Informal Security Regimes: The Strength of Relationships, in: Gough/ *Wood* (Eds.), 49-87.

Wood, Geof and Ian *Gough* (2004), Conclusion. Rethinking Social Policy in Development Contexts, in: Gough/Wood (Eds.), 312-326.

Yeates, Nicola (2002), Globalization and Social Policy, in: Global Social Policy, Vol. 2 (1), 69-91.

Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien (Hg., 1997), Standortrisiko Wohlfahrtsstaat? Opladen.

Friedhelm Hengsbach SJ

DIE INTERNATIONALEN FINANZMÄRKTE – KEINE FÜNFTE GEWALT IN DER DEMOKRATIE

In Deutschland sind in den vergangenen drei Jahren erhebliche politische Energien darauf verwendet worden, den Arbeitsmarkt insbesondere am unteren Rand ins Gleichgewicht zu bringen. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten waren von der Erwartung getragen, dass der Arbeitsmarkt sich als die Stellgröße sozialer Reformen und von mehr Wachstum und Beschäftigung erweise. Da die Arbeitsmärkte jedoch abgeleitete Märkte sind, die sich beleben, wenn vorher ein anhaltendes und dynamisches Wachstum der Güternachfrage entsteht, die kaufkräftige Nachfrage auf den Gütermärkten jedoch durch reale Netto-Investitionen angestoßen wird, die dann getätigt werden, wenn sie höhere Profite versprechen als erwartete Renditen auf spekulativ eingesetztes Finanzvermögen, sind also die Finanzmärkte die Stellgröße, um höheres Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zu erreichen.

1. DIE AKTUELLE POLITISCHE DEBATTE

Die Einsicht in die erstrangige Rolle der Finanzmärkte bei der Bewältigung der Wachstums- und Beschäftigungskrise scheint sich seit einiger Zeit in der politischen Öffentlichkeit zu verbreiten. Der Düsseldorfer Strafprozess gegen Manager der ehemaligen Mannesmann AG hatte für Schlagzeilen in den Medien gesorgt. Die Bevölkerung war empört über die Höhe der Zahlungen, mit denen Vorstände und Aufsichtsräte sich aus der Wertschöpfung eines Unternehmens selbst bedienen und bei der feindlichen Übernahme des Unternehmens komfortable Abfindungen zuweisen. Sie fanden den Abstand zwischen den Bezügen der Manager, die der Prozess offen legte, und dem, was sie selbst als Lohn oder Gehalt verdienen, unfassbar. Und sie verurteilten das Verhalten einer Wirtschaftselite als raffgierig und stillos, die gleichzeitig den Gesetzgeber und die Regierung unter Druck setzte, damit diese das Rentenniveau absenken, den Kranken Zuzahlungen abverlangen und Sozialleistungen für Langzeitarbeitslose kürzen.

Der Mannesmann-Prozess in Düsseldorf war eine Art Nachbeben jener Turbulenzen, von denen die Aktienmärkte der USA unmittelbar vor der Jahrtausendwende befallen wurden. Ihnen war eine ungewöhnliche wirtschaftliche Entwicklung in den USA vorausgegangen. Sie speiste sich aus der Kombination junger Unternehmer der „Neuen Wirtschaft“, neuer Technologien und offener Kapitalmärkte, einer überdurchschnittlichen, inflationsfreien Produktivitätsentwicklung sowie anziehender Börsenkurse, die eine Steigerung der Geldvermögen versprachen – bis der rapide Verfall der Aktienkurse und die Abwertung des US-$ dieser kollektiven Euphorie im Jahr 2000 ein jähes Ende setzten.

Nach diesem Absturz der Börsenkurse war damals in der Wochenzeitung „Die Zeit“ ein Beitrag von Georges Soros überschrieben: „Moral an die Börse!” Die Medien waren sich darüber

einig, dass die Investmentbanker bei ihren Finanzgeschäften von „nackter Gier“ getrieben gewesen seien. Die Gier habe die Vorstandsetagen erobert, die Gehälter in immer neue Höhen getrieben, in der Erwartung des schnellen Geldes zu verwegenen Geschäften verleitet und letztlich die Grundpfeiler des Gewerbes, Solidität und Integrität zersetzt. „Wir alle haben Fehler gemacht“, kommentierte Rolf-Ernst Breuer den Kursverfall und die Strukturkrise der Großbanken. Auch Klaus-Peter Müller, der Vorstandssprecher der Commerzbank bestätigte, dass die Banken Fehler gemacht hätten. Sie hätten nicht einkalkuliert, dass die Börse so abrupt einbrechen könnte.

Nach den Turbulenzen um eine mögliche feindliche Übernahme der Deutsche Börse AG hat der Vorsitzende der SPD, Franz Müntefering im Frühjahr 2005 dem Unbehagen über die international operierenden Finanzunternehmen eine politische Stimme verliehen. Mit seinem „Heuschrecken”-Vergleich erzeugte er einen wahren Orkan im deutschen Blätterwald. In seiner Programmrede registrierte er ein Spannungsverhältnis zwischen der staatlichen Politik und den ungehemmten Regeln des Marktes. Er kritisierte die international wachsende Macht des Kapitals, die totale Ökonomisierung eines kurzatmigen Profithandelns, die international forcierte Profitmaximierungsstrategie bestimmter Finanzunternehmen, die auf Dauer die Demokratie gefährdet, sowie eine Marktwirtschaft pur, die den Menschen nur in seinen Funktionen als Produktionsfaktor, als Verbraucher und als Ware auf dem Arbeitsmarkt kalkuliert. Und er erwartete, dass die europäischen Staaten an der Architektur einer sozialen und demokratischen Union, nicht bloß einer Wettbewerbsunion bauen. Der Paukenschlag, den diese harmlos klingende Diagnose auslöste, mag zwar einem reinen Theaterdonner und betäubenden Wahlkampfgetöse geschuldet gewesen sein. Und die moralisch klingende Empörung mag folgenlos bleiben, solange die Spitzen der SPD, denen die Schalthebel staatlicher Macht anvertraut sind, eine gegenteilige Wirtschaftspolitik verfolgen. Aber der Parteivorsitzende hat öffentlich artikuliert, dass die Finanzmärkte und nicht die Arbeitsmärkte die erste Stellgröße der politischen Arena sind, um die wirtschaftliche Krise zu bewältigen, dass Großbanken und Versicherungskonzerne Gewinnzielen nachjagen, die sie nur mit riskanten hochspekulativen Wertpapiergeschäften erreichen können, dass Investmentfonds ihre Wertpapiergeschäfte tendenziell an ebenso riskanten und kurzfristigen Profitvorstellungen orientieren, und dass sich das Verhältnis von wirtschaftlicher Macht und demokratischen Beteiligungsrechten zugunsten der Ökonomie verschiebt.

Es scheint wenig bekannt zu sein, dass Franz Münteferings Kapitalismuskritik von den Sozialrundschreiben der letzten Päpste geteilt wird. Papst Pius XI. äußerte sich 1931 beunruhigt über die Zusammenballung von Kapital und wirtschaftlicher Macht. Daraus folge ein gnadenloser Machtkampf innerhalb der Wirtschaft. Danach würden die wirtschaftlich Mächtigen die staatliche Sphäre zu erobern suchen; der Staat werde zum Spielball ihrer Interessen und ihnen unterworfen. Schließlich komme es zu einem Machtkampf der Staaten untereinander. Dieser entarte in den „Imperialismus des internationalen Finanzkapitals“, das überall da zu Hause sei, wo sich ein Beutefeld auftut. Papst Johannes Paul II. hat sich 1991 die Frage gestellt, ob nach dem Scheitern des Kommunismus der Kapitalismus das siegreiche Gesellschaftssystem sei, das die Anstrengungen der Transformationsländer verdient und den Entwicklungsländern empfohlen werden soll. Gleichzeitig widerspricht der Papst der Behauptung, dass die Niederlage des so genannten realen Sozialismus den Kapitalismus als das einzige Modell wirtschaftlicher Organisation übrig lasse. Vielmehr meint er, dass die westlichen Länder Gefahr laufen, in diesem Scheitern den einseitigen Sieg ihres Wirtschaftssystems zu sehen und sich

nicht darum zu kümmern, an diesem System die gebotenen Korrekturen vorzunehmen. Aus globaler Sicht beobachtet er einen neuen, ungezähmten Kapitalismus, der an der absoluten Vorherrschaft des Kapitals und des Eigentums an Produktionsmitteln über die Menschen als freie Subjekte der Arbeit festhält.

Die aktuelle öffentliche Debatte weckt die Erinnerung an einen beachtenswerten, in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 27. 4. 2000 veröffentlichten Artikel des außerordentlich renommierten Vertreters deutscher Banken, Rolf-Ernst Breuer. Der damalige Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank hatte behauptet, die internationalen Finanzmärkte würden quasi als „fünfte Gewalt“ eine wichtige Wächterrolle übernehmen. Denn sie überwachen nicht nur Unternehmen, sondern auch nationale Regierungen. Sie sind auch ausgezeichnete Sensoren dafür, wie glaubwürdig eine nationale Regierung wirkt. Anleihemärkte reagieren kritisch auf ein staatliches Handeln, das Inflationsgefahren heraufbeschwört. Devisenmärkte bestrafen geld- und währungspolitisches Versagen mit Abwertungen. Aktienmärkte spiegeln in der Bewertung von Unternehmen einschlussweise die Qualität der an ihrem Standort vertretenen Wirtschaftspolitik. Länder mit freien und offenen Finanzmärkten wachsen schneller als Länder mit regulierten Finanzsystemen. Die Anleger schätzen die Länder nach ihrer Wirtschaftspolitik ein, ob sie den Unternehmen einerseits eine erstklassige Infrastruktur und hochqualifizierte Mitarbeiter bieten, andererseits die Steuern niedrig halten und sich auf eine minimale Umverteilung beschränken. Die autonomen Entscheidungen, die Hunderttausende von Anlegern täglich auf den Finanzmärkten treffen, sind genauere Sensoren als die vierjährigen Parlamentswahlen. Deshalb sollten die Regierungen ihre Politik nach den berechtigten Interessen der Anleger formulieren.

2. DIE SEGENSREICHEN WIRKUNGEN VON BÖRSEN UND FINANZMÄRKTEN

In idealtypischen Darstellungen werden die Funktionen der Börsen so erläutert: Als Wertpapierbörsen oder Devisenbörsen bilden sie neben den Kreditmärkten, Geldmärkten und Rentenmärkten ein Segment der monetären Sphäre. Der Börsenhandel ist zwar nur ein Ausschnitt des Handels mit Forderungen überhaupt. Aber unter den Wertpapierbörsen behaupten die Aktienbörsen als „Perlen des Kapitalmarkts“ eine herausragende Stellung. Den Aktienbörsen wird die Funktion zugeschrieben, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen an der Grenze der Selbstfinanzierung Kapital für rentable Investitionen optimal bereitzustellen und sie mit Liquidität auszustatten. An den Nahtstellen solcher kleinen und mittleren Unternehmen, lokaler, regionaler und überregionaler Märkte, inländischer und ausländischer Engagements sowie bei der Transformation von Einzelunternehmen zu Gesellschaften spielen sie eine große Rolle. Zwischen der Fremdfinanzierung auf der Grundlage von Kreditbeziehungen, die insbesondere von Banken vermittelt werden, und der Eigenkapitalfinanzierung, die vor allem durch die Aktienbörse vermittelt wird, lassen sich zwar markante Gegensätze konstruieren. Tatsächlich aber verhalten sich beide Finanzierungsformen weithin komplementär.

Die Funktionen, die den Finanzmärkten idealtypisch zugesprochen werden, lassen sich so formulieren: Sie vermitteln Kapital zwischen Sparern und Investoren. Sie lenken das Kapital in diejenige Verwendung, aus der eine optimale Verzinsung zu erwarten ist. Sie bewer-

ten verschiedene Vermögensformen und ermöglichen damit den Anlegern, Finanztitel nach den eigenen Präferenzen zusammenzustellen; eine höhere Rendite können diese in der Regel dann erwarten, wenn sie bereit sind, ein höheres Risiko einzugehen. Den Unternehmen wird das Kapital bereitgestellt, das diese für Investitionen benötigen. Finanzielle Risiken, die mit bestimmten wirtschaftlichen Aktivitäten verbunden sind, werden auf diejenigen verteilt, die sie am besten tragen können und wollen. Globale Geld- und Kapitalmärkte finanzieren und sichern den weltweiten Handel. Sie gestatten den Zugriff auf das Kapital jenseits nationaler Grenzen und überwinden die Barriere, die den Investoren durch das heimische Sparvolumen gesetzt ist. Sie liefern authentische Signale über das Leistungsvermögen von Unternehmen und spiegeln die öffentlich zugänglichen Informationen über alternative Investitions- und Anlagemöglichkeiten. Sie erzwingen einen dynamischen Wettbewerb zwischen weltweit operierenden Anlegern, Investoren und Banken sowie global einheitliche Realzinssätze. Sie sind selbststeuernd und verkörpern eine ökonomische Effizienz.

3. FUNKTIONSDEFIZITE DER REAL EXISTIERENDEN FINANZMÄRKTE

Im Gegensatz zu solchen idealtypischen Konstruktionen zeigen die real existierenden Finanzmärkte erhebliche Funktionsdefizite. In den 1970er Jahren waren es die Währungsturbulenzen begehrter und einflussreicher Währungen, die realwirtschaftlich nicht erklärt werden konnten, in den 1980er Jahren die Auslandsverschuldung der Schwellenländer und in den 1990er Jahren ein Kursverfall auf den Wertpapiermärkten sowie Banken- und Währungskrisen.

Nach der Aufkündigung der Systemregeln des Bretton-Woods-Währungssystems war die Bildung der Wechselkurse vorrangig an private Akteure auf deregulierten und liberalisierten Märkten übergegangen. In der Folge haben sich die bilanzierten Finanzgeschäfte, noch mehr die abgeleiteten Finanzgeschäfte (Swaps, Futures, Optionen) explosionsartig entwickelt. Gleichzeitig mit dem Wachstum der Finanzmärkte wuchs die Zahl der ausländischen Bankfilialen in den USA, Japan und Europa. Außerdem wurden markante qualitative Veränderungen registriert. Die Verbriefung von Forderungen trat an die Stelle der Bankkredite, Wertpapiermärkte verdrängten die Kreditmärkte. Die Aktienmärkte übernahmen verstärkt die Funktion der Unternehmenskontrolle. Mit der privaten Absicherung des Wechselkursrisikos nahm die Futurisierung der Finanzgeschäfte zu. Die Informationen über zukünftige Risiken, die global getauscht werden, enthielten extrem subjektive Erwartungen. In der Flatterhaftigkeit der Kurse und in den spekulativen Blasen, in technischen Rückkopplungen, irrationalen Stimmungsreflexen und kollektiven Ansteckungseffekten, in schwer erklärbaren Wechselkursschwankungen und spekulativen Währungsattacken wurden Anzeichen dafür erkannt, dass sich die internationalen Finanzmärkte von den fundamentalen Wirtschaftsdaten abgelöst haben. Dadurch wurde die Planungssicherheit von Unternehmen, die langfristige Investitionsentscheidungen treffen, erheblich beeinträchtigt. Spekulations- und Monopolgewinne wurden zur Orientierungsmarke regulärer Renditeerwartungen auf den Finanzmärkten. Diese wiederum dienten den Unternehmen als Vergleichsmaßstab für die Rentabilität realer Investitionen.

Die real existierenden Finanzmärkte sind weder anonym noch atomistisch, sondern von Machtverhältnissen bestimmt. Marktbeherrschende Großbanken, Versicherungskonzerne

und Investmentfonds aus den OECD-Staaten haben gegenüber breit gestreuten Kleinaktionären einen Informationsvorsprung und bessere Chancen, bedeutsame Informationen zu gewinnen, weiterzuleiten und zu beeinflussen. Risikoeinstufungen, die vom Urteil und den Entscheidungen weniger Meinungsführer dominiert werden, sind anfällig für Nachahmungsverhalten, kollektiv blinde Flecken und Stimmungsumschwünge. Schwerer wiegt die Macht der Leit- oder Ankerwährungen gegenüber den nicht konvertierbaren Währungen. Länder mit schwachen Währungen, die vermeiden wollen, dass ausländische Direktinvestoren abgeschreckt werden, flüchten in eine „Dollarisierung“ oder „Euroisierung“ ihrer Währung.

Das anglo-amerikanische Finanzsystem behauptet gegenüber dem europäischen Finanzstil eine militärisch und politisch gestützte Dominanz. So werden Kreditbeziehungen zwischen Banken und Unternehmen durch anonyme Wertpapiermärkte verdrängt. Damit verändert sich die Kontrolle der Unternehmen, aber auch deren Bewertungsmaßstab und die Geschäftspolitik der Manager, die sich zuerst am Unternehmenswert und am aktuellen Börsenkurs orientiert. Ebenso wird die europäische Unternehmensphilosophie verdrängt, die das Unternehmen als Personenverband versteht, der alle, die sich im Unternehmen engagieren, mit ihren unterschiedlichen Interessen einschließt. Statt dessen wird das Unternehmen als eine Vermögensmasse in den Händen der Anteilseigner umgedeutet, deren Interessen die Manager ausschließlich zu bedienen haben. Und schließlich werden solidarische umlagefinanzierte Sicherungssysteme durch eine private kapitalgedeckte Absicherung der Lebensrisiken ersetzt, die von privaten Banken, Versicherungen und Pensionsfonds vermittelt wird.

4. KEINE OHNMACHT DER POLITIK

Nicht nur bei der Vorlage so genannter Sozialreformen erklären die nationalen Regierungen, dass ihnen keine Alternative bleibe, als ihre politischen Entscheidungen den säkularen Trends, die von technischen, biologischen und ökonomischen Variablen bestimmt seien, anzupassen. Demokratisch legitimierte nationale Regierungen sehen sich auch der wirtschaftlichen Macht der Finanzmärkte, die in transnationalen Großbanken, Versicherungskonzernen und Investmentfonds konzentriert auftritt, ohnmächtig gegenüber.

4.1 Die Metapher der Systemkonkurrenz

In dem genannten Artikel von Rolf-Ernst Breuer wird behauptet, dass die Staaten mit anderen Staaten und privaten Schuldnern um die weltweiten Ersparnisse konkurrieren, weil kein Nationalstaat einen bevorzugten Zugriff auf die heimischen Ersparnisse habe. Die international mobilen Anleger dagegen könnten die Kosten und Nutzen staatlicher Leistungen, das Verhältnis von Abgabenlast und öffentlicher Infrastruktur sowie die Verteilung der fiskalischen Lasten auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen prüfen, bevor sie entscheiden, in welchem Land sie ihr Finanzvermögen anlegen.

Die Hypothese eines Standortwettbewerbs löst indessen kritische Anfragen aus. Wer sind die Akteure und Adressaten dieses Wettbewerbs? Mit welchen Instrumenten und auf welchen

Märkten wird dieser Wettbewerb ausgetragen? Immerhin sind in dem Artikel zwei nichtstaatliche Akteure angedeutet: international mobile Unternehmen und Personen bzw. nicht mobile Unternehmen und Arbeitskräfte. Es sind also an erster Stelle privatautonome Unternehmen, die um die kaufkräftige Nachfrage von Konsumenten konkurrieren, die sie vorwiegend in reifen Industrieländern finden. Ebenso und in derselben Region konkurrieren sie um das Angebot mobiler Produktionsfaktoren, nämlich um Kapitalgeber und qualifizierte Arbeitskräfte. Sie bieten Güter, Löhne und Kapitalrenditen. Aller Erfahrung nach sind ihre Entscheidungen vorrangig von Marktverhältnissen und Gewinnerwartungen beeinflusst und erst nachrangig von Steuern, Abgaben, Wechselkursveränderungen und realen Zinsdifferenzen. Diese wirken wohl erst entlang einer komplexen Rückkopplung. Sie werden als Bestandteile eines bereits im Artikel angedeuteten Gesamtpakets materieller und immaterieller öffentlicher Leistungen und Abgaben gegeneinander abgewogen. Unternehmen entscheiden über Realkapital auch anders als über Portfoliokapital. Die Kaufkraft- und Pfadabhängigkeit sowohl der ausländischen Direktinvestitionen als auch der Güterexporte in vergleichbare Industrieländer nähren die Skepsis gegenüber dem Paradigma der Staatenkonkurrenz.

Die Metapher eines Wettbewerbs etwa zwischen Deutschland und Japan wie zwischen VW und General Motors ist auch deshalb unzutreffend, weil die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Unternehmens an wenigen Kennziffern der Bilanz oder der Gewinn- und Verlustrechnung abgelesen werden kann, die vergleichbare Kennziffer eines Leistungsbilanzüberschusses zumal eines Landes mit einem ausgedehnten Binnenmarkt jedoch wenig aussagefähig ist. Eine höhere Produktivität oder ein Anstieg des kaufkraftorientierten Volkseinkommens können solange plausible Indikatoren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit eines Landes sein, als die Rückkopplung etwa in Form von Wechselkursanpassungen und veränderten realen Austauschverhältnissen ausgeblendet bleibt.

Gegen die vorhandene bzw. nicht vorhandene Lohnspreizung als Indikator mangelnder Konkurrenzfähigkeit eines Landes können ebenfalls skeptische Einwände vorgebracht werden. Denn die vergleichbar hohen Entgelte mobiler und immobiler Arbeitskräfte in entwickelten Industrieländern sind durch die Wechselwirkung gerechtfertigt, dass die relativ hohen Entgelte für binnenmarktorientierte Dienstleistungen infolge der hohen Produktivität gezahlt werden, die qualifizierte Arbeitskräfte in der Exportindustrie erbringen. Und dass diese Dienstleistungen umgekehrt zu der hohen Produktivität der Exportindustrie beitragen. Das beobachtbare Lohngefälle zwischen hoch- und niedrig qualifizierten Arbeitskräften ist vorrangig inländischen Nachfrageverschiebungen und nur zu einem ganz geringen Teil der Anpassung an die internationale Arbeitsteilung zuzuschreiben. Gegenüber der Hypothese der Staatenkonkurrenz sind also erhebliche Zweifel angebracht. Sie ist eine schillernde Metapher, nicht ein Paradigma, das die Hauptlinien grenzüberschreitender Güter- und Kapitalströme erklärt.

Gegen den ersten Augenschein gibt es also kein weltpolitisches Vakuum, das den politischen Akteuren jeden Handlungs- und Entscheidungsspielraum nehmen würde. Aber wer sind die kollektiven politischen Akteure, die in der Lage sind, die internationalen Finanzmärkte zu lenken?

4.2 Nationalstaaten

Die internationalen Finanzmärkte, wie sie sich gegenwärtig darstellen, sind das Resultat politischer Entscheidungen nationaler Regierungen. Die Kapitalmärkte sind nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems in den letzten 25 Jahren schrittweise liberalisiert, die Kapitalverkehrskontrollen sind aufgehoben worden. Fusionen und Übernahmen von Unternehmen wurden von den Regierungen wohlwollend erlaubt, auch wenn das Kartellamt ein Fusionsverbot ausgesprochen hatte. Der europäische Binnenmarkt ist politisch beschlossen worden. Die Europäische Währungsunion ist das Ergebnis gemeinsamen politischen Willens. Die rot-grüne Koalition in Deutschland hat erst vor kurzem den Kapitalgesellschaften weitere Steuergeschenke gewährt, die hochspekulativen Fonds zugelassen, die Kosten einer Produktionsverlagerung anrechnungsfähig gemacht und die Veräußerungsgewinne von Beteiligungen steuerfrei erklärt. Als Reaktion auf die Existenz der Linkspartei bemüht sich das Wahlmanifest der SPD die Kapitalismuskritik Franz Münteferings in konkrete Bausteine einer gerechten – internationalen Finanzarchitektur zu übersetzen. Sie schließen an die Funktionsdefizite der Finanzmärkte an: Steuerhinterziehung, vor allem jedoch die mangelnde Transparenz und Kontrolle der freien Bankzonen, der hochspekulativen Fonds, der Eigentümerstrukturen börsennotierter Unternehmen sowie wesentlicher Beteiligungen. Die Linkspartei strebt eine politische Regulierung der Finanzmärkte, vor allem eine stabilisierende Kontrolle der Währungsverhältnisse und Kapitalströme an. Internationale Devisengeschäfte sollen besteuert, die wachsenden Ansprüche der Anteilseigner auf leistungslose Einkommen zurückgedrängt, Aktienoptionen von Managern verboten werden. Man will die von der rot-grünen Koalition gewährte Steuerbefreiung bei Beteiligungsverkäufen zurücknehmen und die Steueroasen konsequent bekämpfen. Offensichtlich werden die Handlungsmöglichkeiten nationaler Regierungen nicht als erschöpft angesehen.

4.3 Internationale Organisationen und Vereinbarungen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank operieren arbeitsteilig zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Förderung wirtschaftlicher Entwicklung. In der 1930 gegründeten Bank für Internationalen Zahlungsbilanzausgleich (BIZ) sind 45 Zentralbanken vertreten. Daneben gibt es einen internationalen Zusammenschluss staatlicher Aufsichtsbehörden für das Börsen- und Wertpapiergeschäft (IOSCO) und für das Versicherungswesen (IAIS). Im „Pariser Club“ sind die Notenbanken der Gruppe der G10 vertreten. Sie verhandeln als Gläubiger mit den Staaten, die Auslandskredite aufgenommen haben. Das privatwirtschaftliche Pendant ist der „Londoner Club“, ein Zusammenschluss der Privatbanken, die als Gläubiger den hoch verschuldeten Schwellenländern gegenüber treten. Unter der Schirmherrschaft der BIZ haben die Notenbanken der führenden Wirtschaftsnationen wiederholt ihre finanz- und währungspolitischen Entscheidungen aufeinander abgestimmt. Die Notenbanken haben sich mehrfach als „Feuerwehr-Löschzug“ bewährt, als sie 1995 mit 50 Mrd. Dollar die mexikanische Währung, 1997 die asiatischen Währungen und 1998 mit 3,6 Mrd. Dollar den amerikanischen „Long Term Capital Management“-Fonds zu stützen suchten, um einen Absturz des globalen Finanzsystems zu verhindern.

4.4 Private Akteure

Angesichts der politischen Risiken und Barrieren, die sich einer wirksamen und gerechten öffentlichen Aufsicht und Kontrolle entgegen stemmen, wird der Selbstregulierung der privaten Finanzunternehmen eine größere Bedeutung und aktive Rolle zugemessen.

Zunächst gesteht man den Großbanken zu, dass sie interne, qualitative und flexible Modelle der Risikomessung und Risikominderung beachten. Diese Modelle berücksichtigen zwar das individuelle Risiko von Krediten und Schuldnern, können aber das Systemrisiko nicht abdecken und sperren sich auch gegen standardisierte Regelungen. Die „Washington-Gruppe der 30“ sucht seit 1978 nach einem plausiblen und verbindlichen Rahmen für derivative Finanzgeschäfte sowie nach Richtlinien ihrer Verbuchung, um die operativen Risiken und die Marktrisiken einzugrenzen. Die Rating-Agenturen prüfen regelmäßig die Bonität von Unternehmen, aber auch von Ländern. Aber auch sie sind von Informationsdefiziten betroffen. Ihre Fehleinschätzungen tragen zur Instabilität der Finanzmärkte bei.

4.5 Globales Kooperationsnetzwerk

Wenn private Akteure Bestandteil politischer Regulierung der Finanzmärkte sind, können zweifellos die Informationsasymmetrien überwunden sowie die Effizienz der Aufsicht und Kontrolle verbessert werden. Anderseits muss sichergestellt werden, dass die öffentlichen Instanzen das allgemeine Interesse durchsetzen und nicht als Vehikel zur Durchsetzung privater Interessen genutzt werden. Die öffentlich-private Kooperation (Public-Private-Partnership) kann die Schwächen einer rein öffentlich-hoheitlichen Kontrolle, einer rein nationalen Aufsicht und einer rein quantitativen Risikokalkulation umgehen. Ihre Vorteile bestehen in der transnationalen Reichweite, sie ist mehrstufig, setzt einheitliche Standards, schließt Exit-Optionen aus, überwindet den Gegensatz zwischen dem Subjekt und dem Objekt der Regulierung und leitet zur dezentralen, kontextbezogenen Selbstregulierung an, die der Eigenperspektive der Bank und der Perspektive der Bankenaufsicht Rechnung trägt.

4.6 Nicht-Regierungsorganisationen (NGO)

Die Zahl der bisher genannten politischen Akteure ist mittlerweile um die Nicht-Regierungsorganisationen erweitert worden. Sie werden definiert als „private Zusammenschlüsse, die nicht vom Willen der Regierungen abhängen“. Gemäß Art. 71 der UN-Charta sind sie mit beratender Funktion bei einer internationalen Organisation akkreditiert. Gemäß der Organisationsform lassen sich zwei Typen unterscheiden. Multinationale Netzwerke sind problembezogen, stützen sich auf eine große Menge ständiger, zahlender Mitglieder, haben ein professionelles Management, beschäftigen hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, organisieren sowohl praktische Aktionen als auch Lobbyarbeit und pflegen einen professionellen Umgang mit den Medien. Im Unterschied zu ihnen treten internationale soziale Bewegungen gegen Funktionsdefizite des kapitalistischen Marktregimes bzw. die marktradikale Globalisierung auf. Sie mobilisieren kritische Bevölkerungsgruppen zu Demonstrationen, Bildungsveranstaltungen und ökonomisch-monetärer Alphabetisierung, stellen anlässlich internationaler Gipfeltreffen (WTO-Konferenzen, Jahrestreffen des IWF) eine kritische Gegenöffentlichkeit her und zeich-

nen für das „Weltsozialforum“ verantwortlich. Die größte internationale soziale Bewegung dieser Art war die Kampagne „Erlassjahr 2000“, die im Bündnis mit IWF/Weltbank und unterstützt durch 17 Millionen Unterschriften aus aller Welt die Finanzminister der G7 auf dem Kölner Gipfeltreffen 1999 dazu gedrängt hat, den Schuldenstand hochverschuldeter armer Länder (HIPC) auf ein „tragfähiges“ Maß zu senken. Die derzeit bekannteste internationale soziale Bewegung ist attac (Vereinigung für die Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger). Die Existenz und Aktivitäten der NGOs sind ein Beleg dafür, dass eine transnationale politische Kooperation zwischen nationalstaatlichen Entscheidungsträgern, internationalen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren eine demokratische Weltgesellschaft entstehen lässt.

5. KONTUREN EINER ETHISCHEN FINANZARCHITEKTUR

Von den Finanzexperten und sozialen Bewegungen werden zwei Grundsätze einer verbindlichen politischen Lenkung der Finanzmärkte formuliert – Stabilisierung und Beteiligung.

5.1 Stabilisierung

Eine Weltzentralbank als stabilisierende Institution, die ein einheitliches „Weltgeld“ ausgibt, oder eine Weltfinanzorganisation unter dem Dach der Vereinten Nationen sind extrem weit ausgreifende Perspektiven. Wirklichkeitsnäher klingen die Forderungen nach einer weltweit zuständigen Aufsichtsbehörde und einem internationalen Kreditgeber der letzten Instanz. Um die Folgen einer nicht tragfähigen Auslandsverschuldung abzumildern, soll ein internationales Insolvenzrecht geschaffen werden. Praktikable makroökonomische Weichenstellungen sind beispielsweise ein Wechselkursband, an dessen Rändern die Zentralbanken intervenieren, um zu verhindern, dass die Kurse aus der Zielzone ausbrechen. Das Störpotenzial vagabundierender kurzfristiger Kapitalströme kann durch eine Steuer oder durch Kapitalverkehrskontrollen, die im Krisenfall einzusetzen sind, eingedämmt werden. Weil die Rolle des Internationalen Währungsfonds umstritten ist, ob er Krisenhilfe für Musterschüler leistet oder Gläubigerinteressen gegen die betroffenen Schuldner durchsetzt, denken manche Experten an einen monetären Regionalismus in Europa, Asien und Lateinamerika. Mikroökonomische Weichenstellungen konzentrieren sich auf mehr Transparenz z. B. bezüglich der verfügbaren Devisenreserven eines Landes, die als ein Indikator für dessen Widerstandskraft gegen spekulative Währungsattacken gelten. Indikatoren einer Frühwarnung sowie standardisierte und zeitnahe Informationssysteme etwa über das Verhältnis des Kreditvolumens zum Eigenkapital einer Bank sollen die Transparenz und Lenkung verbessern. Neben dem Internationalen Währungsfonds und der Bank für Internationalen Zahlungsbilanzausgleich hat sich ein „Forum für Finanzmarktstabilität“ damit befasst, wie sich die Transparenz, die Aufsicht und das Management der hochspekulativen Fonds verbessern lassen, wie Schwellenländer gegen die Risiken abgesichert werden können, die mit kurzfristigen Kapitalströmen sowie mit der Außenverschuldung privater Akteure verbunden sind, und wie man die Off-Shore-Bankzentren auf internationale Regeln verpflichten kann.

5.2 Beteiligung

Über die Vorschläge der Finanzexperten hinaus wollen die sozialen Bewegungen die demokratischen Grundlagen internationaler Vereinbarungen und Organisationen wieder herstellen. Sie verlangen, dass die freien Bankzonen geschlossen werden, und dass Kapitalanleger im Fall mitverschuldeter Finanzkrisen persönlich haften. Im Fall der Insolvenz soll das Schuldnerland ein Vergleichsverfahren beantragen dürfen. Der Antrag wird an eine neutrale internationale Institution adressiert. Das Verfahren ist öffentlich zu führen. Die betroffenen Bevölkerungsgruppen sollen gehört werden. Der Schiedsspruch soll sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Schuldnerlandes orientieren. Ein Mindeststandard der Befriedigung von Grundbedürfnissen – Gesundheit, soziale Sicherung, Bildung, Umwelt – soll Vorrang haben gegenüber den Gläubigerinteressen.

Der Grundsatz der Beteiligung soll sich auch auf das Selbstverständnis der Unternehmen auswirken. Denn diese müssen nicht in erster Linie als Vermögensmassen in den Händen der Anteilseigner verstanden werden. Die Manager sind nicht genötigt, ihre Entscheidungen ausschließlich am „shareholder value“, also am Unternehmenswert zu orientieren, dessen Veränderung sich in den Aktienkursen ausdrückt. Sie müssen nicht zuerst die Eigentumsansprüche der Aktionäre berücksichtigen, die meinen, ihre Rechte seien durch die bürgerlich-demokratischen Verfassungen anerkannt. Denn die Aktiengesellschaft, die als Publikumsgesellschaft betrieben wird, ist eine juristische Person, die keine Eigentümer hat. Die Aktionäre sind Eigentümer der Aktien und Mitglieder der Gesellschaft. Sie tragen zwar formell das Verlustrisiko und sind an den Gewinnchancen beteiligt, aber sie haben keine bzw. nur eine beschränkte Verfügungsmacht über unternehmerische Entscheidungen. Ihre Eigentumsansprüche sind rechtlich beschnitten. An diese Besonderheit knüpft das kontinentaleuropäische Konzept der unternehmerischen Beteiligung an, nämlich sowohl der Beteiligung an den unternehmerischen Entscheidungsprozessen (Mitbestimmung) als auch der Beteiligung am Gewinn und am Produktivvermögen. Dass eine demokratische Unternehmenskultur offensiv vertreten werden kann, bestätigt der deutsche „Corporate Governance Codex“, der im Jahr 2002 von einer Regierungskommission verabschiedet worden ist. Das demokratiefähige kapitalistische Unternehmen hat die Konturen eines Personenverbands, der die souveränen Subjekte der Arbeitsvermögen und der Kapitalvermögen umfasst. Die Rolle der Unternehmensleitung besteht darin, dass sie ein Vertragsnetz zwischen denen knüpft, die durch ihre Arbeit oder durch ihr Vermögen dauerhaft an dem Unternehmen beteiligt sind. Sie hat das Mandat, im Unternehmen einen Interessensausgleich unter „fairen“ Vertragsbedingungen herzustellen, der einzelne Interessengruppen in riskanten Lebenslagen und Arbeitsverhältnissen vor der Übermacht und den Informationsvorteilen anderer schützt.

Eine radikale Version sieht den Grundsatz der Beteiligung dann verwirklicht, wenn die logische und zeitliche Rangfolge der globalen und regionalen Finanzregime umgekehrt wird. Zuerst soll das inländische Finanzsystem krisenfest gemacht werden, so dass es die Funktionen der Sicherung des Zahlungsverkehrs, der Kapitalvermittlung, des Risikomanagements, der Unternehmenskontrolle und des Kreditgebers der letzten Instanz reibungslos erfüllen kann. Dann erst sind eine Grenzöffnung des Kapitalverkehrs und eine ausländische Finanzierung von Investitionen angebracht. Die inländischen Finanzunternehmen sind zwar überwiegend privatwirtschaftlich organisiert. Aber sie erfüllen eine öffentliche Funktion, indem sie die Wirtschaft elastisch mit Geld versorgen und innovative, als rentabel erwartete Investitionen der Unter-

nehmen vorfinanzieren. Dabei setzen sie die Geld- und Kreditschöpfungsmacht ein, die ihnen im allgemeinen Interesse zuerkannt ist. Friedrich Wilhelm Raiffeisen hatte vor 150 Jahren eine „Integrationsbewegung von unten“ angestoßen und dafür geworben, dass regionale Genossenschaftsbanken sich am Grundsatz der kollektiven Selbsthilfe und der Ortsbindung orientieren. Seine Absicht war, die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmer am Ort zu bedienen, die Finanzströme an die Warenströme zu koppeln und die Kreditgeschäfte überschaubar zu halten – gemäß der klassischen Regel des Bankgeschäfts: „Man kennt sich, man vertraut sich, man entscheidet vor Ort“. Die „Grameen-Banken“ in Bangladesh sowie zahlreiche Spar- und Kreditvereine (Banco Sol, Caja los Andes, Banken in Albanien, Georgien, Bosnien und im Kosovo) haben heutzutage diese Geschäftsidee erfolgreich kopiert. Die Mikrofinanzgruppen bestätigen, dass die wirtschaftliche Belebung mit der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen beginnt. Netzwerke von Unternehmen und Banken, des realwirtschaftlichen und monetären Kreislaufs sowie kommunaler und unternehmerischen Entscheidungsträger bieten realistische Chancen menschlicher Entwicklung.

Der Markt allein kann die Welt nicht regieren. Diese Auffassung wird nicht nur von global operierenden sozialen Bewegungen wie attac vertreten, sondern entspricht der Einsicht der „Gruppe von Lissabon“, eines Gremiums international angesehener ehemaliger Politiker und Manager. Sie war auch vor einigen Jahren das Thema eines Streitgesprächs über den Primat von Politik und Wirtschaft auf dem Kirchentag in Mainz. Hans Tietmeyer, der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank und Mitbegründer der Initiative: „Neue soziale Marktwirtschaft“ behauptete, moralische Appelle oder parlamentarische Beschlüsse könnten ökonomische Gesetze ebenso wenig außer Kraft setzen, wie man darauf vertrauen könne, dass das Wasser den Berg hinauf fließe. Dem entgegnete Bischof Franz Kamphaus, dass wohl auch für die moderne Wirtschaft jene Architektur des mittelalterliches Dorfplatzes gelte, die den Markt von der Kirche, dem Rathaus, dem Krankenhaus und der Schule (und dem Wirtshaus, ließe sich ergänzen) eingerahmt hat. Ohne jene gesellschaftliche Institutionen hätte der Markt überhaupt nicht funktioniert. Der Bischof hat auch in der Logik der heutigen Beziehung von Politik und Wirtschaft, insbesondere von politischen Akteuren und internationalen Finanzmärkten Recht, der Bundesbanker nicht.

Brigitte Young

FINANZKRISEN UND DEREN LANGFRISTIGEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE LOKALEN GOVERNANCE-STRUKTUREN: ASIEN, ARGENTINIEN UND BRASILIEN[16]

EINLEITUNG

Finanzkrisen sind aus den Medien verschwunden. Anne Krueger, IMF, schreibt sich die Prävention der Finanzkrisen auf die Fahnen des eigenen Hauses. „Dass es so wenige Finanzkrisen gibt, hat mit der Prävention des IWF zu tun."[17] Ganz anders sah dies noch Joseph Stiglitz, Chefökonom der Weltbank, der seinerzeit eine internationale Furore auslöste, als er den Internationalen Währungsfonds bezichtigte, die Finanzkrisen in Asien maßgeblich zu verschlimmern. Nach Anne Krueger haben aber Finanzkrisen nicht nur negative Folgen. „Finanzkrisen bieten gute Anlässe für steuerliche und strukturelle Reformen." Der neue Direktor des IWF, Rodrigo Rato, übt zwar Selbstkritik bezüglich des Managements der Finanzkrisen, und stellt fest, dass der IWF die schwere Wirtschaftskrise in Argentinien 2001 mitzuverantworten hat. Aber nicht, wie man glauben möchte, weil der IWF die neoliberale Liberalisierung der Finanzmärkte und Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur hemmungslos vorantrieb, sondern weil der IWF dem Land zu lange Geld lieh, ohne eine Strategieänderung in der Wirtschaftspolitik abzuverlangen.

Der IWF hat daraufhin auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington im Oktober 2004 vorgeschlagen, die Gelder für die Kreditvergabe zu kürzen. Der Exekutivrat des IWF will zukünftig intensive Beratung anbieten, aber weniger Kredite. Bisher sind alle IWF-Programme mit Kreditlinien verbunden. Das von vielen Entwicklungsorganisationen sowie auch von Attac geforderte faire Entschuldungsverfahren für Argentinien und für viele andere hoch verschuldete Entwicklungsländer fand auf der Jahrestagung, auch vom deutschen Finanzminister Hans Eichel keine Unterstützung. Lediglich wurde um einen von den US geforderten Schuldenerlass für den Irak verhandelt.

Über die Ursachen und Ausbreitung von Finanzkrisen wissen wir wenig, wie dies auch der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft" bescheinigte. Für den Zeitraum zwischen 1975 und 1997 hat der Internationale Währungsfonds 158 Finanzkrisen identifiziert. Diese enthalten noch nicht die Währungskrisen in Thailand, Indonesien, Südkorea, Malaysia und den Philippinen, die 1997 begannen und dann auf Russland und Lateinamerika überschwappten. Noch weniger wissen wir über Finanzkrisen und die damit verbundenen sozialen Auswirkungen. Dies ist bis heute ein relativ unerforschtes Thema. Die sozialen Auswirkungen der Finanzkrisen – dies soll in diesem Bei-

[16] Dieser Artikel ist bereits in *Sozialismus,* Heft 6/2005, 46-53 erschienen.
[17] Anne Krueger, Vortrag an der New York University, Economics Honors Society, zum Thema „Meant Well, Tried Little, Failed Much: Policy Reforms in Emerging Market Economies", 23.3.2004.

trag deutlich werden – sind jedoch nicht nur kurzfristig, sie haben tief greifende und langfristige Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit und den Bereich der sozialen Reproduktion.

Im Folgenden wird die These vertreten, dass Finanzkrisen in Asien, Argentinien und Brasilien eine Polarisierung zwischen „arm“ und „reich“ und zwischen Frauen unterschiedlicher Ethnien, Klassen und nationaler Zugehörigkeit ausgelöst haben, die eine existenzielle Verschlechterung für Millionen der Bevölkerung bedeutet. Diese Krisen und deren sozialen Folgen sind nicht nur reduzierbar auf ökonomische Aspekte. Sie sind zurückzuführen auf politische Entscheidungen der internationalen Finanzinstitutionen, die mit den Strukturanpassungsprogrammen den nationalen Krisenstaaten eine restriktive Fiskalpolitik und Haushaltskonsolidierung aufoktroyieren, die den langfristigen fiskalen Spielraum für diese Länder stark einschränken (Gill 1999).[18]

Der disziplinierende Neoliberalismus konterkariert, trotz einiger Errungenschaften für Frauen, die emanzipatorische Transformation von Geschlechtergerechtigkeit für viele Frauen und auch Männer in den Schwellenländern. Diese zunehmende Unsicherheit auf der unteren Stufe der globalen sozialen Hierarchie ist nicht nur Resultat, sondern auch die Voraussetzung für die Existenzbedingungen der globalen players in der derzeitigen Phase der „Globalisierung von oben“.

1. ÄNDERUNGEN IN DEN GOVERNANCE-STRUKTUREN DER SOZIALEN REPRODUKTION

Die derzeitige Transformation der globalen Ökonomie geht einher mit weltweiten Änderungen in den Governance-Strukturen von Produktion und sozialer Reproduktion. Soziale Reproduktion wird nach Bakker (2003) definiert als die laufende warenförmige Reproduktion der Arbeitskraft und der gesellschaftlichen Prozesse und sozialen Verhältnisse, die die gesellschaftliche Ordnung etablieren und aufrechterhalten. Die vom Internationalen Währungsfonds für viele Entwicklungsländer auferlegten restriktiven Strukturanpassungsprogramme (SAP) haben zu einer Expansion und Vertiefung des Marktes geführt, wodurch Frauen oftmals direkt dem ungeschützten Marktmechanismus ausgesetzt werden. Als universelle Tinktur für Staaten in Liquiditätsnot, trotz der Behauptung eines Post-Washington-Konsenses, verschreibt der Währungsfonds weiterhin strikte Haushaltskonsolidierung, Öffnung der Waren und Gütermärkte, Erhöhung der Exporte bei gleichzeitigen realen Lohnkürzungen und Reduzierung der Nachfrage.

Durch die zunehmende Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung wird das Verhältnis zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit neu definiert und der Bereich des „Privaten“ normativ im Vergleich zum öffentlichen Sektor aufgewertet. Zunehmend spielen sich die Pro-

[18] Dieses „locking-in” von disziplinierenden verfassungsähnlichen Mechanismen kann derzeit sehr deutlich in Brasilien verdeutlicht werden. Trotz der Zusage des neuen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, dass die Armutsbekämpfung Vorrang vor Schuldentilgung haben wird, sieht nun die Realität bereits anders aus. Die neue Regierung hat ein drastisches Sparprogramm verkündet. Das zusätzliche Sparvolumen ist fast acht Mal so groß wie der Etat für das angekündigte Hungerbekämpfungsprogramm. Damit soll ein Einnahmenüberschuss zur Bedienung der Schulden erreicht werden (Frankfurter Rundschau vom 12. 2. 2003).

zesse der Produktion und sozialen Reproduktion in einem breiten Band von informellen, formellen, Familien- oder Subsistenzarbeiten ab. Ob Frauen in der Karibik oder in Asien Arbeit in den „global cities“ verrichten, sie hat gemein, dass Frauenarbeit eine Kombination von Beschäftigung in der formellen transnationalen Produktion, in informellen Bereichen und in der Subsistenzwirtschaft darstellt. In Reaktion auf die Strukturanpassungsprogramme versuchen Staaten ihre Ausgaben zur Haushaltskonsolidierung für soziale Dienstleistungen unverhältnismäßig mehr zu kürzen als die des militärischen oder verwaltungstechnischen Bereiches. Kürzungen im Bildungsbereich, in der Gesundheitsversorgung, Nahrungsmittel- und Transportsubventionen, Wasserversorgungsanlagen, Abfallbeseitigung und viele andere der Versorgungsdienstleistungen treffen vor allem die Marginalisierten, „die Angehörige einer untergeordneten Klasse, Geschlechts- oder ethnischen Gruppe sind und die ihre Arbeitskraft nicht vollständig besitzen, sondern der Kontrolle von Gönnern, Vermietern, Chefs, kommunalen Vorgesetzten, Dorfoberhäuptern, Ehegatten bzw. Vätern unterworfen sind, denen gegenüber sie Verpflichtungen haben, die im schlimmsten Fall mit offener Gewalt durchgesetzt werden“ (Elson 1997: 55).

Mit einem Globalisierungsblick „von unten“ lässt sich feststellen, dass die Überlebungsstrategien für die Masse der unqualifizierten ArbeiterInnen und der Marginalisierten sich radikal verschlechtert haben. Arbeits- und Einkommensunsicherheit, Gesundheitsrisiken, Umweltprobleme, politische und gesellschaftliche Unsicherheiten, zunehmende private und staatliche Gewalt sind für viele der „most vulnerable“ zum Alltag geworden. Aber diese soziale Fragmentierung, gesellschaftliche Desintegration und Armut wirken sich in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse, sozialen Schichten und Ethnien sehr unterschiedlich aus und verschärfen dadurch die bereits existierenden geschlechtsspezifischen und sozialen Asymmetrien (Grown/Elson/Cagatay 2000).

Im Folgenden wird unter vier zentralen Aspekten von sozialer Reproduktion unterschieden (Bakker 2003; Truong 2000), um anhand dieser Klassifizierung aufzuzeigen, welche Auswirkungen regionale Finanzkrisen in Asien und Lateinamerika auf den Bereich der sozialen Reproduktion haben.

- *Biologische Reproduktion* bezieht sich auf die menschliche Fortpflanzung, die als ein Prozess der physischen Entwicklung von Menschen verstanden werden muss. Darüber hinaus bezieht sich die biologische Reproduktion aber auch auf den internationalen Handel mit menschlichen Körperteilen, in dem einzelne Menschenkörperteile und Organe als Ware auf dem Markt verkauft werden.

- *Reproduktion der Arbeitskraft,* die nicht nur für den Erhalt der meist männlichen Arbeitskraft sorgt, sondern auch die Reproduktion der eigenen weiblichen und der Arbeitskraft von Kindern in der formalen, informellen und Haushalts- sowie Subsistenzökonomie mit einschließt.

- *Reproduktion der „care Ökonomie“,* darunter sind Aspekte wie z. B. Versorgung von Kindern, der Altenpflege, Betreuung des Hauhaltes, Arbeit in Kommunen und freiwillige Arbeit in Nichtregierungsorganisationen gemeint. Dazu gehört auch die psychologische Betreuung von Familienmitgliedern, die besonders in Zeiten von ökonomischen Krisen und Unsicherheiten von Frauen traditionell eingefordert wird.

- Viertens schließt die soziale Reproduktion die *bezahlte „reproduktive Arbeit“* (Sexsektor, Prostitution und Unterhaltungsindustrie sowie auch den häuslichen Dienstleistungssektor) ein. Einmalig an dieser Verrichtung von Arbeit ist die Kontrolle und Verfügbarkeit anderer über die bezahlte reproduktive Arbeitskraft. Frauen und Kinder werden zur Ware degradiert, „die konsumiert und verbraucht wird“ (Hartsock 2001). Die Existenz von Sklavenarbeitsbedingungen vielfach kombiniert mit Gewalt, der Abwesenheit eines rechtlichen Status, und der grenzüberschreitende Kreislauf von Menschenhandel im Schatten der „offshore“-Ökonomien, bleibt in dieser bezahlten „reproduktiven“ Arbeit überwiegend unsichtbar (Truong 2001). Diese ausbeuterische Sexarbeit muss theoretisch als ein Staatsversagen zum Schutz von Frauen und Kindern in der „intensivierenden Globalisierung“ verstanden werden und verkörpert aber gleichzeitig eine aktive Staatsstrategie, die zunehmend von den Einkommen der Frauen und den Deviseneinnahmen für die internationale Schuldentilgung und ihrer schrumpfenden Haushaltskasse abhängig ist (Young 2003).

2. INTENSIVIERENDE GLOBALISIERUNG UND FINANZKRISEN

Ihren Ausgangspunkt nahmen die Finanzkrisen 1997/98 durch die massenhafte Liquidität von Kapital in den großen Finanzzentren, die auf der Suche nach rentablen Anlagemöglichkeiten die attraktiv erscheinenden Schwellenländer mit Kapital überschwemmte. In der Zeit von 1990 bis 1996 erreichte der Kapitalzufluss in asiatischen Ländern durchschnittlich 5% des BIP. Die krassesten Beispiele waren dafür Thailand und Malaysia. Während der 1990er Jahre flossen durchschnittlich über 10% des BIP in diese beiden Länder und erreichten sogar 13% und 17% in einem Jahr. Sobald aber deutlich wurde, dass die Aufnahmefähigkeit dieser Länder – wegen ihrer unzureichenden Größe und der unzureichenden institutionellen Infrastruktur des Bankensektors – begrenzt waren, setzte eine abrupte Umkehr der Kapitalflüsse ein, die durch eine Spekulationswelle gegen die jeweiligen Währungen noch verstärkt wurde.

Die Finanzkrise traf zuerst Thailand und breitete sich sehr schnell auf Indonesien, Korea und auf andere Staaten aus. Der „Washington-Konsens“ des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme waren die Antwort auf die Finanzkrisen. Als Option blieb den Ländern nur die wirtschaftliche Anpassung und die Unterwerfung unter das Regelwerk des neoliberalen „Washington-Konsens“ (Huffschmid 2002).

Dass die Finanzkrise in Asien eine schwere ökonomische Krise mit sich zog, ist nichts Außergewöhnliches. Überraschend ist vielmehr das ökonomische Ausmaß dieses Einbruches. In Korea und Malaysia fiel das Bruttoinlandsprodukt 1998 um mehr als 5%, in Thailand um 8% und in Indonesien um ein katastrophales Ausmaß von 20% (Singh/Zammit 2000, 1260). Die zunehmende existenzielle Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung, Drogenhandel und Menschenhandel, Abbau des Wohlfahrtstaats sind eine Seite der verheerenden und heute noch andauernden sozialen Kosten der Asienkrise. Die Währungskrise blieb aber nicht begrenzt auf den asiatischen Raum. Sie zog auch Russland und lateinamerikanische Staaten in den Strudel der Finanzturbulenzen und zeigt ein ähnliches Szenario in diesen Ländern von Abhängigkeit durch Auslandskapital und der damit verbundenen hohen Auslandsschulden.

Die Streikaktionen, Straßenschlachten mit Geschäftsplünderungen, die zwanzig Tote und Hunderte von Verletzten in Argentinien im Dezember 2001 forderten, signalisieren das Scheitern des neoliberalen Modells einer intensivierenden Globalisierung. Der gesellschaftliche Zusammenbruch in Argentinien, der auch Brasilien und Uruguay traf, war nicht nur eine ökonomische und politische Krise. Viel gravierender waren der Vertrauensbruch der BürgerInnen in die politischen Institutionen und die Auflösung der Gesellschaft (Huffschmid 2002).

Die argentinische Krise – wie bereits auch die Asienkrise – hätte nicht stattfinden dürfen. Argentinien war lange der Musterknabe des Internationalen Währungsfonds und der westlichen G-7 Staaten. Es war der Vorzeigefall für eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit Öffnung der Märkte gegen außen, Privatisierung und Liberalisierung im Inneren, eine Rentenreform (Übergang vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren) sowie eine stabilitätsorientierte Geld- und Finanzpolitik. Präsident Carlos Menem brach somit grundsätzlich mit der Interventions- und Inflationspolitik der Vergangenheit und führte ein Konversionssystem absolut fester Wechselkurse (ein Peso ist gleich ein Dollar) bei vollständiger Öffnung der Kapitalmärkte ein. Ziel dieser Geld- und Währungspolitik war, das Vertrauen ausländischer Investoren durch ein System der festen Wechselkursbeziehungen durch ein „currency board“[19] herzustellen. Durch die Dollarparität wurden ausländische Investoren auf einen Schlag unabhängig von etwaigen Wechselkursabwertungen der nationalen Währung. Kurzfristig konnte die existierende Hyperinflation gebändigt werden und Argentinien lockte ausländisches Kapital an, das die wiederum kostengünstigen, zur Privatisierung angebotenen öffentlichen Güter aufkaufte. Langfristig führte die Dollarparität in eine finanzielle Krise, da dieses System die Nachteile eines festen Wechselkurses mit den Nachteilen eines Systems freier Wechselkurse verbindet. Einerseits kann sich ein Land nicht gegen die Abwertung anderer Länder wehren (Brasilien initiierte 1999 eine Abwertung des Reals von 40%), andererseits aber gänzlich abhängig wird hinsichtlich seiner Geldversorgung und Zinspolitik von den Kapitalmärkten (Flassbeck 2002).

Die internationalen Finanzinstitute schlossen ihre Augen vor der einfachen Wahrheit: Wer Schulden in harter Währung macht, muss auch in der Lage sein, diese irgendwann in harter Währung wieder abzutragen (Fritz 2003).[20] Die argentinische Wachstumsstrategie der Auslandsverschuldung führte 2001 in eine Währungskrise und ein Jahr später musste die Dollarparität aufgegeben werden, die aber das Land fast vollständig in den Ruin trieb. Das argentinische Volkseinkommen brach 2002 um etwa 15% ein und die dadurch ausgelöste Krise hat in ihrem Ausmaß und sozialen Auswirkungen die Krisen von 1975, 1981 und 1989 übertroffen. Argentinien erlebte die schlimmste Wirtschaftskrise seiner Geschichte.

In der Zwischenzeit hat Argentinien einen Plan für die Schuldenrückzahlung vorgelegt, der vorsieht, dass von den 100 Milliarden Dollar Schulden 32 Cents pro Dollar rückerstattet werden. Bis zum Stichtag, dem 26. Februar 2005, hatten 76% der internationalen Gläubiger diesen „debt exchange“-Plan akzeptiert. Derzeit wird mit dem IWF darüber verhandelt, wie mit den restlichen Gläubigern verfahren werden soll, die dieses Angebot nicht angenommen haben.

---

[19] Ein „currency board“ ist vergleichbar mit einem festen Wechselkurssystem, in dem die Geldinstitution Geldscheine druckt und Münzen prägt, die voll konvergierbar sind. Ziel dieser Einrichtung ist, den Politikern die Notenpresse aus der Hand zu nehmen und Fehlbeträge nur mehr über den Kapitalmarkt zu finanzieren.

[20] Das Verhältnis von Schuldendienst zu den gesamten Exporterlösen liegt in Argentinien zwischen 75 und 110% (Fritz 2003).

Ausschlaggebend für die Ablehnung des „Schuldenhandels“ ist vor allem die Tatsache, dass die argentinische Wirtschaft schneller als angenommen wächst und daher die restlichen Gläubiger Argentinien auffordern, ein höheres Rückzahlungsverhältnis zu Gunsten der internationalen Gläubiger anzubieten. Derzeit wird mit einem zusätzlichen Haushaltsüberschuss von 7,8 Mrd. Dollar gerechnet statt der 3% der Bruttoinlandsproduktion des primären Haushaltsüberschusses (vor Bedienung der ausländischen Gläubiger). Der IWF hatte Anspruch auf diese Gelder erhoben, um die privaten Gläubiger von Argentinien-Bonds zu entschädigen, was aber die argentinische Regierung mit dem vorgelegten „debt swap“ (Schuldenumwandlungs)Plan ablehnte. Die derzeitigen Schulden des Landes gegenüber privaten Gläubigern werden mit 100 Mrd. Dollar beziffert, zugleich hat es aber in den letzten zwei Jahren 7 Mrd. Dollar Nettozahlung an die internationalen Finanzinstitute (IFIs) geleistet (Lavagna 2004).

Argentinien befindet sich, wie auch andere lateinamerikanische Länder in einer paradoxen Situation. Die wirtschaftliche Lage verbessert sich, aber die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung hat sich nur marginal verbessert. Die städtische Arbeitslosigkeit sank von 17,3% (2003) auf 13,8% (2004), die Löhne stiegen in bescheidenem Maß, aber 40% der Argentinier gelten noch immer als arm trotz eines Wirtschaftswachstums von 8,4% im Jahr 2003. Gravierend ist vor allem, dass sich innerhalb des derzeitigen Wachstumsregimes kein Ausweg bietet, die massive Armut nachhaltig zu bekämpfen. Am 16. März 2004 unterzeichneten in Rio de Janeiro die Staatspräsidenten von Argentinien, Nestor Kirchner, und Brasilien, Lula da Silva, den „Copacabana Act“, der einer Zusammenarbeit für ein Wirtschaftswachstum im Dienste der Gleichheit dienen soll. Darin wird kritisiert, dass verschuldete Länder eine nachhaltige Entwicklungsstrategie und deren Finanzierung im gegenwärtigen neoliberalen Finanzsystem nicht gleichzeitig einlösen können. Die beiden Staatschefs fordern, „mit den internationalen Gläubigerinstitutionen auf eine Weise zu verhandeln, die das Wachstum nicht gefährdet, die Tragfähigkeit der Schulden sicherstellt und Raum für Investitionen in die Infrastruktur lässt“ (Bissio 2004).

Obgleich die wirtschaftliche Lage in Brasilien sich in den letzten beiden Jahren nicht so massiv verschlechtert hat wie in Argentinien, ist die soziale Lage dort dramatisch. Während Argentiniens Wirtschaft wächst, kämpft Brasilien um das Erreichen des vom IWF auferlegten Haushaltsüberschusses von 4,25%. Das brasilianische Wirtschaftswachstum liegt bei Null und die Arbeitslosigkeit steigt. Der Auslöser dafür sind vor allem die hohen Zinssätze. Das Land konfrontiert eine Sozialkrise, deren Brisanz besonders in der großen Einkommenskluft liegt. Ähnlich wie Carlos Menem in Argentinien verfolgte auch Präsident Fernando Henrique Cardoso in Brasilien ein neoliberales Projekt der Marktöffnung, Privatisierung, Reduktion des Staatsektors, und Deregulierung. Mit dem inflationsbekämpfenden „Real-Plan“ wurde zwar die Inflationsrate drastisch gesenkt (von 50% auf 6% zwischen Juni und Ende Juli 1994), was aber nicht über Wachstum, wirtschaftliche Konsolidierung und Sanierung des Staatshaushaltes erreicht wurde, sondern durch ausländische Spekulationsgelder und hohe Zinsen.

Dass eine Wirtschaftspolitik, die mit weltweit höchsten Realzinsen Privatkredite und ausländisches Kapital ins Land holt, nicht den erwünschten Wettbewerb erzielen kann, zeigte sich sehr bald an der hohen Auslandsverschuldung. Zwischen 1995 und 1999 erhöhte sich der Anteil des Auslandskapitals von 43,3 Milliarden Euro (6% des BIP) auf 201,5 Milliarden (21,6% des BIP). Dadurch stieg der Schuldendienst zwischen 1995 und 2000 von 24,9% auf 55,1%. Im gleichen Zeitraum schrumpften die Ausgaben für Bildung von 20,3% auf 8,9%. Insgesamt

liegen die Ausgaben für Bildung und Gesundheit unter dem Betrag der Zinszahlungen (Sader 2002).

Obwohl Brasilien das größte Darlehen bekommen hat, das jemals vom Internationalen Währungsfonds an ein Land gewährt wurde (30 Mrd. US $ im September 2002) liegt Brasilien in Bezug auf Einkommensunterschiede weltweit an der Spitze. Nirgends in der Welt ist die Konzentration von Reichtum und Einkommen so hoch wie in Brasilien und nirgends klafft die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinander. Ungeachtet der grassierenden Armut ist der brasilianische Markt für Luxusgüter in den vergangenen fünf Jahren inflationsbereinigt durchschnittlich um 33% gewachsen – um ein Vielfaches schneller als die Wirtschaft des Landes (Financial Times Deutschland vom 18. 8. 2004). Luiz Inacio Lula da Silvas Kampfansage gegen Hunger, Armut und Korruption machte ihn zum Hoffnungsträger für ganz Lateinamerika. 46 von 178 Brasilianern haben nicht ausreichend, nicht regelmäßig, nicht gut genug zu essen. In der Zwischenzeit werden die Stimmen immer lauter, dass das „Null Hunger"-Projekt des brasilianischen Präsidenten eher schlecht als recht funktioniere.

Um das Vertrauen der internationalen Gläubiger zu behalten, hat Lula sich nämlich im Wahlkampf verpflichtet, die Außenschulden in Höhe von 300 Milliarden Dollar zurückzuzahlen und das Strukturanpassungsprogramm fortzuführen. Dies hat zur Folge, dass die öffentlichen Ausgaben massiv zurückgefahren worden sind. Per Haushaltsgesetz wurde ein primärer Exportüberschuss von 4,25% im Vergleich zum BIP festgelegt. Ein Exportüberschuss in dieser Größenordnung wurde 2003 auch tatsächlich erreicht, dies hat sich aber nicht auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung ausgewirkt. Die Industrieproduktion hat kaum zugenommen (0,5%), die Arbeitslosenzahl ist weiterhin hoch, die Investitionsrate liegt bei ca. 17,6% des BIP, die schlechteste der letzten Jahre, außerdem fielen die ausländischen Investitionen sogar um 50% im Vergleich zu 2002. Lula versucht die Quadratur des Kreises: einerseits für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen und zugleich die Auflagen des Internationalen Währungsfonds aufrechtzuerhalten.

3. FINANZKRISEN UND DEREN AUSWIRKUNGEN AUF DIE SOZIALE REPRODUKTION

Von Argentinien, Brasilien bis in die von der Finanzkrise betroffenen Länder in Asien hat sich die soziale Reproduktion (biologische Reproduktion, Reproduktion der Arbeitskraft, Reproduktion der „care"-Ökonomie, und die bezahlte „Reproduktionsarbeit") gravierend verschlechtert. Breiteste Bevölkerungsgruppen bekamen die Auswirkungen der Krise zu spüren und die zunehmende Armut, Verelendung, Abbau von staatlichen Subventionen und Fürsorgedienstleistungen gefährden darüber hinaus die menschliche Sicherheit und die Überlebenschancen der sich am unteren Ende der Globalisierung befindenden Bevölkerungsschichten.

Über 40% der 37 Millionen Einwohner in Argentinien leben in Armut und über ein Drittel der Erwerbsbevölkerung hat zu wenig oder gar keine Arbeit. In einem der reichsten Länder Lateinamerikas ist sogar die biologische Reproduktion in Gefahr. Steigende und durch Unterernährung verursachte Sterberaten bei Kindern sind auf die Kürzungen im Gesundheitsbereich zurückzuführen. Während im Jahr 1998 Argentinien für die Gesundheit in der Provinz Tucumán

noch 650 Dollar pro Kopf und Jahr ausgegeben hat, waren es 2002 lediglich 140 US $ (Frankfurter Rundschau vom 23. 11. 2002). Obwohl Argentinien 99 Millionen Tonnen Nahrungsmittel (Getreide, Fleisch, Vögel, Gemüse, Früchte und Fische) pro Jahr produziert und demnach seine Bevölkerung zehn Mal ernähren könnte, konnten fünf Millionen Argentinier während der ökonomischen Krise (2000/2001) nicht mit den erforderlichen Lebensmitteln versorgt werden. CARITAS aus Spanien musste 2002 Nahrungsmittel senden, um die zunehmenden Hungerprobleme der Argentinier zu mildern.

Als Hauptverantwortliche für die Ernährung ihrer Familien sind vor allem verarmte Frauen gezwungen, besonders viel Zeit für die Suche nach Lebensmitteln aufzuwenden. Auch wenn Frauen von Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht direkt betroffen sind, so müssen sie die fehlende Versorgungsleistung, die der Staat nicht mehr gewährleisten kann, ohne Vergütung als zusätzliche Leistung aufbringen. Ebenfalls von Kürzungen stark betroffen war der Bildungsbereich. In einem Land, das bisher eine Alphabetisierungsrate von 96% vorweist, können nun Kinder wegen finanzieller Not nicht mehr die Schule besuchen. Nach einem UNICEF-Bericht verlassen 50% der jungen Menschen zwischen 13-17 Jahren vor dem Abschluss die High-School. Mädchen sind von der Krise besonders betroffen, da ihre Bildungschancen stark von kulturellen Faktoren, Armut im Haushalt, Kinderarbeit und sozialen Rollen abhängen (Riley 2002).

Die hohe Arbeitslosigkeit, die von der Regierung Anfang 2002 durchgeführten Kürzungen von 350.000 Stellen im öffentlichen Sektor sowie die steigende Anzahl von Konkursen kleinerer und mittlerer Unternehmen haben den informellen Sektor und die Einführung der „barter"-Ökonomie (geldlose Ökonomie) zur Überlebensstrategie vieler Argentinier gemacht. Während der Krise (2000/2001) gab es elf unterschiedliche Währungen in den Provinzen (Lavagna 2004). Besonders das Einfrieren der Sparkonten *(corralito)* traf den Mittelstand besonders hart, da dieser keine Transaktionen in Bargeld vornehmen konnte. Dies wiederum wirkte sich indirekt vor allem auf ärmere Schichten aus, die zwar keine Bankkonten haben und deshalb auch von dem Einfrieren der Sparkonten nicht direkt betroffen waren, aber von einer zunehmenden durch das *corralito* verursachten Verlagerung von Tätigkeiten in den informellen Sektor betroffen wurden. Aber auch die informellen Aktivitäten besonders für Hausangestellte in Familien der Mittelschicht wurden stark eingeschränkt. Eine Umfrage der Weltbank, bei der 2.800 Personen in Argentinien befragt wurden, ergab, dass vier von zehn Familien, die normalerweise Hausangestellte beschäftigten, dies 2002 aufgaben oder reduzierten.

Wenn in einer ökonomischen Krise die öffentlichen Güter für Gesundheit, Bildung, Daseinsfürsorge und soziale Einrichtungen reduziert werden, tragen Frauen die Hauptlast dieser Kürzungen, da sie die Hauptträgerinnen für die „care-Ökonomie", die Reproduktion der Arbeitskraft und das soziale Gemeinwesen sind. Ein Weltbank-Bericht hebt hervor, dass sechs von zehn befragten Haushalten aussagten, sie ersetzten Produkte und Dienstleistungen durch häusliche Arbeit, welche – mit geringen Ausnahmen – von Frauen geleistet werden. Drei von vier Frauen aus der armen Schichte leisten diese zusätzliche Arbeit, aber auch 43% der Mittelschicht. Im Klartext: Viele Reinigungsmittel für Haus und Kleidung werden nicht mehr gekauft, sondern durch einen höheren Kraftaufwand der im Haushalt Tätigen kompensiert.

Hinzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit der Männer, wie dies auch in vielen anderen Ländern der Fall ist, oft zu mehr Gewalttätigkeit gegen Frauen und Kinder und auch zu mehr Alkoholis-

mus führt. Zunehmend sind Frauen gezwungen, die Rolle des Familienernährers zu übernehmen. Dies bedeutet nicht nur eine mehrfache Überbeanspruchung der Versorgungsökonomie, es führt auch zu sozialen und ökonomischen Konflikten und zu einer Gefährdung des sozialen Gemeinwesens (Spieldoch 2002).

Die soziale Lage in Brasilien sieht kaum anders aus. Die brasilianische Wirtschaftskrise hat die soziale Krise und die bereits existierenden ethnischen Ungleichheiten verschärft. 1999 sind die Sozialausgaben um 1,13 Mrd. US $ gekürzt worden, dies repräsentiert 23,7% der Gesamtausgaben. Programme gegen Armut, Unterstützung für Not leidende Kinder, Senioren, Behinderte, Beseitigung von Kinderarbeit und Landreformen wurden dadurch radikal gekürzt. Andererseits hat Lula das Programm „Unterstützung der Familie“ und das „Null-Hunger-Programm“ initiiert, davon profitieren durchaus Menschen, aber die Mittel sind zu gering, um die grassierende soziale Ungerechtigkeit zu reduzieren.

Die Ungleichheiten zeigen sich auch am Arbeitsmarkt: Der durchschnittliche Monatslohn für schwarze und braune Männer betrug Ende der 1990er Jahre weniger als die Hälfte (46%) des durchschnittlichen Monatsgehalts eines weißen Mannes. Für eine schwarze Frau war der Unterschied noch gravierender: 40% eines Montagsgehalts eines weißen Mannes. Weiße Frauen verdienten im Vergleich 79% eines durchschnittlichen Einkommens eines weißen Mannes. Die zunehmende Ungleichheit *zwischen* Frauen ist besonders auf die große Anzahl von schwarzen Frauen im Haushaltssektor zurückzuführen. Frauen unterschiedlicher Klassen und Ethnien verrichten somit Frauenarbeit!

Die *Brazil Social Watch Reference Group* argumentiert, dass die Hauptursache für die zunehmende Arbeitslosigkeit und Informalisierung des Arbeitsmarktes mit der Reduzierung der industriellen Produktion ist. Inflation, kombiniert mit der Öffnung der Märkte und einer hohen Zinspolitik, hat zu einer Deindustrialisierung geführt. Gleichzeitig wurden auch die mit einem regulären Arbeitsvertrag einhergehenden Gewerkschaftsrechte reduziert oder eliminiert. Wie bereits erwähnt, steigt die Zahl der Millionäre ungeachtet der steigenden Armut in Brasilien. Der Präsident des Autoherstellers Ferrari Brasilien, Francisco Longo, macht die zynische Feststellung, „wer reich und eitel genug ist, hört doch nicht auf Luxusartikel zu kaufen, nur weil die Regierung von einem Mann aus dem Volk geführt wird“ (Financial Times Deutschland vom 18. 8. 2004).

4. DIE „HERRIN“ UND DIE „DIENERIN“

Die gleichen asymmetrischen sozialen Auswirkungen der Finanzkrise findet man auch heute noch in Asien, obgleich die „Hohen Priester“ der Finanzwelt anhand makroökonomischer Daten bescheinigen, dass bereits kurz nach der Finanzkrise die Einbrüche in Bezug auf Wirtschaftswachstum, Zinssätze und Währungsmärkte meist nur kurzfristige Folgen hatten (Singh/Zammit 2000). Die Sichtweise aus der Perspektive der sozialen Reproduktion sieht aber ganz anders aus. Die rigide Anwendung des „Washington-Konsens“ mit den aufoktroyierten Haushaltskonsolidierungs- und Sparprogrammen hat die Bedingungen für die soziale Produktion in diesen Ländern langfristig gefährdet. Frauen und Männer sind dem ökono-

mischen „melt-down“ ausgeliefert, doch scheinen Frauen disproportional stärker von der ökonomischen Krise getroffen zu sein. Lim (2000) resümiert in einer Studie über die Auswirkungen der Finanzkrise in den Philippinen, dass durch die vorherrschende Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit Männer mehr „Freiheit“ erworben haben, erwerbstätige Frauen aber umgekehrt mit der Belastung von verlängerten Arbeitszeiten und mit der zusätzlichen häuslichen Versorgung zu kämpfen haben.

Viele Frauen in den von Krisen betroffenen asiatischen Ländern sind somit nicht nur mit einer physischen Überbelastung von bezahlter und unbezahlter Arbeit konfrontiert, sie tragen des weiteren die Verantwortung für das psychologische Wohlbefinden des Mannes, wie dies in Korea offiziell von der Regierung propagiert wurde. Obwohl die Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt in Korea erheblich größer war als die der Männer, appellierte die koreanische Regierung mit dem Slogan *„Get Your Husband Energized“* an Frauen, die Auswirkungen der Finanzkrise auf Männer zu absorbieren und sie vor Depression zu schützen (Singh/Zammit 2000).

Die existenzielle Unsicherheit und die Prekarisierung der Erwerbsarbeit ist die eine Seite der verheerenden sozialen Kosten der Asienkrise. Die andere Seite ist die zunehmende „Flucht“ in die bezahlte Reproduktionsarbeit in Form von Prostitution, Unterhaltungsindustrie, Tourismus, Menschenhandel, in der Frauen das notwendige Einkommen für ganze Gemeinden und für die Überlebenschancen der eigenen Familie aufbringen. Die Vereinten Nationen bezeichnen den Menschenschmuggel als das am schnellsten wachsende kriminelle Geschäft der Welt. Besonders Frauen und Kinder bilden in diesen grenzüberschreitenden *circulus vitiosus* eine neue globale *service class.* Die Vereinten Nationen schätzen, dass vier Millionen Menschen 1998 von illegalem Handel betroffen waren und einen Profit von über 10 Mrd. US $ für kriminelle Gruppen erwirtschaften. Gleichzeitig übertrafen 1998 die Überweisungen von legalen und illegalen Migrantinnen an ihre Herkunftsländer 70 Mrd. US $. In der Zwischenzeit zählen in den Philippinnen die Devisenüberweisungen aus der globalen Unterhaltungsindustrie zu den drittgrößten Einnahmequellen des Landes. Nach der Finanzkrise fing Thailand ebenfalls an, aktiv Frauen als „Hausmädchen“ in den Mittleren Osten, die USA, Europa und als „Entertainer“ nach Japan zu *exportieren.* Bereits in der Zeit zwischen 1993 und 1995 wurde die illegale Ökonomie in Thailand (Drogen, Menschenschmuggel, Prostitution, Glückspiele) zwischen 11 und 18 Mrd. US $ geschätzt. Dies entspricht zwischen 8% und 13% des BIP (Phongpaichit u. a. 1998).

Die zunehmende Präsenz von Frauen nach der Asienkrise in der grenzüberschreitenden illegalen Ökonomie von Prostitution, Tourismus, Unterhaltungsindustrie, Hausmädchen wird durch zwei Aspekte besonders verschärft. Erstens zeigen Studien, dass ökonomische Not ein fundamentaler Eintrittspunkt für Frauen in die Prostitution ist. Zweitens spielt die hohe Verschuldung vieler Länder eine wichtige Rolle in diesem Dreieck von einerseits der „Feminisierung des Überlebens“ für Familien und ganzen Gemeinden, des hohen Gewinnes für die Schmuggler und Menschenhändler und der nötigen Deviseneinnahmen für die betroffenen Staaten. Das Ende der Asienkrise und der zunehmende wirtschaftliche Aufschwung in diesen Ländern haben aber den grenzüberschreitenden Menschen-, Frauen- und Kinderhandel nicht beseitigt. Gerade umgekehrt, der Handel mit Menschen scheint viel lukrativer zu sein als andere existierenden Tätigkeiten. Einmal etabliert, lässt sich dieser profitable menschenverachtende Handel kaum kontrollieren.

Die von den asiatischen Ländern geförderte Exportstrategie von ungelernten Arbeiterinnen wird durch einen kaum bemerkten Wandel in westlichen Industrieländern noch verstärkt. Die zunehmende Professionalisierung von Frauen im Arbeitsmarkt wird durch die staatlichen Kürzungen im Sozialbereich begleitet von einer weitestgehend unsichtbaren Zunahme bezahlter Arbeitskraft im privaten Haushalt. Immer mehr Migrantinnen arbeiten in informellen Jobs in der haushaltsorientierten Dienstleistungsindustrie. Es existiert eine unsichtbare Verbindung zwischen der wachsenden wirtschaftlichen Aktivität von westlichen Frauen und der staatlichen Exportstrategie von „überflüssiger" Arbeitskraft in den krisengebeutelten asiatischen Ländern. Globalisierung und die Finanzkrisen haben im Haushaltsbereich zwei klassen- und ethnienspezifische Kategorien von Frauen, die „Herrin" und die „Dienerin", geschaffen: The „Mistress" and the „Maid" in the globalized economy (Young 2001).

5. WAS TUN?

Es muss die Einrichtung eines internationalen Insolvenzverfahrens für eine geregelte und faire Entschuldung von souveränen Schuldnern, die ihrem Schuldendienst nicht nachkommen, gefordert werden. Es muss auch eine Re-Regulierung der globalen Finanzarchitektur geben, die die finanzielle Instabilität und Volatilität der Kapitalbewegungen kurzfristig kontrolliert, sowie auch die Gläubiger mit in die Verantwortung und Bewältigung von Finanzkrisen einbezieht. Die Re-Regulierung der Finanzmärkte kann aber nur dann Erfolg haben, wenn die Folgen der makroökonomischen Wirtschaftspolitik und die Auswirkungen der Finanzkrisen auf die Lebensrealität von ärmeren Schichten in den Entwicklungsländern in die Verhandlungen mit einbezogen und vorbeugende Maßnahmen initiiert werden, damit die „menschliche Sicherheit" für Frauen, Kinder und Männer in den Staaten des Südens gewährleistet werden kann. Traditionelle Analysen zu den Krisentendenzen auf globalen Finanzmärkten können von den Einsichten der feministischen Ökonomie profitieren, die den Blick auf die „Globalisierung von oben" mit den Auswirkungen der „Globalisierung von unten" kombinieren, um die Verelendung und Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten transparent und sichtbar machen.

BIBLIOGRAPHIE

Bakker, Isabella (2003), Neo-Liberal Governance, Human Security and the Reprivatization of Social Reproduction, in: Isabella *Bakker* and Stephen *Gill* (eds.), Power, Production and Social Reproduction, London.

Bissio, Roberto (2004), Lula/Kirchner vs. IWF, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 7/2004, 4-5.

Deutscher Bundestag (2002), Schlussbericht der Enquete-Kommission. Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten.

Elson, Diane (1997), Economic Paradigms Old and New: The Case of Human Development, in: Roy *Culpeper,* Albert *Berry* and Frances *Stewart* (eds.), Global Development. Fifty Years after Bretton Woods, New York.

Flassbeck, Heiner (2002), Lehrstück am Rio de la Plata, in: Blätter für deutsche und Internationale Politik 2, 135-137.

Fritz, Barbara (2003), Lateinamerikas ewige Schuldenkrise, in: Frankfurter Rundschau vom 3. 1., 10.

Gill, Stephen (1999), The Geopolitics of the Asian Crisis, in: Monthly Review. Vol. 50 (10), 1-10.

Grown, Caren and Diane *Elson* and Nilufer *Cagatay* (2000), Introduction. World Development, Vol. 28, 7, 1145-1156.

Hartsock, Nancy C. M. (2001), Domination, Globalisation: Toward a Feminist Analytic (= Paper for V. International Conference. Domination & Ideology in High Tech Capitalism), Berliner Institut für Kritische Theorie E.V. 24.-27. 5. 2001.

Huffschmid, Jörg (2002), Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg.

Lavagna, Roberto (2004), A Conversation with Roberto Lavagna[21], The Council on Foreign Relations, New York, 12. 4. 2004.

Lim, Joseph (2000), The Effects of the East Asian Crisis on the Employment of Women and Men: „The Philippine Case". World Development, Vol. 28, 7, 1285-1306.

Phongpaichit P. and *Piriyarangsan* and N. *Treerat* (1998), Guns, Girls, Gambling, Ganja, Chieng Mai.

Riley, Maria (2002), Education Matters: General Agreement on Trade in Services. Economic Literacy Series. IGTN, March; www.genderandtrade.net.

Sader, Emir (2002), Keine Angst vor besseren Zeiten, in: Le Monde diplomatique. Oktober: 16-17.

Singh, Ajit and Ann *Zammit* (2000), International Capital Flows: Identifying the Gender Dimensions, in: World Development, Vol. 28, No. 7, 1249-1268.

Spieldoch, Alexandra (2002), When a Terrible Situation Gets Worse. Reflections From a Gender Perspecitve (July); www.genderandtrade.net/PapierSeries.

Truong, Thanh-Dam (2001), Organized Crime and Human Trafficking, in: Emilio *Veriano* (ed.), Organized Crime, Myths and Profits, London.

Truong, Thanh-Dam (2000), A Feminist Perspective on the Asian Miracle and Crisis: Enlarging the conceptual map of human development, in: Journal of Human Development. Vol. 1, 1, 159-164.

Young, Brigitte (2003), Financial Crises and Social Reproduction: Asia, Argentina and Brazil, in: Isabella *Bakker* and Stephen *Gill* (eds.), Power, Production and Social Reproduction, London.

Young, Brigitte (2001), The „Mistress" and the „Maid" in the Globalized Economy, in: Leo *Panitch* and Colin *Leys* (Eds.), Working Classes. Global Realities, Socialist Register 2001.

[21] Argentiniens Wirtschaftsminister.

AUTORINNEN

Alex Demirović ist Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität in Frankfurt am Main.

Friedhelm Hengsbach SJ. ist Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts und Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen – Frankfurt am Main.

Martin Seeleib-Kaiser ist University Lecturer und Fellow an der Universität Oxford.

Dwora Stein ist Bundesgeschäftsführerin der GPA und Vizepräsidentin der Arbeiterkammer Wien.

Brigitte Young ist Professorin am Institut für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Bisher erschienen

1 ■ Ulrich Schönbauer, Ältere im Betrieb (Februar 2006)

Publikationen aus dieser Reihe bestellen Sie bitte unter Tel. (01) 501 65 401
AK Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22.

Artikelnummer: 222

AK WIEN
wien.arbeiterkammer.at